

Zenk Verlag

# So war's

40 Jahre  
Nordrhein-  
Westfalen  
im Spiegel  
der Karikatur.

Mit einem Vorwort  
von Heinz Kühn.

Zusammengestellt  
von Andreas Paust.

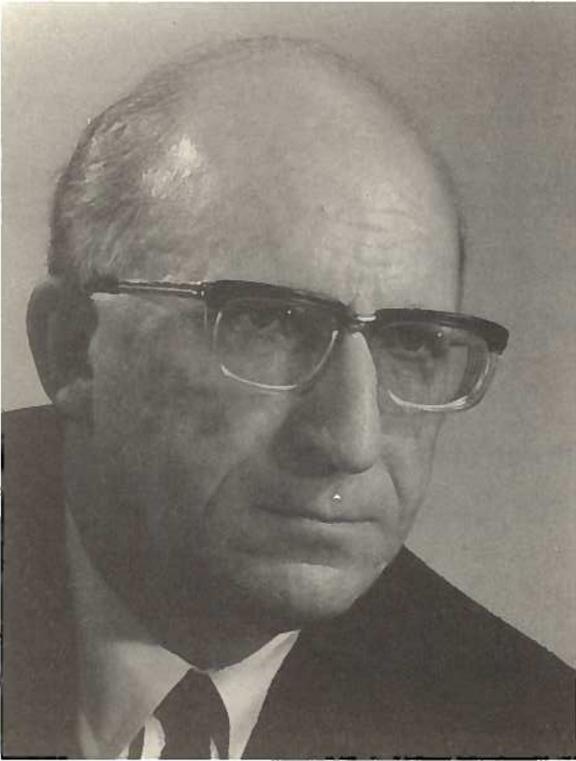
# So war's

**40 Jahre Nordrhein-Westfalen  
im Spiegel der Karikatur**

**Mit einem Vorwort von Heinz Kühn  
Zusammengestellt von Andreas Paust**



Zenk Verlag



Heinz Kühn,  
Ministerpräsident a.D.

2

## 40 Jahre NRW

Vierzig Jahre sind viel für ein Menschenleben. Mit 40 ist jeder, wie der lebenskluge Lichtenberg einst gesagt hat, für sein Gesicht verantwortlich, das heißt eine fertige Persönlichkeit. Ein Land dagegen, das seinen 40. Geburtstag feiert, befindet sich noch in den jungen Jahren seiner Geschichte, auch wenn es von den Engländern aus den traditionsreichen Provinzen Rheinland und Westfalen, aus der Retorte des zerschlagenen Preußen, zusammengefügt worden ist.

Jede Wahl, ob Landtags- oder Bundestagswahl, zeichnet neue Züge in das Gesicht des Landes. Die später führenden Staatsmänner der jungen Bundesrepublik, Adenauer und Schumacher, waren der englischen Länderregierung abgeneigt, beide aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Graden: Adenauer hätte von einem katholisch-konservativen Rheinland ohne das linksgerichtete Ruhrgebiet eine für ihn genehmere Staatsgründung er-

wartet; Schumacher erwartete hingegen von der Zusammenfügung der beiden vorwiegend katholischen Provinzen ein zu mächtiges konservatives Land von 18 Millionen Einwohnern, und zudem glaubte er, der mit einer früheren Wiedervereinigung rechnete, daß dann erst die Stunde der Neugliederung aus deutschem Recht erfolgen sollte.

So kam es, daß die ersten zwanzig Jahre von den 40 Jahren NRW, nachdem in der CDU Adenauer über Arnold gesiegt hatte, vorwiegend konservativ regiert und erst die zweite Hälfte der 40 Jahre NRW sozialdemokratisch geprägt wurde. Dr. Meyers sagte 1966 im Wahlkampf: »Kühn Ministerpräsident, das bedeutet dreißig Jahre Schweden.« Immerhin sind es schon 20 Jahre!

Wenige leben noch, die das Jahr 1946 in politischen Ämtern miterlebt haben. Wer erinnert sich noch, wie wir aus unserem vaterstädtischen Trümmerhaufen hervorkrochen, wie

viele von uns, als Vertriebene, ihre Zukunftshoffnungen in dem Schuhkarton mit sich trugen, in dem sie ihre Habseligkeiten untergebracht hatten; wie viele von uns Republikanern und Demokraten, die aus Exil und Gefängnis, aus Konzentrationslager und innerer Emigration sich wieder nach vielen Jahren der Not zusammenfanden; wie die ersten Kriegsgefangenen mit den Evakuierten sich zu ihren Familien zusammenfügten?

Damals lag die Hauptlast auf den Gemeinden, auf den sozialdemokratischen Bürgermeistern des Ruhrgebiets und den christdemokratischen Bürgermeistern des Rheinlandes und den Männern und Frauen, die sich wieder zu demokratischer Arbeit fanden.

Das löbliche Unterfangen, die 40 Jahre NRW wieder lebendig zu machen, indem einer Karikatur ein dazugehöriger Zeitungsartikel auf der anderen Seite gegenübergestellt wird, kann diese ersten Jahre nicht schildern, weil es

4

damals an Platz in den zweimal in der Woche - einmal auf 4 und ein andermal auf 6 Seiten - erscheinenden Zeitungen fehlte. Wir, die wir damals Zeitungen machten, hatten kaum ausreichend Zeilen zur Verfügung, um das Notwendigste an Meldungen und Artikeln unterzubringen.

Die zweite Phase der 40 Jahre Geschichte von NRW war die Gründung des Landtags, dem ich in seiner gewählten Form noch im Kasino-Saal des Henkelwerks angehört habe, nachdem ich vorher außenpolitischer Redakteur und Chefredakteur der »Rheinischen Zeitung« war.

Auch diese Etappe der Landesgeschichte findet sich kaum in den aus Anlaß dieses Geburtstages aufgezeichneten dokumentierten Erinnerungen wieder. Erst als einige Abgeordnete aus Erschöpfung in den Beratungen über Maßnahmen gegen den Hunger an Rhein und Ruhr aus den Bänken fielen, gab es zu dem

kümmerlichen Mittagessen nachmittags eine Tasse Kaffee. Erst nachdem wir wieder hergestellt in das Ständehaus hinübergewechselt waren, nahmen neben der Hungerbekämpfung und dem Landesaufbau auch diejenigen Themen an Umfang zu, die vorwiegend dieses Büchlein füllen: von der Entnazifizierung bis zur Demontage, von der Schulpolitik bis zur Kohlewirtschaft in ihren mannigfachen Formen.

Man konnte die Entnazifizierung, wie die Alliierten versuchten, nicht durchführen, indem man die Großen laufen ließ und die Kleinen schikanierte; eine wirklich verändernde Umgestaltung kann nur aus dem souveränen Willen eines Volkes und nicht von seinen Siegern kommen. Die Demontage der Industrieanlagen nach dem Westen konnte wenigstens weitgehend verhindert werden; Wirtschaftsminister Prof. Erik Nölting, der schon in der Weimarer Republik ein überaus wirkungsmächtiger Parlamentsredner war, hat dabei eine besondere Rolle gespielt.

Dann kam die Schulpolitik, die das Herzstück der Landesverfassung wurde: die Verteidigung der Konfessionsschule durch CDU und Zentrum, während SPD und FDP für die Gemeinschaftsschule kämpften - ein Streit, der gelegentlich noch heute wieder aufflammt. Christine Teusch, die menschlich zwar von den Sprechern der SPD sehr geachtete, politisch aber leidenschaftlich bekämpfte Kultusministerin, war uns eine zähe Widersacherin - wer wird die Kämpfe vergessen, die den Landtag durchtobten und schließlich das Nein der SPD zur Verfassung herbeiführten, die mittlerweile mehrere Veränderungen erfahren hat?

Und der Kampf für die Kohle, wie anders war er gegenüber heute? Damals war die Kohle das Lebenselixier der wiederaufbauenden Industrie und der frierenden Bürger. Für die bei klirrender Kälte frierenden Bewohner des Kohlelandes erfand damals Kardinal Frings das sündenlose »Fringsen«, den gemäßigten Diebstahl von den nach England rollenden

Kohlezügen; während Landtag und Landesregierung sich mühten, mit zusätzlichen Lebensmitteln Bergarbeiter in die Zeche zu holen.

Vierzig Jahre des Lebenslaufes eines so bedeutungsvollen und gewichtigen Landes in die Lektüre von vier Minuten zusammenzupressen: diese Kunst sollte von niemandem erwartet werden. Noch dazu eines Landes, das in so ungewöhnlichem Maße auf die Entwicklung der Bundesrepublik eingewirkt hat, daß die Losung »Bund und Land, Hand in Hand« nicht wenig an Berechtigung hat.

Ich habe daher nicht die erste »sozial-liberale Koalition« geschildert, die unter Steinhoff kaum mehr als zwei Jahre die christlich-demokratische Ära unterbrach; ich habe nicht geschildert, wie nach zwei gewonnenen Wahlen die SPD 1966 unter Kühn mit 99,5% der Stimmen an die Mehrheit heranreichte; und ich habe nicht geschildert, wie Rau die Meyers-Prophetie, daß »1966 Kühn Ministerpräsident 30 Jahre

6

Schweden« bedeuten würde, schon bald erreicht. Die Option für 1990 hat die Partei der Sozialdemokraten bereits jetzt!

Rau mag da schon vorher zu noch Höherem berufen werden!

Mir kam es darauf an, hier eine knappe Skizze »davor« zu machen, bevor die Bilder anfangen zu sprechen. Und die Autoren wissen, daß auch noch so viele Karikaturen, wenn sie auch mit vielen Artikeln verlebendigt werden, nicht die Lebensfülle eines so prall von Problemen gefüllten Bundeslandes wie NRW darstellen können.

Heinz Kühn

Ministerpräsident NRW a.D.

## Vorwort

40 Jahre Nordrhein-Westfalen - ein politisches Ereignis, das Anlaß zur Freude und zum Nachdenken bietet. Beides miteinander zu verbinden und Politik einmal »anders« darzustellen, war die Idee.

Daß Personen die Politik schlechthin repräsentieren, ist für die Öffentlichkeit zur Selbstverständlichkeit geworden. Was lag also näher, als politische Ereignisse und die sie ausmachenden Personen in ihrer komisch überzeichneten Form, der Karikatur, darzustellen und in Erinnerung zu rufen? Denn: Politik soll auch Spaß machen.

Für manche wird die getroffene historische Auswahl nicht ausreichen. Gewiß, ein gutes Geschichtsbuch kann und soll nicht ersetzt werden. Wir können nur aus der Erfahrung sprechen, die wir bei der Bearbeitung ge-

macht haben: Viele Aha-Effekte und »das wußten wir auch noch nicht« zeigten, wie flüchtig Geschichte ist. In diesem Sinne sollen die Presseberichte der einzelnen Etappen aus 40 Jahren Nordrhein-Westfalen zur Beschäftigung mit dem Werdegang des Landes anregen.

Ohne die akribische Auswahl und Zusammenstellung der Karikaturen und Zeitungsberichte, die Andreas Paust besorgte, und die Unterstützung des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund wäre das vorliegende Buch nicht zustande gekommen. Ihnen gilt ebenso unser Dank wie Martina Jansen, die bei der Reproduktion wichtige Unterstützung leistete.

Besonders bedanken möchten wir uns für die Freigabe bei denjenigen, die über Jahrzehnte hinweg mit spitzer Feder Ereignisse in Bilder

umgesetzt haben, die zum Schmunzeln anregen. Es sind die Karikaturisten »Tüte« Hagedorn, Otto Berenbrock, Enzo, Bernd Gutzeit, Frank Cerny, Gerd Hüscher, Peter Klipp, Knobloch, Kling, Klaus Pielert, Rudolf Schöpfer, Peter Weber.

Die Neue Rhein-Neue Ruhr-Zeitung, Kölner Stadt-Anzeiger, Ruhr-Nachrichten, Westdeutsche Allgemeine Zeitung und die Westfälische Rundschau haben uns dankenswerterweise die Veröffentlichung der Zeitungsartikel gestattet.

Sehr großer Dank gilt demjenigen, ohne den NRW heute nicht das wäre, was es geworden ist, und der Geschichte - nicht nur diejenige Nordrhein-Westfalens - geschrieben hat: Ministerpräsident a.D. Heinz Kühn, der mit origineller Feder das Vorwort schrieb.



So war's ...



Veröffentlichung am Samstag Nr. 16 der Wochenschrift

Schreibleitung und Verlag: Dortmund, Neuen Straße 11...

2. Jahrgang, Nummer 19

Samstag, 8. März 1947

Einzelpreis 20 Hpt

CDU und FDP verhindern Volksbefragung

Die sozialdemokratischen Anträge nach Sozialisierung der Grundstoffindustrie und Durchführung einer Volksbefragung wurden durch die CDU-FDP-Mehrheit des Landtages abgelehnt / Auch die Gewerkschafter der CDU stimmten gegen die Volksbefragung / Gemeinsamer Appell aller Parteien an die britische Regierung...

Düsseldorf. (Eigenbericht) Nach mehrstündigen Verhandlungen der Arbeiterversammlung...

Für die Dauer der Abstimmung übernahm Verbandsrat Ernst Gussé (SPD) den Vorsitz...

Ein Antrag der CDU, der die Überlegung der Sozialdemokratie im Bereich der Wirtschaft...

SPD erzielten bei der Stimmen der KPD-Fraktion...

Die gleiche Abstimmungsprobe fand ein KPD-Antrag...

Diese unterschiedlichen Abstimmungsprobe die Stimmen...

Es wird ein einheitliches, einheitliches Vorgehen...

Ridault für „Frieden von Warschau“

Im Westen entlassen im Osten verschleppt

Dr. Schumacher an die Frauen

Klares Bekenntnis zur Reichseinheit

Einmütige Entscheidung des Landtages von Nordrhein-Westfalen / „Die Deutschen aller Zonen fühlen sich als eine einheitliche Nation“ / Appell an die Moskauer Konferenz...

WR, 8.3.1947

12



Adressat: Wie habe ich das geschaukelt? Hängt sie in der Luft!

WR, 15.3.1947

13

# Gewerkschaften lenken Protestaktionen

Gegen unzureichende Ernährung und rücksichtslose Behandlung des Ruhrgebietes - Vorläufig nur Einzelstreiks

NRZ Essen, 6. Jan. Die schlechte Ernährungslage hat in zahlreichen Städten des Industriegebietes am Montag und Dienstag zu Protestdemonstrationen in Form von Arbeitsniederlegungen geführt. Nach Betriebsversammlungen und beruhigenden Erklärungen der örtlichen Gewerkschaften wurde allgemein die Arbeit wiederaufgenommen.

Die Ausbreitung der vorläufig noch beschränkten Arbeitsniederlegungen ist auf den Ergebnis der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und staatlichen und städtischen Stellen abzuwarten. Die nächsten Tage gerührt werden sollen. Die Streiken sind mit zwei Ausnahmen von diesen Demonstrationen nicht betroffen.

## Ketne Ausschreitungen

Die Forderung der Bevölkerung wird in zahlreichen Beschlüssen der zuständigen Organisationen hervorgehoben und auf die Notwendigkeit einer schnellen Abänderung der augenblicklichen Zustände auf dem Ernährungsgebiet gedrungen.

Zu Ausschreitungen ist es bisher, soweit bekannt, in keinem Falle gekommen. Große Protestkundgebungen sind in mehreren Städten, darunter Essen und Oberhausen, für die nächsten Tage geplant.

## Forderungen der Gewerkschaften

NRZ Essen, 6. Jan. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Essen, hat heute vormittag eine Vorstandsitzung abgehalten. Er gibt bekannt: Am Freitag, dem 8. Januar, ist in dem Betrieb von 12 bis 17 Uhr Arbeitsruhe. Um 14 Uhr findet auf dem Bureauplatz eine Kundgebung der Gewerkschaften statt.

Gegegenstand der Kundgebung sind folgende Forderungen der in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen schaffenden Bevölkerung:

- 1. Das Ruhrrevier muß endlich tatsächlich als Notstandsgebiet behandelt werden.
- 2. Die Versorgung der Bevölkerung muß aus der allgemeinen Versorgung herausgenommen werden.
- 3. Für die nichtprivilegierten Kartobehälter ein entsprechendes Ausgleich gegeben werden, der nicht nur in Brot und

des Zweizonenwirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main, Dr. Erich Köhler, genannt. Das Telegramm lautet: Nebenbei Nordrhein-Westfalen in großer Unruhe. Versorgungslage katastrophal. Fleisch, Fett und Kartoffeln sind nicht aufzutreiben. Rückstände erheblich. Für Schwere- und Schwerstarbeiter fehlen die notwendigen Zusatzbensmittel. Sozialdemokratische Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen ersucht dringend um Befehlshilfe!

## Beruhigung nicht mehr möglich

NRZ Essen, 6. Jan. Der Vorstand des Unterbezirks Essen der Sozialdemokratischen Partei hat sich am Montag ausführlich mit der unzureichenden Ernährungslage beschäftigt. Er hat dabei vor allem auf das Mißverhältnis hingewiesen, das zwischen den wuchernden Ausschreitungen der maßgebenden Stellen, das Ruhrrevier als Notstandsgebiet bis vorwärts zu behändigen, und dem tatsächlichen Zustand besteht.

Der Parteivorstand stellt fest: Es ist nicht nur so, daß die zusetzenden Rationen nicht einzustellen werden, wenn ausgetretene Lebensmittel, wie Fleisch, vor allem aber das für die Ernährung entscheidend wichtige Fett werden schon seit Wochen nur noch in völlig ungenügenden Mengen verteilt.

Daher ist es unumgänglich geworden, der Bevölkerung noch weiter zur Geduld zu rufen. Der Vorstand des Unterbezirks Essen der Sozialdemokratischen Partei macht deshalb aufstimmend, daß er, sollte die Bevölkerung wegen dieser Mißachtung ihrer bitteren Not und ihrer elementarsten Bedürfnisse zu Verzweiflungsaktionen schreiten, keine Möglichkeit mehr nach Eingebitt zu erbitten.

## 1150 Kalorien Tagesration

# Schlange lehnt Schuld an Fettkrise ab

Länder haben Lieferungen nicht erfüllt — Fertigfett-Import erstrebt

Von unserem K.-Korrespondenten

NRZ Frankfurt, 6. Jan. Der Direktor der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schlange, hat heute in einem besonderen Interview dem Frankfurter Korrespondenten der Neuen Ruhr-Zeitung erklärt, daß er für die außerordentlich angespannte Fettversorgung des Ruhrgebietes nicht verantwortlich sei, da er keinen Einfluß hatte, um die Bundesländer zur Erfüllung ihrer Forderungen an Nordrhein-Westfalen zu zwingen. Er könne lediglich versuchen, im Verhältnis ihres Rückstandes bei der Neubestellung zu kürzen.

Dr. Schlange-Schönhagen hält neben dem Ausbleiben der überraschenden Lieferungen das verzererte Einkommen der angekündigten Fettimporte als Ursache für die Ursache der Katastrophe im Ruhrgebiet. Es handele sich bei dem importierten Fett auch nur um Rohstoffe, die erst einer mehrwöchigen Bearbeitung unterzogen werden müßten. Es ist ungenießbar seien. Aus dieser schweren Fettkrise, vor der der Direktor für Ernährung schon seit langem warnte, könne nur eine Erhöhung der Importe helfen. Vor dem Kriege habe Deutschland z. B. für 65 Millionen Einwohner

1 Milliarde Goldmark für Fettimporte ausgegeben.

## Unklare Kompetenzen

„In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die rechtliche Stellung der Zuständigkeit in der Verwaltung unter noch nicht allseits bekannten Umständen Schlange-Schönhagen, dem Frankfurter Amt hat nur die überörtliche Planung und Lenkung durchzuführen. Die gesamte praktische Verteilung und Erlassung liegt ausschließlich in den Händen der Länder, auf die das bismarckische Amt nicht den nötigen Einfluß hat. Man sollte mir daher nicht bei jeder Gelegenheit mich Verantwortung aufbürden als wenn man fragen kann.“

Letzliche der Ferkulturat habe bisher die Monokultur, gegen diese Verstoß vorzugehen, im übrigen müsse die gesamte Planung auf jeden Fall immer der Militärregierung vorgelegt werden und gebe Anlaß zu Äußerungen zum Teil wochenlangem Besprechungen mit der Militärregierung, die nicht immer leicht vertrieben. Zur Überwindung der augenblicklichen Krise gehen Schlange-Schönhagen dahin, die Einfuhr von Fertigfetten zu erwirken.

# Frankfurt will Ost-West-Spaltung n

Zweigliedrige Beratungen der Militärgouverneure mit Bizeonverwaltungen

Von unserem K.-Korrespondenten

NRZ Frankfurt, 6. Jan. Seit Sonntagabend liegen hinter streng verschlossenen Türen in Frankfurt a. M. die deutschen Stiefungsabnahme auf der Zusammenkunft mit den Generälen Clay und Robertson, den Militärgouverneuren der Bizone, vorbereitet sollen. Besprechungen mit dem Alliierten Kontrollbüro fanden bereits statt.

At

Loth  
Ange  
beu  
zu  
den  
Ker  
von  
den  
mar  
terp  
dies  
Fals  
Infr  
Lubr  
Sozial

Bei

Loth  
top  
zu  
den  
Ker  
von  
den  
mar  
terp  
dies  
Fals  
Infr  
Lubr  
Sozial

70

NK  
ist  
die  
Komm  
beist  
schon  
mter  
Pun  
Der  
SPD  
zust  
SEP

NRZ, 7.1.1948



WR, 29.3.1947

Wege gezahlt

### „Wirnsfäden“

habe durch Arbeitslosigkeit eben, daß auch diese Weise dem Vorbehalt nicht rechtliche widerte dieser: sondern ei re nicht über

en können, daß ermaß an Richt de.

### nicht recht

Schacht vor, propagandener eingesetzt zu in Kiel ausgesallichtetes oder kwesen haben, edcutung. Entnationalsozia n.“ er habe „seine“

klage die Verhältnisse in dem beruchtligten Konzentrationslager Buchenwald testzustellen.

### Grab der Intelligenz

In seiner Anklagerede sagte William D. Danson: „Wir wollen in diesem Prozeß beweisen, daß diese 31 Angeklagten Teilnehmer an der Durchführung eines gemeingamen Planes waren, als dessen Forderungen Angehörige verschiedenen Nationen der Tötung, Aushungerung und Mißhandlung ausgesetzt waren

„Die Opfer waren Angehörige des europäischen Intelligenz im gegen das Dritte Reich kämpfer Kriegsgelentere und zwangsweise verschleppte Sklavearbeiter, die die Arbeit in Rüstungsbetrieben verweigerten.

### Schlosser operierten

Die zahlreichen Mediziner, Universitätsprofessoren und hervorragenden Chirurgen, die einen bedeutenden Anteil der Belegschaft darstellten, mußten mit Schaufel und Pickel arbeiten. Im Hospital operierten inzwischen ehemalige Schlosser, bis endlich gegen Ende des Krieges auch Häftlingsärzte zugelassen wurden.

Der Stimmzettel ist die erste Brücke über den Leerlauf, der die eigenen Möglichkeiten begrenzt. Das Kreuz auf dem Stimmzettel bedeutet den Entschluß über eine Zukunft, die nicht von großväterlichen Bartträgern, sondern von der jungen Generation gelebt und gestaltet werden muß.

Es geht um Deine Zukunft, Jugend, darum ist diese Wahl Deine Wahl. Spä

**Sozialisierung  
Planwirtschaft  
Demokratie**

**Deine Kandidaten  
Sozialdemokraten**

den bisher 1 Freimann d Sperre von besteht 11), als bindung selbst keine ters 1:0 für dem 1:1 br Erkenschwic gegen VfB. zweiten Pla

Rot-Weiß feststehende freunde ka Gründen ni Tage später Platz ist an wendigen k 11:0-Sieg üf Tor für den hagen, der Berg-Mark Diesmal ge ten glatt: Remscheid, Velbert und nenberg. Hi weniger, da derholt wird Anwärter, anscheinend des VfL. Pro 9000 Zuscha Gruppensieg

## ER WIRTSCHAFT

eproduktion

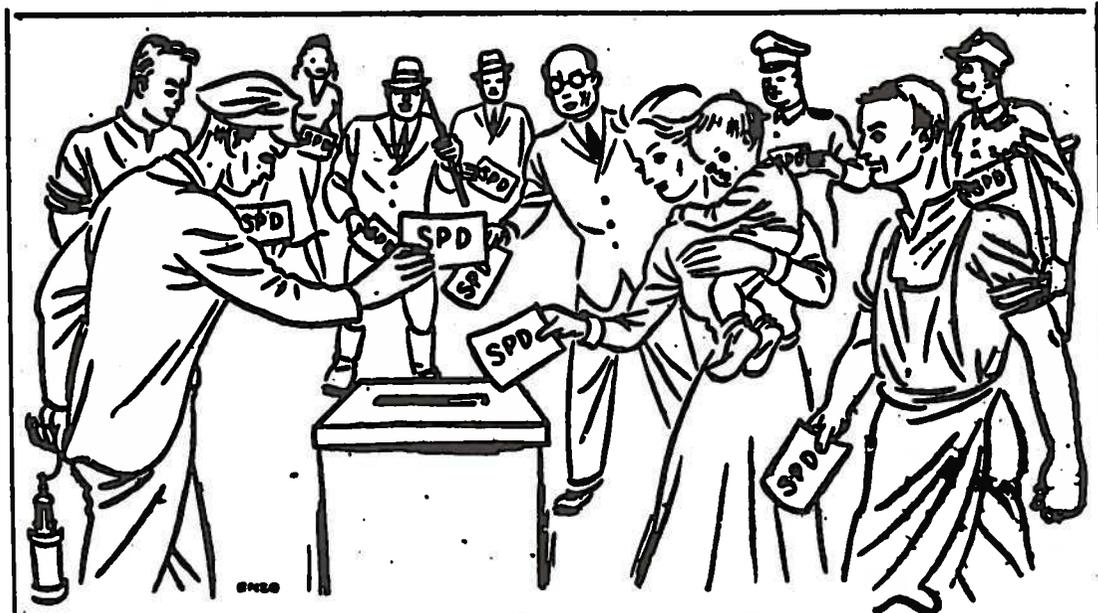
um 53.000 t auf 218.000 t, die der Walzwerkzeugen um 46.000 t auf 172.000 t erhöht

Neptungesellschaft nimmt Schiffsverkehr auf Köln, 15. April (DPD) Der Fracht- und Passagierverkehr auf den deutschen Binnenwasserstraßen und der Nordsee, der in den Wintermonaten wegen zugefrorener Wasserstraßen

ist die Dar satorium vor den, in de banken, ab — mit Klei

NRZ, 16.4.1947

16



Morgen ist Wahltag! Stadt und Land, Männer und Frauen, Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende und Bauern, Lehrling, Angestellte, Professoren, Gelehrte, Angestellte und Beamte, Flüchtlinge und Vertriebene, Kriegsgeschädigte, Soldaten, Invaliden, alle, alle wählen: SPD.

WR, 19.4.1947

17



# Die Demontage-Liste

Hamburg, 17. Oktober. (Apd) Die Demontageliste, die die britische und amerikanische Militärregierung am Donnerstag bekanntgab, enthält die Namen folgender 892 Betriebe:

## Nordrhein-Westfalen verliert 294 Werke

### Abt. I: Rüstungsfabriken

Fabriken, die unmittelbar mit der Erzeugung von Kriegsmaterial beschäftigt waren

1. Aerostahl G.m.b.H., Etzscheld, Theodor Rings, Königswinter (Fabrik f. d. Herstellung von Brennstoff-Einspritzpumpen)
2. C. Albert G.m.b.H., Wuppertal-Barmen (Teilfabrik für Flugzeugteile)
3. Alfred Berning, Maschinenbau AG., Schwelm (Flugzeugteile)
4. Arnitzen Leichtbau, Brackwede (Flugzeugteile)
5. Baronia-Fahrzeugfabrik (Heidemann & Co.), Kachtenhausen bei Lage in Lippe (Apparate für Flugzeugmotoren)
6. Bergisch-Märkische Eisenwerke, Franz Metzger, Werk III, Velbert (Munition)
7. Reyer und Klophaus, Schwelm (Flugzeugteile)

NRZ, 18.10.1947

20

52. Klockner-Werke AG., Düsseldorfer Werke, Düsseldorf (Anl. einschl. d. Stahlwerke und Drahtfabrik)
53. Krupp, Friedr., Gußstahlfabr., Essen (Teil der Anlag. einschl. d. Abtlig. f. d. Herstellung von Stahlerzeugnissen)
54. Krupp, Friedr., Bochecker Werke, Essen-Dellwig (Anlag. f. d. Herstellg. v. Gußeisen und Stahlerzeugnissen)
55. Mannesmannrohren-Werke, Abtlig. Grillo-Funke, Gelsenkirchen-Schalke (Teil d. Anl. einschl. d. Stahl- u. Walzwerke)
56. Rheinmetall Borsig AG., Rather Werke, Düsseldorf-Rath (Anlagen einschl. d. Stahlwerke, Walzwerke, Gießerei und Schmiede)
57. Ruhrstahl AG., Heinrichshütte, Hattingen (Teil d. Anl. einschl. d. Hochöfen, Stahlwerke, Plattenwalzwerke u. Stahlgießerei)
58. Ruhrstahl AG., Annener Gußstahlwerke, Witten-Annen (Anlagen einschl. d. Stahlerzeugungsausrüstg., Gießerei u. Schmiede)

Siegen (Teilfabrik Stahlerzeugung)  
87. Stahlwerk M Wengern (Ruhr) (S Gießerei)

### Stahlwerke

84. Andernach u. (Herstellung von Eisen und gegossen)
85. Bandelsen-Wal (Fabrik für kalt-Bandelsen)
86. Bauermann A. (Teilfabrik mit 22 apparaten zur Spezialisationsrohrherstellung)
87. Wilhelm Berg, elektrischen Schweißzisionsrohrherstellung
88. Bochumer Verein AG., Höntrop Höntrop (Teilfabrik mit einem Reifenwerk)
89. Bochumer Verein AG., Stahlind (Fabrik mit einer Fall)
90. Bremshey u. (Teilfabr. m. eis. ele d. Herst. v. geschwei)
91. Deutsche Röhre Werke, Hilden (Fabrik für Präzisionsröhren)
92. Deutsche Röhre



Und hurra, hurra, hepp, hepp, hepp!  
Geht's fort in ozeanem Galopp.

Frei nach Gottfried Bürger.

Unser Karikaturist stellt uns zu dieser Zeichnung die Frage, ob er die „Zentral-europäische Situation im Sommer 1947“ richtig gesehen habe?

WR, 19.3.1947

21

# Wie Bonn siegte

200 Abgeordnete entschieden sich für Bonn - 176 für Frankfurt - Die Arbeit kann beginnen

Von unserem Sonderkorrespondenten im Bonner Bundeshaus

Bonn, 3. Nov. 200 Abgeordnete entschieden sich für Bonn, 176 waren für Frankfurt, bei drei Stimmenthaltungen und elf ungültigen Stimmen. Das war der Sieg für Bonn. Mit Begeisterung wurde die Beendigung des unwürdigen Städtestreites aufgenommen. Es bleibt bei der Entscheidung des Parlamentarischen Rates vom 10. Mai 1949. Bonn ist die vorläufige Bundeshauptstadt, bis es diese Aufgabe eines Tages der alten deutschen Hauptstadt Berlin wieder übergeben kann.

Nun bleibt es also bei Bonn. Der Schwerezustand mit seinen verhängnisvollen und die Arbeit immer wieder hemmenden Folgen gehört der Vergangenheit an. Alle Kräfte der Bundesregierung und der Abgeordneten des Bundestages können sich jetzt allein auf die Arbeit konzentrieren, die das deutsche Volk von seinen Besatzern mit vollem Pech erwarten kann.

In letzter Stunde hatte der Bundeskanzler noch einmal an die Vernunft appelliert. In einer elf Seiten umfassenden Erklärung legte er die Stellungnahme der Bundesregierung fest. Seine sachlichen Darlegungen die leidenschaftlos, aber eindeutig die schwere Verantwortung einer nochmaligen Verlegung der Bundesorgane, auf die Frage der neuen und zusätzlich entstehenden Kosten und auf die politische Tatsache des besatzungsfreien Regierungsraumes Bonn hinwiesen, verfehlten ihre Wirkung nicht.

In der Vorabstimmung entschieden sich die Abgeordneten des Bundestages mit 197 Stimmen gegen 183 Stimmen für die geheime Abstimmung, mit der über den Antrag, die Bundeshauptstadt nach Frankfurt zu verlegen, entschieden werden sollte. Inzwischen hatten sich vor den großen Fensterfronten des Plenarsalles hundert und aber hunderte Menschen angesammelt und harrten, in dicke Decken gehüllt, mit atemloser Spannung geduldig aus. Und sie wurden belohnt.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, daß Bonn Bundeshauptstadt bleibt. In der Umgebung des Bundeshauses und in der ganzen Stadt. Von allen Seiten strömten die Menschen herbei, um in dieser Stunde vor ihrem Bundeshaus zu stehen, über dem die Fahnen der deutschen Bundesrepublik in den klaren Herbstabend flattern.

## 200 Todesopfer auf den Philippinen

Manila, 3. Nov. (dpa) Über 200 Menschen sollen bei dem Taifun den Tod gefunden haben, der am Mittwoch die Philippinen heimsuchte. 80 Tote wurden bisher amtlich festgestellt. Da die unterbrochenen Verbindungen mit den am meisten betroffenen Inseln Cebu, Negros und Leyte noch nicht völlig wiederhergestellt sind, ist, wie ein Sprecher des Roten Kreuzes erklärte, mit höheren Verlusten zu rechnen. Auf der Insel Leyte sollen 17 Ortschaften zerstört und mehr als 200 000 Menschen obdachlos geworden sein.

## Blutige Streikunruhen in Argentinien

Buenos Aires, 3. Nov. (dpa) Auf einigen Zuckerplantagen der argentinischen Provinzen Tucuman, Salta und Jujuy, wo die Zuckerarbeiter seit Mitte Oktober in einen Lohnstreik getreten sind, ist es kürzlich zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen. Bei einer Schießerei soll es auf beiden Seiten Tote gegeben haben.

RN, 4.11.1949

22



RN, 4.11.1949

O.B.v

Einzug des Bundesheeres

23

# JE RUHR-ZEITU

Querschnitt  
 der Ruhr  
 1. Jahrgang  
 Nr. 1  
 1. 10. 1950

Ansatz  
 10. 10. 1950  
 1. 10. 1950  
 1. 10. 1950  
 1. 10. 1950

Lebensnah • Heimatverbunden • Welttoffen

## CDU und Zentrum gegen christliche Gemeinschaftsschule

**Heßler: Grundgesetz-Beratungen in Nordrhein-Westfalen eine Nachahmung der Verfassungskomödie an der Saar**

Von unserem Düsseldorf-Büro

NRZ Düsseldorf. 100 Abgeordnete der CDU und des Zentrums stimmten gestern im Landtag gegen 85 Stimmen von SPD, FDP und KP die christliche Gemeinschaftsschule nieder. In der Debatte hätte vorher der Zentrumsvorsitzende Brodmann erklärt, „um nicht eine Verdunkelung der Elternentscheidungen möglich werden zu lassen“, könne das Prädikat „christlich“ der Gemeinschaftsschule nicht zugestanden werden.

Der SPD-Abg. Kühn erläuterte den Begriff der von den Sozialdemokraten befürworteten „christlichen“ Gemeinschaftsschulen noch einmal dahingehend, daß diese Schulen auf dem Fundament der christlichen Ethik aufgebaut werden sollen, die in den zehn Geboten und der Bergpredigt verankert sei. Die dogmatischen Grundsätze der Konfessionen dagegen sollten lediglich dem Religionsunterricht vorbehalten bleiben. **Geordneter Schulbetrieb gefährdet**

Abg. Heßler richtete an CDU und Zentrum die Frage, ob die konfessionellen Gegensätze so stark seien, daß nicht Kinder beider Konfessionen in einer Schule unterrichtet werden könnten. Das Eingegenkommen der NPD habe dort seine Grenzen finden müssen, um durch

den CDU ein Volksentscheid beantragt werden sei. Es habe den Anschein, als ob sie befürchte, daß bei einer ausreichenden Unterrichtung der Öffentlichkeit der Volksentscheid negativ ausfallen würde. Die Verfassungsberatungen in Nordrhein-Westfalen seien fast eine hundertprozentige Nachahmung der französischen Verfassungskomödie an der Saar.

**CDU-Mittrauensvotum für Arnold**

Zur Sozialisierungsfrage sagte Heßler, die CDU habe der Regierung Arnold ein klares Mittrauensvotum ausgesprochen, als sie den Antrag stellte, in der Verfassung soll es heißen, die Grundrechtsfindung „kann“ in Gemeinschaftsform übergeführt werden statt „soll“. Be-

absprachen der FDP mit den Rechtsparteien, die auf Schwarz-Weiß-Rot schworen. Für den umstrittenen Artikel über die Mitbestimmung ergab sich eine Mehrheit für die von der SPD beantragte Formulierung der „gleichberechtigten“ Mitbestimmung der Arbeit-schmer.

**Heute Entscheidung**

In der heutigen Landtagsitzung soll über die gesamte Verfassung sowie über die Frage abgestimmt werden, ob mit den Wahlen zum Landtag auch die Volksentscheid über die Verfassung verbunden werden soll. Ein SPD-Antrag, der die Abänderungsmöglichkeiten der Verfassung durch einfaches Landesgesetz vorschlug, wurde gestern mit knapper Mehrheit abgelehnt.

**Köpenicker SA vor Gericht**

Berlin. (dpa) Vor der Vierten Großen Strafkammer des Landgerichts in Berlin Ostsektor begann gestern der Prozeß gegen „Pimke und 30 andere“, die

**Nationalchinesen beschessen britischen Dampfer**

Hongkong. (dpa) Sechs Passagiere wurden getötet und sechs weitere schwer verletzt, als am Sonntag ein nationalchinesisches Kriegsschiff das Feuer gegen den britischen Dampfer „Chiang Hsing“ eröffnete, der den Versuch unternommen hatte, die nationalchinesische Blockade vor dem kommunistischen Hafen zu durchbrechen. Der Anfall ereignete sich auf hoher See, 20 Seemeilen außerhalb der Küstengewässer.

**Attentat in Saigon**

Saigon. (dpa) Von drei Kopeln getroffen und lebensgefährlich verletzt wurde am Montag der Erziehungsminister der südvietnameschen Nationalregierung Visang Quang Nhuong, als er sich vom seinem Wagen in das Ministerium begeben wollte. Der Attentäter konnte in einem ihn erwartenden Kraftwagen entkommen. Der Anschlag ereignete sich genau einen Monat nach der Einmündung des Leutnant der französischen Kolonialarmee in

NRZ, 6.6.1950

24



Was ihnen in Nordrhein-Westfalen am wichtigsten scheint!

NRZ, 17.6.1950

25

# Verfassung erhielt 13 Stimmen Mehrheit

Auch die Koppelung von Landtagswahl und Volksentscheid wurde mit der gleichen knappen Mehrheit beschlossen

Von unserem Düsseldorf-Büro

NRZ Düsseldorf. Mit nur 13 Stimmen Mehrheit, nämlich 110 der CDU und des Zentrums gegen 97 der SPD, FDP und KP, verabschiedete gestern der Landtag von Nordrhein-Westfalen in dritter Lesung die Landesverfassung. Die gleiche Mehrheit setzte auch die Koppelung der am 18. Juni stattfindenden Landtagswahl mit einem Volksentscheid über die Verfassung durch.

Kurz vor der Abstimmung, die auf SPD-Antrag namentlich durchgeführt wurde, verlas für die Sozialdemokraten der Abgeordnete Kuhn eine Erklärung, in der er u. a. heißt: Der Entwurf einer Verfassung, der nach unzulänglichen und überstürzten Vorarbeiten von einer winzigen Mehrheit nach Ablauf der gesetzlichen Legislaturperiode und auf der Grundlage eines zweifelhafte Aktes der Selbstverlängerung des Landtages angenommen wurde, ist nicht das für unser Land notwendige Dokument der Toleranz und Verständigung geworden. Eine kulturkämpferische Mehrheit wollte einen letzten Triumph erzwingen in der Furcht, die bevorstehende Wahl könnte das Ende ihrer gegenwärtigen Mehrheit zur Folge haben.

## Verhöhung der Volksrechte

Carl Severing, der, wie er sagte, am Zustandekommen von drei Verfassungen mitwirkte, bezeichnete die kurzfristige

Volksbefragung als eine Verhöhung der Volksrechte. CDU und Zentrum konnten froh sein, daß es noch keinen Verfassungsgerichtshof gebe. Der FDP-Abg. Mittelhauwe beschwor das Haus, auf die Meinung des großen Notula Severing zu hören und eine Minderfrist von zwei Monaten einzuzusetzen, um die Verfassung in der Öffentlichkeit diskutieren zu können.

## Sonderabstimmung abgelehnt

Ein Antrag der SPD, in dem Volksentscheid auch über die engen Verfassungssätze abstimmen zu lassen, die im Landtag keine Mehrheit fanden, wurde abgelehnt. Zum Abschluß der letzten Plenarsitzung vor der Neuwahl dankte der SPD-Fraktionsvorsitzende Heßler dem Präsidium für die gewissenhafte und neutrale Ausübung seines Amtes. Landtagspräsident Gorkeln und Ministerpräsident Arnold dankten den Abgeordneten für ihre Arbeit, die u. a. in der Verab-

schaffung von 13 Stimmen, darunter 10 von der Sozialdemokratie und der Bundesreform, bestand.

## Frankreich sei Ausländerarbeiter nicht mehr angewiesen

Paris. (dpa) Auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ist Frankreich in Zukunft nicht mehr angewiesen, wie der französische Arbeitsminister Paul Bacon in der französischen Nationalversammlung im Zusammenhang mit einem Bericht über die Arbeitsmarktlage in Frankreich bekanntlich Leontine mit noch 7000 landwirtschaftliche und 8000 Spezialbauarbeiter im Auslande angeworben werden. Der französische Bergbau der bisher weitgehend ausländische Arbeitskräfte benötigt, kann in Zukunft auf diese verzichten.

## „Minschtschik“ begeistert Sowjetmenschenbewohner

Berlin. (dpa) Mehr als 20 000 Filmwiewer aus der Sowjetunion, darunter viele FDP-Mitglieder und Volkspolitiker, sahen in West-Berlin die amerikanische Filmkomödie „Minschtschik“. Wie die Filmbeobachtung des amerikanischen Hören Kommissars gestern berichtete, nahm die Nachfrage nach Eintrittskarten zwischen benachbarte Angehörige an.

## Kirche erhält Fernsichtglocken

Berlin. (dpa) Die am vergangenen Sonntag eingeweihte Trinitatiskirche in

**Regierungsrücktritt in Belgien**  
Brüssel. (ap-dpa) Das Rücktrittsgesuch der christlich-sozial-liberalen Koalitionsregierung Eyskens hat der belgische Prinzregent Charles am Dienstag angenommen und Eyskens gebietet die Regierungsgeschäfte bis zur Neubildung des Kabinetts weiterzuführen. Mit der Bildung einer neuen Regierung wird voraussichtlich der bisherige christlich-sozialistische Wirtschaftsminister Jean Davinowski beauftragt werden.

## Woodcock verlor durch technischen K. o.

London. (dpa) In der „englischen Version“ der Weltmeisterschaft im Schwergewicht gewann der Amerikaner Lee Savold gegen Bruce Woodcock (England) vor 80 000 Zuschauern im Londoner White-City-Stadion durch Aufgabe. Woodcock erlitt in der vierten Runde eine blutende Wunde über dem linken Auge. Seine Betreuer warfen nach Rundenschluß zum Zeichen der Aufgabe das Handtuch.

# Koalition verschob Europa-Rat-Debatte um 8 Tage

SPD-Antrag auf Vertragung bis nach den NRW-Landtagswahlen abgelehnt — Kanzler noch krank

NRZ, 7.6.1950

.26

## Frauen und Männer

IN NORDRHEIN-WESTFALEN!

Am 18. Juni soll ihr einen neuen Landtag wählen

Worum es geht!

Die Bonner Koalitionsregierung will, um ihren Rechtskurs ungeändert steuern zu können, im größten Lande der deutschen Bundesrepublik eine „gleichgeschaltete“ Landesregierung schaffen. Die Mitwirkung der Sozialdemokratie als der Vertreterin des sozial fortschrittlichen Teiles der Bevölkerung in der Regierung soll beseitigt werden.

Darum Wahlbündnisse CDU-FDP/DRP

Die maßgeblichen Kräfte der CDU wollen vom Antisemitismus und den Beschlüssen der Bonner Katholikentage nichts mehr wissen.

Wir fordern daher alle sozial, fortschrittlich u. demokratisch denkenden Wähler auf:

## Wählt Sozialdemokraten!

Um die geringe Mehrheit von CDU und Zentrum im alten Landtag auszuweichen, hat man in vier oder fünf Tage eine Verfassung geschrieben, über die die Wähler innerhalb weniger Tage abstimmen sollen, ohne die Möglichkeit zu haben, das wirklich prüfen zu können, was sie „ja“ oder „nein“ sagen sollen. Darin fordert die SPD die Bevölkerung auf:

## Sagt NEIN zur Verfassung,

damit der neu gewählte Landtag ein gutes Verfassungswerk schaffen und das Volk dann in Ruhe und wohlbedachter seine Entscheidung fällen kann.

Sozialdemokratische Partei  
Beitrag Nieberrhein  
Der Bezirksvorstand

NRZ, 17.6.1950

27

# Vier SPD-Abgeordnete mehr im Landtag

Verfassung erhielt 3,6 Mill. Stimmen — Wahlbeteiligung betrug 72 Prozent — Rätekraten um die Regierungskoalition

Von unserem Düsseldorf-Büro

## Feierschichten im Bergbau

Hamburg. (NWDR) Auf mehreren Schichtanlagen des Ruhrgebiets muß voraussichtlich von Ende dieses Monats an wegen schlechten Kohlenabsetzes röhrenförmig eine Feierschicht eingelegt werden. Von dieser Maßnahme werden besonders die Zechen betroffen, die Lagerhohe fördern. Mehrere Zechen im südlichen Ruhrrevier haben schon Feierschichten eingeführt.

## Werk war in Eisenach verhindert

Berlin (dpa) Als Mitglied des „Gesamtdeutschen Arosalkreises“ wurde auch der niedersächsische Landwirtschaftsminister Dr. Gerske vorgeschlagen, wie es dem jetzt veröffentlichten offiziellen Bericht über die landwirtschaftliche Tagung in Eisenach hervorgeht. Gerske wird zu den „hervorragenden Persönlichkeiten“ gezählt, die verhindert waren, an der Eisenacher Tagung teilzunehmen.

## Route Pariser Konferenz

Bonn (dpa) Zu den heute beginnenden Vier-Mächte-Besprechungen über den human-Plan reiste gestern der diplomatische Berater des deutschen Verhandlungsausschusses, Blankenhorn, nach Paris ab. Der deutsche Ausschuss will um 16 Uhr in Paris zusammenkommen.

NRZ Düsseldorf. — Die sozialdemokratische Fraktion wird nach dem endgültigen Ergebnis der Wahlen vom Sonntag mit 66 Abgeordneten, d. h. vier mehr als bisher, in den neuen Landtag einziehen. Die CDU erhält 93 und das Zentrum 16 Mandate, so daß die bisherige Regierungskoalition insgesamt über 177 Mandate des mit 215 Abgeordneten besetzten Landtages verfügt.

Nach parlamentarischem Brauch obliegt es der CDU als der stärksten Partei, mit den übrigen Fraktionen Verhandlungen über eine Regierungsbildung aufzunehmen. Die Sozialdemokraten enthielten sich bisher jeder offiziellen Erklärung, jedoch betonte der in Dortmund wiedergewählte Fritz Henkler, daß er persönlich nach wie vor dem Gedanken einer großen Koalition positiv gegenüberstehe. „Wir haben aber nicht die Absicht, uns des andern auszudrücken, wie wir auch selbstverständlich mit der Bindung an eine Landesregierung keine Verpflichtung gegenüber Bonn eingehen werden.“

## Adenauer sprach mit Gockels

Aus Düsseldorf politischen Kreisen wird gemeldet, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer in der Wahlnacht mehrmals mit dem bisherigen Landtagspräsidenten Gockels telefonierte, dessen Gegenerschaft zu Ministerpräsident Arnold, dem Befürworter der großen Koalition, bekannt ist. Gestern morgen führte Dr. Adenauer längere Gespräche mit den Vertretern des CDU-Koordinierungsausschusses des Landes. In einer gemein-

samen Erklärung wird betont, daß alle Entscheidungen über die Regierungsbildung von den zuständigen Parteinstanzen und der neuen CDU-Landtagsfraktion getroffen würden.

Der bisherige Zentrums-Fraktionsvorsitzende Brockmann vertritt die Auffassung, daß die bisher von Arnold geführte große Koalition durchaus bestehenbleiben könne. Andererseits erklärte die Bundesleitung der FDP in Bonn: „Es liegt ein klarer Auftrag der Wähler vor. Die politischen Kräfte, die die Bonner Regierungspolitik bejahen und zu einer nichtsozialistischen Mehrheitsbildung fähig sind, werden zu verantwortlicher Zusammenarbeit aufgefordert.“

Die FDP, die bei der Landtagswahl 1947 kein direktes Mandat eroberte, kann diesmal fünf Abgeordnetensitze aus der direkten Wahl für sich buchen, die ausschließlich durch ihr Wahlbündnis mit der CDU in einer Reihe von Wahlkreisen ermöglicht wurden. Das Zentrum brachte in der Wahl am Sonntag keinen direkten Kandidaten durch. Selbst der Wahlkreis Münster-Land, den es bisher knapp vor der CDU behaup-

tele, ging ihm diesmal verloren. Die KPD erhielt gerade noch 5,5 Prozent aller Stimmen und überschritt damit gerade noch die 3 Prozent, die für die Berücksichtigung auf der Landesversammlung notwendig sind. Die Wahlbeteiligung betrug 72 Prozent. Im Volksentscheid wurden für die Verfassung 3 627 808 Stimmen abgegeben gegenüber 2 237 720 Neinstimmen. 494 474 Stimmen waren ungültig.

## „Sechs Wochen Kulturkampf“

Der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher erklärte zum Wahlausgang, dieser sei in erster Linie nicht eine politische Entscheidung gewesen. „In Deutschland ist es so: Fünf Jahre lang wird gekämpft um ökonomische und soz. Ziele, sechs Wochen vor der Wahl bricht dann plötzlich der Kulturkampf aus und am Abend des Wahltages ist er zu Ende.“

## „Sammlung zur Tat“ wechselt den Namen

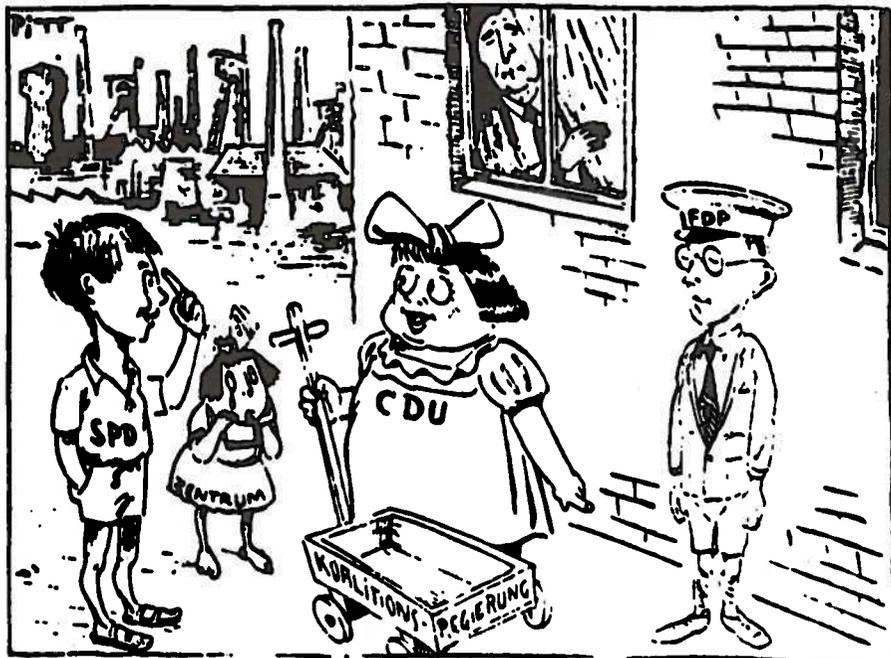
Baden-Baden (dpa) Die im März vorigen Jahres in Villingen (Schwarzwald) gegründete „Sammlung zur Tat“ beschloß am Sonntag, sich in „Deutsche Friedenspartei“ umzubenennen. Sie will im September in Frankfurt ihren zweiten „Deutschland-Kongress“ abhalten.

## Feltenhans verhaftet

München (ap-dpa) Auf Antrag des Ermittlungsrichters wurde gestern der Vorsitzende der Vaterländischen Union, Feltenhans, in München verhaftet. Felten-

NRZ, 20.6.1950

28



„Papa sagt, ich darf nur noch mit Kindern von ‚seinen Leuten‘ spielen!“

NRZ, 21.6.1950

29

# Arnold bildet CDU-Notkabinett

Übergangslösung mit dem Endziel „echter Koalition“

Von unserer Düsseldorfer Redaktion  
35 DUSSELDORF, 1. August  
Das Ergebnis der sechswöchigen Koalitionsverhandlungen in NRW ist ein nur aus CDU-Ministern bestehendes Übergangskabinett als Notlösung. Weitere Besprechungen zur Bildung einer ausreichenden Regierungsgrundlage sind ins Auge gefasst. Man darf annehmen, daß Ministerpräsident Arnold diese Verhandlungen stärker als bisher bestimmen wird.

Am Beginn der Landtagsitzung am Dienstag stellte Ministerpräsident Arnold kurz das Scheitern der bisherigen Koalitionsversuche fest und betonte die Notwendigkeit einer Zwischenlösung, da der regierungslose Zustand nicht länger zu verantworten sei.

Arnold selbst übernimmt neben dem Ministerpräsidentium des Innenministeriums, Dr. Weitz wird außer den Finanzen des Wirtschaftsministeriums mitverwalten. Erziehungsminister Lübke erhält die Ministerien für Wiederaufbau und Arbeit bzw. Justizminister Dr. Sträter das Verkehrsministerium und Kultusminister Frau Christine Tensch das Sozialministerium. Mit der Vertretung des Landes NRW in Bonn bleibt Minister Dr. Weiser betraut. Sämtliche Besetzungen sind als vorläufig bis zur Zusammenfassung einer tragfähigen Regierung.

einer Kleinen Koalition zwischen CDU und FDP vorzustehen.

## FDP sagt: „Verlegenheitslösung“

DUSSELDORF, 1. August  
Ministerpräsident Arnold sei mit der Bildung eines CDU-Übergangskabinetts in eine Verlegenheitslösung geübt, erklärt die FDP-Fraktion des NRW-Landtags. „Der Herr Ministerpräsident wird hoffentlich nicht dem Irrtum unterliegen, er könne mit Hoffnungen, die er bei den verschiedenen Fraktionen zu erwecken versucht, sich seinem gegebenen Wort entziehen oder gar aus der Behaltelösung am Wegzug seiner präsidentiellen Allzuständigkeit auf die Dauer machen.“

In der Unentschiedenheit der Parlamentarier sei dem Volke ein Zerrbild der De-

WAZ, 5.8.1950

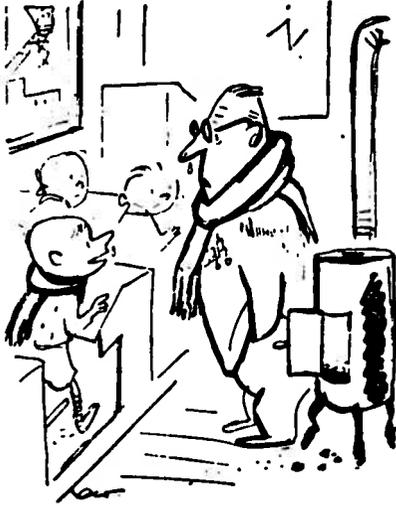
30

Mit fünf Mann ...



... ist auf die Dauer kein Spiel zu gewinnen

31



Lehrer: „ . . . die Kohlevorräte des Ruhrgebietes reichen also noch für einige Jahrhunderte. — — — Uebrigens, ab morgen haben wir Ferien wegen Kohlenmangels.“  
(Zeichnung: Berenbrok)

WAZ, 1.12.1950

32

# Ruhrbevölkerung fordert baldige Elektrifizierung der Bundesbahn

**Kein Verständnis für Verzögerung des Baubeginns im Revier  
Fahrzeiten im Berufsverkehr könnten um ein Drittel gekürzt werden**

Von unserem Redaktionsmitglied  
Dr. G. J. Saal  
DUSSELDORF, 21. November

Am 27. April 1950 verkündete NRW-Ministerpräsident Arnold auf der Verkehrsministerkonferenz in Duisburg den Plan einer Elektrifizierung des Eisenbahnverkehrs an Rhein und Ruhr. Was damals vorgetragen und von der Ruhrbevölkerung mit großer Begeisterung aufgenommen wurde, war kein technisches Zukunftsbild, sondern ein schon weit ausgereiftes Projekt, dessen Inangriffnahme in der aller nächsten Zeit erwartet werden konnte. Seitdem sind zweieinhalb Jahre vergangen. Noch heute wartet die Ruhr auf den ersten Spatenstich.

Die erste Frage vor einer Untersuchung der Gründe, die zu der Verzögerung geführt haben, muß lauten: Warum überhaupt Elektrifizierung? Dazu gilt grundsätzlich, daß die Umstellung vom Dampf auf Strom schon seit langem in der Linie des technischen Fortschritts liegt. Auch wenn wir eine moderne, nicht durch Kriegsschäden gehemmte und vom Kraftwagen bedrohte Bundesbahn hätten, müßten wir diesen Schritt tun. Einfach

rein kostenmäßig durch den billigeren Strom eine Verringerung des Betriebsaufwandes um rund 50 Mill. DM jährlich.

## ELEKTROLOKS LEISTUNGSFÄHIGER

Hinzu kommt die höhere Leistung der Elektrolok, die 18 von 24 Tagesstunden vor dem Zug laufen kann, während die Dampflok im Durchschnitt nur auf 10 Stunden kommt. Die Elektrolok läuft schneller und braucht nur einen Mann Bedienung, so daß im Endergebnis nach dem Urteil der Bundesbahn statt 1000 Dampflokomotiven nur die Hälfte an Elektroloks gebraucht würden. Damit ließe sich nochmals ungefähr der gleiche Betrag einsparen wie beim Ersatz der Kohle durch den Strom. Veranschlagt man die Kosten der Elektrifizierung für 1000 km auf 700 Mill. DM, so kann sich auch der Laie ausrechnen, wie gut sich

Bochum bis nach Hagen fahren könnte, oder statt nach Recklinghausen bis Dülmen, oder statt nach Dortmund bis Hamm. Als Folge der besseren und schnelleren Verbindung wäre es möglich, die Arbeitsverhältnisse aus den Großstädten heraus mehr in die grüne Landschaft zu verlegen. Dieses Ziel der Verlagerung des Wohnungsbaus in die gesunden Randgebiete läßt sich noch dadurch fördern, daß gleichzeitig mit der Elektrifizierung der Bahn eine neue Ordnung des Nahverkehrs durchgesetzt wird, die das Nutzen von Straßenbahn, Autobus und Eisenbahn mit einem Fahrchein gestattet.

Nicht zu übersehen sind schließlich die Ausstrahlungen auf die Wirtschaft und damit auf die Beschäftigung. Von den gesamten Anlagekosten für den elektrischen Bahnbetrieb wird etwa die Hälfte auf die Beschaffung von Elektro-

## ELEKTRIFIZIERUNG der Rhein-Ruhr-Eisenbahnen

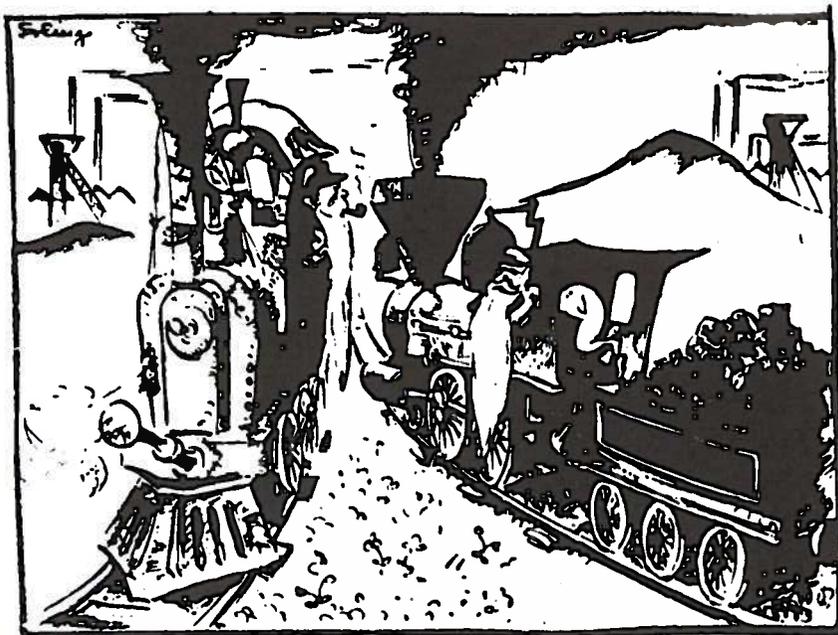
1. Ausbaustufe



WAZ, 22.11.1952

33

# Ruhrschnellverkehr 1980



WAZ, 16.6.1951

**Haste Arnold gehört? - Wir sollen nun doch elektrifiziert werden?"**

34



**Lieber Bundesbahn-  
präsident Frohne...**

WAZ, 15.11.1952

**WIR im Ruhrgebiet arbeiten  
gewöhnlich schneller . . . !**

35

# Land NRW beendet die Entnazifizierung

## Wieder Zuerkennung der Beamtenrechte

Von unserer Düsseldorfer Redaktion  
JS DUSSELDORF, 22. Januar

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verabschiedete endgültig und ohne Debatte mit den Stimmen aller Parteien gegen die der Kommunisten das Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung. Danach werden keine neuen Verfahren mehr eingeleitet und alle noch laufenden eingestellt. Alle Beschränkungen werden aufgehoben, ausgenommen für die Kategorien 1 und 2 die Wahlrechts- und Beschäftigungsbeschränkung.

Beamten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen der Kategorie 4 sind auf Antrag die aberkannten Rechte zuzuerkennen, soweit diese Rechte nicht auf Maßnahmen beruhen, die im Widerspruch zu beamtenrechtlichen Vorschriften oder wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus getroffen sind.

\*

Kammerorgane für Ärzte, Apotheker, Tierärzte, Zahnärzte und Dentisten bestimmt ein vom Landtag in Nordrhein-Westfalen angenommenes Gesetz. Der umfangreichste Teil des Gesetzes behandelt die Berufsgerechtheit.

Für den Bau von Bergarbeiterwohnungen in Essen wurden 12 Mill. DM aus ECA-Mitteln zur Verfügung gestellt.

Alle vier Tage wird ein Schiff mit Auswanderern aus Bremerhaven auslaufen, da die Auswanderer aus fast sämtlichen westeuropäischen Ländern über Bremerhaven Europa verlassen.

Keine Bundesverdienstkreuze dürfen von Bremer Senatoren angenommen werden. Der Bremer Senat verwies bei diesem Beschluß auf eine alte hanseatische Tradition, die das Tragen von Orden verbietet.

(eigen/dpa/ap)

## Er hat mir meinen Sohn genommen

LONDON, 22. Januar

Zu einer Geldstrafe von umgerechnet 230 DM verurteilte ein Londoner Gericht am Dienstag den Fahrer des Omnibusses, der am 4. Dezember bei London in eine marschierende Kolonne von Marinekadetten hineinfuhr und den Tod von 24 von ihnen herbeiführte. Der Richter betonte, der Fahrer Samson habe einen guten Leumund und sei immer als zuverlässiger Fahrer bekannt gewesen. Der Verurteilte erklärte: „Es tut mir so leid um die armen Mütter. Das ganze ist eine wirkliche Tragödie.“ Eine der schluchzend aus dem Gerichtssaal geleiteten Mütter rief: „Das ist keine Gerechtigkeit, er hat mir meinen Sohn genommen.“

WAZ, 23.1.1952

(dpa)

36

## Entnazifizierung in NRW - a. D.



WAZ, 26.1.1952

Arnold: Der Papierflut entronnen - alte Rechte zurückgewonnen

37

# Polizisten sind jetzt wieder Landesbeamte

Nordrhein-Westfalen richtet Polizeipräsidenten ein - Landtag verabschiedete neues Gesetz

Von unserer Düsseldorfer Redaktion

**NRZ Düsseldorf.** Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verabschiedete gestern in dritter Lesung ein neues Polizeigesetz. Es löst die nach Kriegsende auf Weisung der britischen Besatzungsmacht eingeführte Regelung über Organisation und Zuständigkeit der Polizei ab, die nach der fast einmütigen Auffassung des Landtags den deutschen Verhältnissen nicht gerecht geworden ist.

Die grundsätzliche Änderung besteht darin, daß die Polizei, die bisher auf der Regierungsbezirks- und Stadtkreis-ebene den demokratisch gewählten Polizeiausschüssen unterstand, auf den gleichen Instanzenstufen jetzt den staatlichen Organen unterstellt worden ist. Oberster Chef der Polizei ist der Innenminister. Die neu zu bildenden Kreispolizeibezirke werden in den Landkreisen von den Oberkreisdirektoren, in kreisfreien Städten bis zu 100 000 Einwohnern von Polizeiamtsleitern, in Städten bis zu 300 000 Einwohnern von

Polizeidirektoren und in noch größeren Städten von Polizeipräsidenten geleitet. Zentrale staatliche Dienststelle der Kriminalpolizei des Landes ist das Landeskriminalamt. Alle Polizeichefs sind zivile Beamte. Ihre Zuständigkeit ist im allgemeinen auf ihren Polizeibezirk beschränkt. In dringenden Fällen kann diese Grenze überschritten werden.

Das neue Gesetz fand eine große Mehrheit im Landtag. Nur der CDU-Abgeordnete Büttner hat sich der großen Schwengung seiner Fraktion, die lange Zeit gegen die Verstaatlichung des Polizeiapparates war, noch in der Schlußabstimmung widersetzt. Mit ihm stimmten die kommunistischen Abgeordneten — natürlich aus anderen Gründen — gegen das Gesetz.

Ein SPD-Antrag, der sich für eine gesonderte Regelung der im Gesetz festgelegten Kostenverteilung zwischen Land und Kommunen einsetzte, fand keine Mehrheit. SPD-Abgeordneter Steinhoff hatte darauf hingewiesen, daß die Ge-

meinden, die von den sich jährlich auf etwa 200 Mill. DM belaufenden reinen Polizeikosten etwa 66,6 Mill. DM (ein Drittel) zu übernehmen haben, zusätzlich noch mit 45 Mill. DM für die Ordnungsverwaltung belastet seien.

Ein FDP-Antrag auf Abschaffung der Getrankesteuer, der von den Rednern fast aller anderen Fraktionen als „Wahlmanöver“ kritisiert wurde, ging an den zuständigen Ausschuß. Die CDU, deren Sprecher offiziell mitteilte, die FDP habe seine Fraktion „aus wahltaktischen Gründen“ zur Mitunterschrift dieses Antrags bewegen wollen, forderte die Landesregierung zu einer gründlichen Prüfung der Frage auf, ob oder inwieweit die Getrankesteuer beseitigt werden könne. SPD-Abgeordneter Steinhoff warnte davor, den an der allgemein guten steuerlichen Entwicklung nur steuermäßig beteiligten Gemeinden weitere Mittel zu entziehen.

## US-Bomber flog Rekord

**London.** (ap) Ein neuer informeller Rekord für die West-Ost-Überquerung des Atlantiks wurde gestern von einem amerikanischen Düsenbomber vom Bauplan B 47 Stratojet erzielt. Er benötigte für den Flug von seinem Startpunkt Limestone im US-Staat Maine nach Fairford in England nur 4 Stunden, 45 Minuten.

NRZ, 29.7.1953

38

# Ruhrzechen müssen Feierschichten einlegen

Harpener Bergbau und Hannover-Hannibal betroffen - Ursache: angespannte Absatzlage

WAZ RUHRGEBIET, 17. März

Die Zechengesellschaft Hannover-Hannibal AG (Bochum) und die Harpener Bergbau AG (Dortmund und Bochum) haben am Donnerstag die erste Feierschicht über und unter Tage eingelegt. Beide Gesellschaften begründen diese Maßnahme mit der angespannten Absatzlage. Bei der Harpener Bergbau AG feiern die Schachtanlagen Oespel (rd. 1400 Arbeitskräfte), Dorstfeld (rd. 2050), Gneisenau-Scharnhorst (rd. 4000) und Robert Müser (rd. 3700). Auf den Schachtanlagen Hannover und Hannibal sind insgesamt 3800 Bergleute betroffen.

## NRW-Produktion steigt unerwartet früh

DÜSSELDORF, 17. März  
Der Produktionsindex der Industrie in Nordrhein-Westfalen (ohne Bau) stieg im Februar nach Mitteilung des NRW-Wirtschaftsministeriums um 3 v. H. auf 144 v. H. der Produktion von 1936. Das

WAZ, 18.3.1954

39

# Kohlehalden wachsen



Den Frühlingsspaziergang habe ich mir anders vorgestellt ..."

WAZ, 20.3.1954

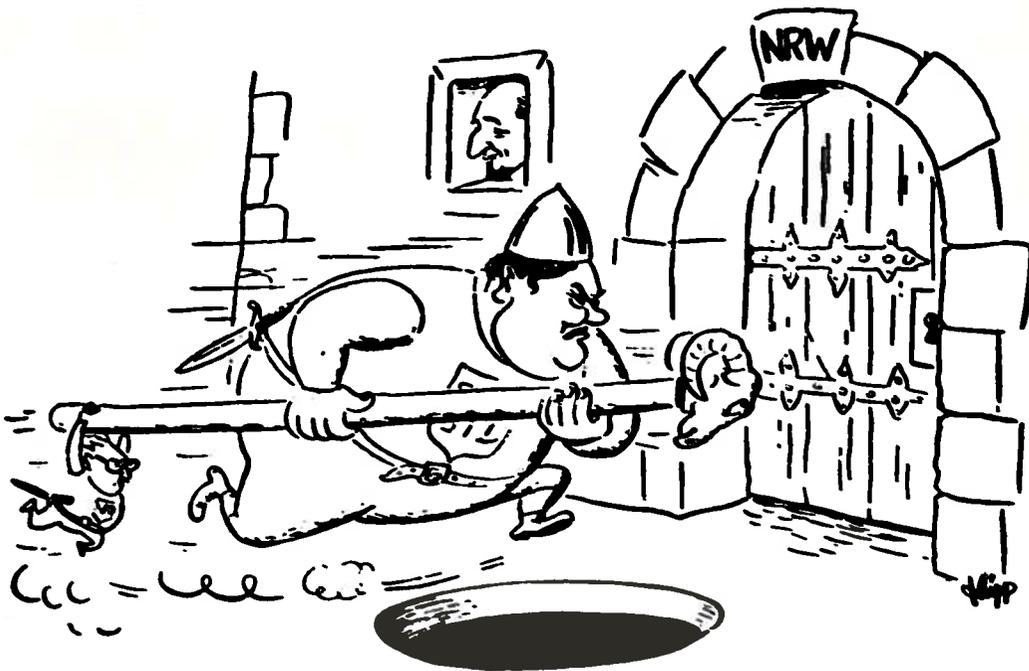


1949



1954

Zeichnung: O. Brandes



In Nordrhein-Westfalen beginnt der Wahlkampf.

Zeichnung: Peter Klipp

RN, 25.6.1954

## Wahlkampf



WAZ, 26.6.1954

Ganz gegen die (Bonner Koalitions-) Regeln - Der Angriff kommt von rechts

WAZ-Zeichnung Otto Benschütz

# Ruhr-Nachricht



Tageszeitung für Westdeutschland

Einzelpreis 20 Pfennig  
Nr. 147 - 6. Jahrgang

Montag, 28. Juni 1954

Abrechnung nach Postgesetz Nr. 12  
Vergütung und Befreiung Postrecht  
Postkarte 4-11 - Ruf 194 8

Dortmund

## CDU 450 000 Stimmen vor SPD

Abstand vergrößert - FDP-Hoffnungen nicht erfüllt - KPD nicht mehr im Landtag vertreten  
BHE und Bund der Deutschen ohne Erfolg

### Das endgültige Ergebnis

Düsseldorf, 28. Juni. Als stärkste Partei erhielt die CDU bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am Sonntag 2 829 847 Stimmen. Ihr folgte mit 2 382 887 Stimmen die SPD. Die CDU hat damit ihren Vorsprung, der bei den Landtagswahlen 1950 281 332 Stimmen betragen hatte, auf über 450 000 Stimmen erhöht. Dabei betrug die Wahlbeteiligung am Sonntag wieder, wie vor vier Jahren, rund 72 Prozent.

	Landtag 1953 II	Landtag 1951 II	Landtag 1949 II
CDU	2 829 847 (41,7%)	3 915 320 (48,9%)	2 286 644 (36,9%)
SPD	2 382 887 (34,9%)	2 553 014 (31,9%)	2 065 312 (32,1%)
FDP	791 517 (11,4%)	663 902 (8,5%)	748 926 (12,1%)
Zentrum	275 144 (4,0%)	217 076 (2,7%)	466 497 (7,5%)
KPD	263 936 (3,8%)	228 592 (2,9%)	338 862 (5,5%)
BHE	317 736 (4,6%)	219 951 (2,7%)	—
BdD	1 888 (0,3%)	—	—
Sonstige	19 743 (0,3%)	592 (0,0%)	—

NR, 28.6.1954

44

# Regierungsmehrheit wurde gebrochen

Gewinne der SPD, Verluste der CDU — BHE ist gescheitert

Partei	Landtagswahl am 27. 6. 1954 Wahlbeteiligung rund 72 %			Bundtagswahl am 6. 9. 1953 Wahlbeteiligung 86 %			Landtagswahl am 18. 6. 1950 Wahlbeteiligung rund 72 %		
	Stimmen	in %	Mandate	Stimmen	in %	Mandate	Stimmen	in %	Mandate
SPD	2 382 887	34,5	76	2 553 014	31,9 %	76	2 008 087	32,4 %	68
CDU	2 829 847	41,7	90	3 915 320	48,0 %	90	2 286 486	36,1 %	93
FDP	791 517	11,4	25	663 902	8,5 %	26	748 499	12,1 %	26
Zentrum	275 144	4,0	9	217 076	2,7 %	16	466 499	7,5 %	16
KPD	263 936	3,8	—	228 592	2,9 %	—	338 826	5,5 %	12
BHE	317 736	4,6	—	219 951	2,7 %	—	—	—	—
DP	1 888	0,3	—	80 034	1 %	—	109 462	1,7 %	—
BDD	19 743	0,01	—	—	—	—	—	—	—

Von unserer Düsseldorfer Redaktion

Düsseldorf. Die bisherige Regierungsmehrheit im Landtag ist gebrochen. CDU und Zentrum haben bei der gestrigen Landtagswahl von den 288 Sitzen nur 99 erringen können. Auf die CDU entfielen 88 Sitze, auf das Zentrum 9. Die SPD erhielt 76 Mandate, die FDP 25.

Hauptkennzeichen des Wahlergebnisses sind: Stärkerer Gewinn der SPD, Verluste der CDU und ein geringer Zuwachs für FDP, BHE und KPD. Die

791 517 (11,5 %) Stimmen, BHE 317 736 (4,62 %), Zentrum 275 144 (4,03 %), KPD 263 936 (3,8 %), Bund der Deutschen 19 943 (0,31 %), und die Deutsche

Der Zuwachs der FDP ist geringer, als die Partei erwartet hatte. Die CDU verlor unter anderem den Wahlkreis Mettmann-Ost an die SPD. Diesen Wahlkreis hatte sie sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei der letzten Landtagswahl gewonnen. Hier kandidierte jetzt der Vizepräsident des Deutschen Handwerks, Schulhoff (CDU), gegen den die FDP Strafantrag gestellt hatte, weil er „in unzulässiger Weise die Wahlentscheidung beeinflussen“ wollte.

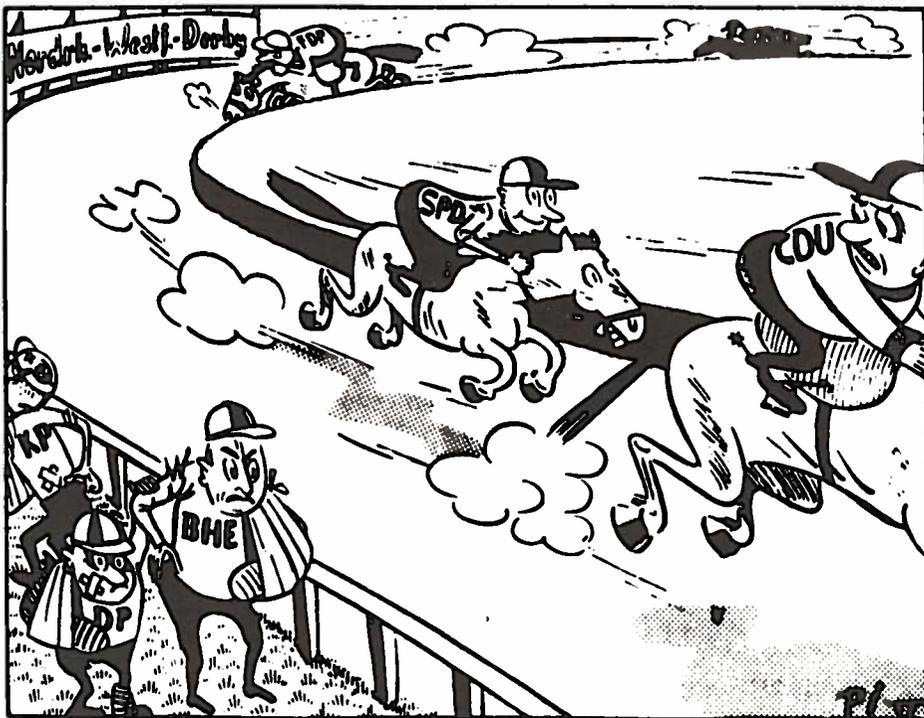
Die Wahl verlief ohne Zwischenfälle. In den Vormittagsstunden war die Wahlbeteiligung durchweg schwach, wurde aber in den Nachmittags- und frühen Abendstunden stärker. Bei der letzten Landtagswahl gingen 72,1 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung an die Wahlen, bei der Bundestagswahl im Herbst 1953 86 Prozent.

### Erstes Echo

Erich Ollenauer sagte, er sei „sehr zufrieden“, denn die SPD habe einen „guten Erfolg“ errungen. Der Landeswahlleiter der SPD, Kuhn, bezeichnete den Wahlausgang als einen beträchtlichen Prestigegewinn der SPD

NRZ, 28.6.1954

45



„Au Backe! Der hat aber mächtig aufgeholt!“

NRZ, 29.6.1954

46

## FDP in Düsseldorfer Regierung? **CDU sucht neuen Koalitionspartner**

### **Dr. Adenauer empfing Ministerpräsident Arnold**

Von unserem Bonner und Düsseldorfer Büro

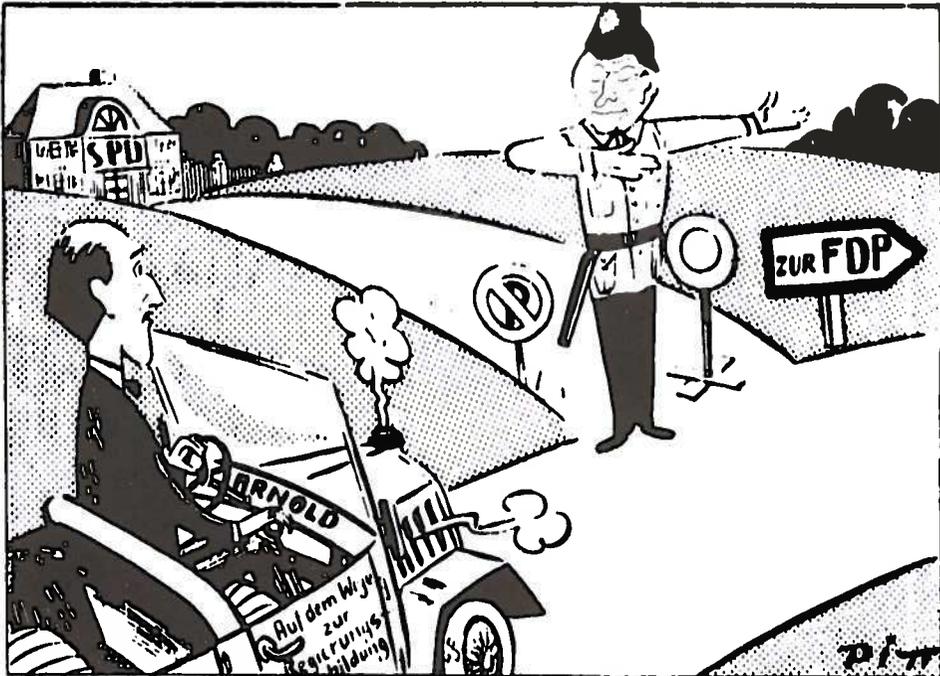
**Bonn/Düsseldorf, 28. Juni.** Zu einer Aussprache über das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen empfing am Montag Bundeskanzler Dr. Adenauer in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender der CDU den Ministerpräsidenten Arnold und die CDU-Landesvorsitzenden Lambert Lensing (Westfalen) und Wilhelm Johnen (Rheinland). Vorher hatte Dr. Adenauer Besprechungen mit seinen engsten Mitarbeitern.

RN, 29.6.1954

47



„Mein schönes Fräulein, darf ich wagen, meinen Arm und Geleit Ihr anzutragen?“ (Faust)  
 Zeichnung: Peter Klipp



„Nach links abbiegen streng verboten!“ Copyright by NRZ

# Koalition CDU/FDP erscheint gesichert

## Middelhaue soll NRW-Wirtschaftsminister werden

Von unserer Düsseldorfer Redaktion

M. W. Düsseldorf. Die Vorentscheidung über die Regierungsbildung in NRW ist gefallen: mit dem gestern bekannt gewordenen Verzicht der FDP auf die Besetzung des ursprünglich geforderten Finanzministeriums scheint einer Koalition zwischen CDU, FDP und Zentrum nichts mehr im Wege zu stehen.

Als Ausgleich für ihren Verzicht hat die FDP das Wiederaufbauministerium gefordert. Voraussetzung dafür ist aber die Aufteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau, das von der bisherigen Regierung Arnold im Zuge der „Verwaltungsreform“ zusammengelegt wurde. Ferner beansprucht die FDP das Wirtschaftsministerium. Als Kandidat dafür wurde der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Middelhaue und für das Wiederaufbauministerium der Bundestagsabgeordnete Weyer vorgeschlagen.

Die CDU-Fraktion wird voraussicht-

lich heute zusammentreten und die endgültige Entscheidung fällen. Offen ist noch die Frage des Wegfalls des Ministeriums zur Vertretung des Landes in Bonn. Die FDP hält an dieser Forderung fest. Man nimmt an, daß das Bonner Ministerium mit Rücksicht auf die FDP vorerst „zurückgestellt“ und nach Ablauf einer gewissen Zeit erneut ins Leben gerufen wird.

Innerhalb der CDU bestehen starke Meinungsverschiedenheiten über die Frage, ob das Kultusministerium weiterhin mit einem katholischen oder mit einem evangelischen Abgeordneten der Partei besetzt werden soll.

NRZ, 15.7.1954

50



„Weißt du noch Schatz! Ein paar Wochen ist es erst her,  
da wolltest du gar nichts von mir wissen!“ Copyright by NRZ

NRZ, 17.7.1954

51

# WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

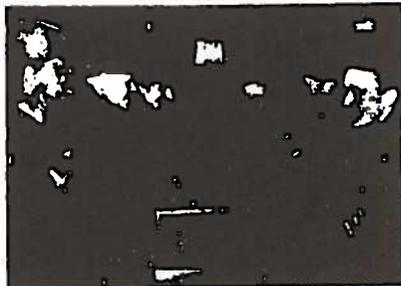
Dortmunder Tageszeitung

## Samstag Streik im gesamten Bergbau

### Protestaktion gegen Reusch-Erklärung zum Mitbestimmungsgesetz Arbeitsniederlegung für 24 Stunden

Von unserem A.G.-Redaktionsmitglied  
**GELSENKIRCHEN, 19. Januar**  
Rund 500 000 Bergleute sollen am Samstag wegen der Reusch-Erklärung zum Mitbestimmungsgesetz und der damit verbundenen Stellungnahme des Deutschen Industrieministeriums in einen 24stündigen

Proteststreik treten. Dies wurde am Mittwoch in Gelsenkirchen von über 1000 Funktionären der IG Bergbau einstimmig beschlossen. Ebenso einstimmig versicherten die Funktionäre vor der Abstimmung auf eine vom Gewerkschaftsvorstand vorgeschlagene Diskussion über den Beschluß-Antrag.



BERGLEUTE DISKUTIEREN STREIKBESCHLUSS waz-Bild Werner Ibsel

#### Kabinett berät Streik in einer Sondersitzung

WAZ, 19. Januar

Das Kabinett hat in einer Sondersitzung am Mittwochabend über den Streik im Bergbau beraten. Die Ministerpräsidenten der Länder sind anwesend. Die Diskussion über den Streik wird bis in die Nacht fortgesetzt. Die Ministerpräsidenten sind sich einig, dass der Streik ein Verstoß gegen die Grundgesetze der Bundesrepublik ist. Sie werden sich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einsetzen.

Der Proteststreik wird im gesamten Bergbau des Bundesgebietes durchgeführt. Nur die Bergbau AG „Neue Hütte“ in Oberhausen, bei der schon ein vorweggenommener Samstag gestreikt wurde, ist davon ausgenommen.

Wie dem Sitzungsprotokoll habe der Vorsitzende der IG Bergbau, Hans-Joachim Reusch, erklärt, dass die Streikaktion eine notwendige Maßnahme ist, um die Interessen der Bergleute zu verteidigen. Er erklärte, dass die Bergleute sich nicht durch die Reusch-Erklärung und die Stellungnahme des Industrieministeriums einschüchtern lassen werden. Die Bergleute sind eine ruhige Gruppe, die sich nicht durch die Reusch-Erklärung einschüchtern lassen werden. Die Bergleute sind eine ruhige Gruppe, die sich nicht durch die Reusch-Erklärung einschüchtern lassen werden.

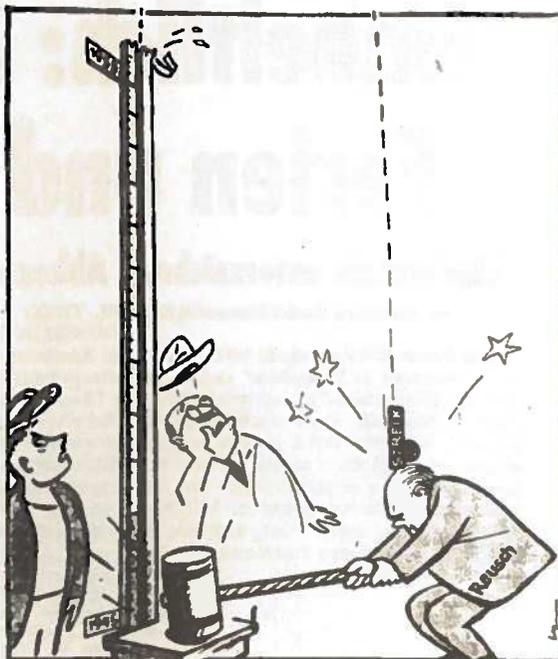
und Parlament noch gegen die „Unternehmer schlichteten“, sondern ausschließlich gegen Gewerkschaftler Dr. Reusch und seine „Hintermänner“.

Die Mitbestimmung in der Montanindustrie habe sich bewährt. Dies werde auch von namhaften Unternehmensbesten bestätigt. Alle Versuche, die Mitbestimmung zu sabotieren, müßten im Keim erstickt werden.

Der zweite Vorsitzende der IG Bergbau, Günter Kuhn, warnte davor, die Proteststreik für parteipolitische Zwecke zu verwenden. „Es sind ein sauberer Arbeitsempfehlung.“ Gegen etwaige Repressalien der Unternehmer werde man sich wehren wissen. Wer glaube, die Situation an der Ruhr verschärfen zu können, müsse mit entsprechenden Antworten rechnen.

## UNO soll sich um Waffenstillstand im Raum von Formosa bemühen

„Au“



waz-Zeichnung: Otto Zehnberg

# Einheitlich: Einschulung, Ferien und Schultypen

Länderchefs unterzeichnen Abkommen - Arnold: „Diese Harmonie!“

Von unserem Redaktionsmitglied DR. THEO SCHROTER  
DUSSELDORF, 17. Februar

In lauberen Rahmen einer internationalen Konferenz unterzeichneten am Donnerstag in Düsseldorf sieben Ministerpräsidenten und drei Regierende Bürgermeister der westdeutschen Länder und Berlins ein Abkommen über die Vereinheitlichung des Schulwesens in der Bundesrepublik. Wie die WAZ bereits in ihrer Donnerstagsausgabe mitteilte, einigten sie sich über einen einheitlichen Schulbeginn, einheitliche Ferien, einheitliche Bezeichnungen der Schultypen und einheitliche Schulnamen der höheren Schulen. Ministerpräsident Arnold erklärte am Schluß der Konferenz: „Gut, daß nun diese anstrengenden Tage vorbei sind. Dazu noch diese Harmonie.“

Arnold betonte, diese Beschlüsse seien nicht schon vor der Konferenz sicher gewesen. Es habe vielmehr heftige Diskussionen gegeben. Die erfreulichen Ergebnisse seien aber schließlich doch zustande gekommen, da sich alle der Verantwortung bewußt gewesen seien, das Beste

Außer dem Schulvertrag unterzeichneten die Regierungschefs von NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg einen Staatsvertrag über die Aufgliederung des Nordwestdeutschen Rundfunks in zwei neue Sendegesellschaften. Die Schaffung eines Westdeutschen Rundfunks Köln war bereits vom NRW-Landtag beschlossen worden. Die Bildung eines Norddeutschen Rundfunks wurde durch einen Vertrag endgültig, den die drei Regierungschefs der norddeutschen Länder jetzt ebenfalls in Düsseldorf unterzeichneten.

Sowohl diese Abkommen wie auch der Vertrag über das Schulwesen müssen noch von den beteiligten Länderparlamenten genehmigt werden. Die nächste Konferenz der Länderchefs soll im Herbst in Niedersachsen stattfinden.

WAZ, 18.2.1955

54

## Schuleinigung



„Was ist denn da passiert: Seit wann tanzt denn da niemand mehr aus der Reihe?“

WAZ-Zeichnung: Otto Berenbrock

WAZ, 19.2.1955

55

# SPD und FDP wollen Arnold stürzen

## Sowjet-Protest in Bonn überreicht Gegen Luttballons

Deutsche Presse-Agentur

**Bonn.** Die Sowjetregierung protestierte am Montag bei der Bundesregierung in Bonn gegen das Anlassen von Propagandaballons durch amerikanische Organisationen von dem Gebiet der Bundesrepublik. Die Bundesregierung bestätigte den Empfang des Protestschreibens. Die Sowjetregierung bezeichnete die Ballons, die über das Gebiet der Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten dirigiert worden seien, als Bedrohung der Sicherheit

## Jetzt offizielle Verhandlungen

Von unserem Düsseldorfer Büro

**Düsseldorf.** Die Gespräche um eine Regierungsneubildung in Nordrhein-Westfalen sind in das akute Stadium getreten. Die Landtagsfraktion der SPD beschloß am Montag einstimmig, die bisher allgemein geführten Gespräche mit der FDP nunmehr offiziell fortzusetzen.

Die CDU-Fraktion hat ihrerseits am Montag einen Bericht des Ministerpräsidenten über die koalitionspolitische Situation entgegengenommen. Karl Arnold wurde anschließend einstimmig durch die Fraktion beauftragt, die im Interesse des Landes notwendigen Verhandlungen zur Klärung der politischen Lage unverzüglich aufzunehmen.

Im Anschluß an die Fraktions-sitzung der SPD stellte sich der

dacht geraten, zur gleichen Zeit „auf zwei Klavieren zu spielen“. Mit Nachdruck stellte Steinhoff außerdem fest, daß es die FDP gewesen sei, die um Koalitions-gespräche ersucht habe. Die Sozialdemokraten seien also in dieser Frage nicht selbst aktiv geworden und hätten daher auch keine Veranlassung gehabt, in diesen Fragen auf die CDU-Fraktion zuzukommen. Die SPD-Fraktion hat die vier

56

RN, 3.2.1956

## FDP und SPD wollen Arnold stürzen



... teilen Dir hiermit, lieber Konrad, mit, daß wir Deinen kleinen Freund Arnold in unserer Gewalt haben, und bitten Dich ...

Zeichnung: Peter Klipp

57

# Um die Düsseldorfer Koalition



Die Meuterei am Schwanenspiegel  
Zeichnung: Peter Klipp

RN, 7.2.1956



Arnold holt noch immer auf Entwarnung.

NRZ, 7.2.1956

# Entscheidung über Arnold am 20. Februar

NRZ-Nachrichtendienst

**Bonn/Düsseldorf.** Die endgültige Entscheidung über das Schicksal der NRW-Regierung Karl Arnold fällt am 20. Februar im Landtag. Die SPD- und FDP-Fraktion, die sich über den Sturz Arnolds einig sind, haben einen konstruktiven Mißtrauensantrag gegen Arnold eingebracht. Die Annahme dieses Antrages würde den Weg zu einer Koalitionsregierung unter Ausschluß der CDU freimachen.

Mit der grundsätzlichen Einigung zwischen SPD und FDP ist die Vorentscheidung im Koalitionsstreit gefallen. Der Mißtrauensantrag der SPD und FDP hat folgenden Wortlaut:

„Der Landtag möge beschließen, gemäß Artikel 61 der Landesverfassung dem Ministerpräsidenten das Mißtrauen auszusprechen und ihn durch die Wahl von Fritz Steinhoff als Nachfolger abzuberufen.“

Die Prozedur zur Regierungsneubildung ist jetzt folgende: Am Donnerstag dieser Woche wird der Mißtrauensantrag der SPD und FDP dem Landtag vorgelegt und erörtert. Heute, am 20. Februar, findet

die laufende Ministerliste (Finanzminister Weyer, FDP, Prof. Luchtenberg, FDP, Kultusministerium, und Amelunxen, Zentrum, Justizministerium) wurde gestern bekannt.

Das Aufbauminiisterium soll der SPD-Abgeordnete Hemsath (Münster) und das Bundesratsministerium der SPD-Abgeordnete Herbert Kühn leiten. Das Innenministerium soll der jetzige Regierungspräsident von Arnsberg, Hubert Biernath (SPD) übernehmen. Sollte Dr. Middelhaue (FDP) nicht das Wirtschaftsministerium erhalten — Middelhaue hat sich gegen die neue Koalition ausgesprochen —, dann soll dieses Posten der FDP Abge-



## So könnte das neue NRW-Kabinett aussehen



„Genossen, ihr werdet euch schon noch an uns gewöhnen!“

Zeichnung: Peter Klipp

**In dramatischer Abstimmungsschlacht wurde Karl Arnold gestürzt**

## Jetzt regiert Steinhoff!

**102 Stimmen für den neuen Ministerpräsidenten Weyer (FDP) wird stellvertretender Landeschef**



**Steinhoff leistet den Eid**  
 Umstürzte nach Schmarwenzeln die Abstimmungsgemeinschaft wurde der neue Ministerpräsident Fritz Steinhoff (rechts) von Landesparlamentarier Gieseler (links) vereidigt. Die Formel lautet in 42. sich schuldig, das mit übertragene Amt sorgfältig zu verwahren, nach Möglichkeit gütlich zu erfüllen und Gesetzgebung gegen jedermann zu thun.

**Düsseldorf.** Die Regierung Arnold ist seit gestern, 15.50 Uhr, gestürzt. Dieser als erwartete — mit 102 gegen 94 Stimmen bei einer Enthaltung — erfolgte die Entlassung von Ministerpräsident Karl Arnold durch die Abstimmung der 102 Mitglieder des Landesparlamentes gegen die SPD, Fritz Steinhoff, zum neuen Regierungschef von NRW. Umstürzte nach der Abstimmung Minister Steinhoff selbst. Später, am 16. Februar, wird er sich seinem Vorgänger Karl Arnold zusammensetzen, um die Übergabe der Regierungsgeschäfte zu besprechen. Steinhoff wird seine Aufgabe als Ministerpräsident und gleichzeitig die Regierungsbildung abgeben. Es dürfte werden die Regierungsgeschäfte von den Staatssekretären der ehemaligen Ministerien geführt. Die Regierungsbildung des Ministerpräsidenten Steinhoff wird dann in die nächsten Sitzungen des Landtages am 2. März debattieren.

**NRZ-Mehrheitsdienst**  
 Der SPD er sich seinem Vorgänger Karl Arnold zusammensetzen, um die Übergabe der Regierungsgeschäfte zu besprechen. Steinhoff wird seine Aufgabe als Ministerpräsident und gleichzeitig die Regierungsbildung abgeben. Es dürfte werden die Regierungsgeschäfte von den Staatssekretären der ehemaligen Ministerien geführt. Die Regierungsbildung des Ministerpräsidenten Steinhoff wird dann in die nächsten Sitzungen des Landtages am 2. März debattieren.

### Koalition ohne FDP?

**Bildung des Kabinetts**  
 NRZ-Mehrheitsdienst  
 H. R. Bonn, Bundeskanzler Dr. Adenauer kündigte gestern Abend im Bundesparlament die Bildung eines Kabinetts an, das die FDP nicht enthält.

### Das neue Kabinett

Das offizielle Kabinettliste geht es noch nicht, jedoch schätzten sich ihre Listen deutlich ab. Wenn nicht noch überraschende Änderungen eintreffen, werden folgende Minister der Regierung Steinhoff sein:



# Kanzler: Sturz Arnolds schafft neue Situation

## Schulen wegen Kohlenmangels geschlossen

Deutsche Presse-Agentur

Essen. 36 Schulen mußten wegen Kohlenmangels in Braunschweig geschlossen werden, in Osnabrück 33, in Bremerhaven 22 und in Aschaffenburg sämtliche Volks- und Berufsschulen. In Nordrhein-Westfalen sind die Kohlen so knapp geworden, daß Hausbrand nur noch zentnerweise zu erhalten ist.

Die hiesigen Kohlenbergwerke wollen durch Sonntagsarbeiten ihre Produktion erhöhen. In Italien ist neben der Brennstoffknappheit eingetreten. In Rom, vor dessen Toren die ersten Wölfe aufgetaucht sind, stiegen verschiedentlich die Preise für Lebensmittel um das Doppelte. In Holland sind fast alle Gemüsesorten um mehr als 100% im Preis gestiegen.

## Wehrgesetze nur mit Wahlgesetz?

Bonner Büro

## Noch Politik mit FDP möglich?

Deutsche Presse-Agentur

Bonn. Der Sturz der Regierung Arnold in Nordrhein-Westfalen habe eine völlig neue Situation geschaffen, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer. Man müsse jetzt die Tatsachen klären und vor allem prüfen, ob man weiterhin auf Bundesebene eine gemeinsame Politik mit der FDP fortführen könne.

Der Bundeskanzler, der vor dem Presseclub in Bonn sprach, bezeichnete es als völlig unmöglich, daß eine Partei im Bundestag die Politik der Regierung unterstütze, während sie gleichzeitig über den Bundesrat diese Politik zu bekämpfen suche. Die Bevölkerung wünsche von jeder Partei eine vollkommen klare Politik. Es habe keinen Zweck, die jetzt entstandene schwierige Situation leugnen zu wollen.

Adenauer kündigte an, daß der CDU-Parteivorstand am Freitag die durch die Düsseldorfer Regierungsumbildung entstandene Lage erörtern wird. Er wisse darauf hin, daß die FDP-Fraktion im Bundestag am Montag einstimmig beschlossen habe, in der Koalition mit CDU/CSU und DP weiter mitzuarbeiten.

Der Bundeskanzler hatte vorher unterstrichen, daß der bisherige Ministerpräsident Arnold in Nordrhein-Westfalen in erfolgreicher und guter Arbeit gewirkt habe. FDP und SPD in Düsseldorf hätten das anerkannt. Adenauer wies auf die kürzlich in Stuttgart gefaßten Beschlüsse des FDP-Hauptausschusses hin, wonach eine Düsseldorfer Regierungsumbildung die Außen-, Wehr-, Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes unberührt lassen sollte. „Wenn es der FDP gelingt, die SPD zu den Grundsätzen unserer Politik zu bekehren, dann muß ich gestehen, daß die Initiatoren der ganzen Sache klüger gewesen sind, als ich es bin“, sagte der Kanzler. Ihm sei das bisher nicht gelungen.

## Steinhoff erhielt sechs Stimmen mehr

### Wie die Entscheidung in Düsseldorf fiel

Düsseldorfer Büro

Düsseldorf. Mit 102 gegen 96 Stimmen hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen den von SPD und FDP eingebrachten Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Arnold angenommen und den SPD-Fraktionsvorsitzenden Steinhoff zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Der bisherige Wirtschaftsminister und FDP-Landesvorsitzende Dr. Medelhaue war zur Sitzung nicht erschienen. Es nahmen demnach 199 Abgeordnete an der Abstimmung teil. Damit verliert SPD und FDP über zusammen 100 Stimmen. Da 102 Abgeordnete für den Mißtrauensantrag stimmten, müssen zwei Abgeordnete einer anderen Fraktion für Steinhoff gestimmt haben. Sofort verordnet

## „Unklarheit das Schlimmste“

64

### FDP Nordrhein-Westfalen: Jetzt gegen CDU-Bundespolitik



RN, 15.2.1956

Les, weiter, hier sind die Schlüssel

Zeichnung: Peter Klipp

65

# Steinhoff legte Grundstein für NRW-Atomzentrum

Drei symbolische Hammerschläge — Dank an die Helfer

Von unserem Redaktionsmitglied

**GE. Jülich.** Ministerpräsident Steinhoff legte gestern im Staatsforst Hambach bei Jülich feierlich den Grundstein für den Reaktor „Merlin“ und damit für die gesamte große „gemeinsame Atomforschungsanlage des Landes Nordrhein-Westfalen“.

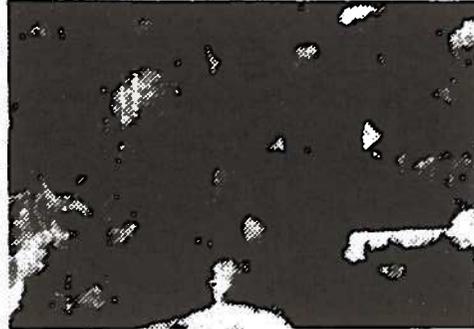
Bei den drei symbolischen Hammerschlägen auf den Grundstein sagte Steinhoff: „Möge dieses Atomforschungszentrum immer nur eine Stätte freier wissenschaftlicher Forschung, eines freiheitlichen Geistes und des Friedens sein.“ Der Ministerpräsident dankte allen, die an der Vorbereitung und dem Aufbau

**Siehe auch Seite 1.**

dieser Forschungsstätte mitgewirkt haben, dem Landtag, den Ministe-

professor Fucks diese Ausführungen Steinhoffs besonders hervor.

Der Landeswirtschaftsminister, Dr. Kohlhasse, gedachte vor allem der Arbeit Staatssekretär Professor Brandts, der sich als „Motor“ der Forschungsbestrebungen des Landes um diese Atomanlage mehr als jeder andere verdient gemacht habe.



NRZ, 12.6.1958

66

RN, 30.6.1958

# Karl Arnold tot

## Herzinfarkt nach Wahlversammlung Adenauer: „Aufs tiefste erschüttert!“

Eigener Nachrichtendienst

**Düsseldorf.** Ministerpräsident a. D. Karl Arnold ist am Sonntagabend gegen 20.45 Uhr in seiner Düsseldorfer Wohnung an einem Herzinfarkt gestorben. Karl Arnold war in der Nacht zum Samstag um 2.30 Uhr von einer Wahlkundgebung in Minden zurückgekehrt und erlitt den Herzinfarkt gegen 5.30 Uhr Samstag früh. Alle Bemühungen der Aerzte blieben erfolglos.

Wie aus Freundeskreisen Arnolds zu erfahren war, ist sein Tod zweifellos auf seine Überanstrengung während der Wahlkampagne für die Landtagswahlen am kommenden Sonntag in Nordrhein-Westfalen zu-

größten deutschen Bundeslandes, sondern wegen seiner persönlichen Fähigkeiten habe die CDU Arnold als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen aufgestellt, wenn sie die Wahl gewinne. „Alle, die hier von dieser

und seit 1925 Zentrums-Stadtverordneter in Düsseldorf.

Nach dem Kriege wurde er Oberbürgermeister von Düsseldorf. Seit dem 17. Juni 1947 war er Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen bis zum Sturz des Kabinetts durch

67



Bitte, was darf ich Ihnen mixen? Copyright by NRZ

NRZ, 5.7.1958

68

## Nur noch drei Parteien im neuen Landtag

# Absolute Mehrheit

## Wahlbeteiligung: 76,8 Prozent

NRZ-Neichtendienst

Düsseldorf. Die CDU hat die absolute Mehrheit errungen. Sie wird in der Lage sein, allein die neue Landesregierung zu bilden. Das sind die beiden Hauptkennzeichen der gestrigen NRW-Landtagswahl. Diese Wahl brachte der CDU im Vergleich zu der Landtagswahl vor vier Jahren erhebliche Stimmen- und Sitzgewinne, ebenso aber auch der Sozialdemokratie, während die Freien Demokraten stark abfielen. Im Vergleich zur Bundestagswahl im vergangenen Herbst erlitt die CDU einen Verlust von knapp vier Prozent, während die Sozialdemokraten ihren prozentualen Anteil um etwa sechs Prozent erhöhen konnten.

### Das ist das vorläufige Endergebnis der Landtagswahl

Partei	Landtagswahl 1958			Bundestagswahl 1957		Landtagswahl 1954		
	Wahlbeteiligung 76,8 Prozent	Stimmen	Prozent	Sitze	Wahlbeteiligung 88,5 Prozent	Stimmen	Prozent	Sitze
<b>CDU</b>	4 011 122	50,5	104	4 813 996	54,4	2 855 988	41,3	90
<b>SPD</b>	3 115 934	39,2	81	2 965 616	33,5	2 387 718	34,5	76
<b>FDP</b>	566 074	7,1	15	554 781	6,3	793 736	11,5	25
<b>Zentrum</b>	83 733	1,0	—	72 563	0,8	278 863	4,0	9
<b>DP/BBE</b>	125 044	1,6	—	366 258	4,1	322 574	4,6	—
<b>Sonstige</b>	45 936	0,6	—	82 057	0,9	264 190	4,1	—

### Einzelergebnisse

Hier die endgültigen Ergebnisse einiger Wahlkreise von NRW. Die Ergebnisse der Landtagswahl von 1954 stehen in Klammern:

Köln (alle sieben Wahlkreise): CDU 160 811 (44,3% (114 112)), SPD 174 429 (48,0% (133 344)), FDP 18 781; 8,2% (23 489). Gewählt: Wilhelm Niewandt (SPD), Ernst Beemel (SPD), Maria Berns (SPD), Hugo Schaub (SPD), Anne Gehling (CDU), Josef Bockmann (CDU) und Hans Spicker (CDU).

Düsseldorf (alle fünf Wahlkreise): CDU 133 557 (113 369), SPD 123 250 (102 151), FDP 28 626 (28 322). Gewählt: Dr. Fiebighaus (CDU), Maria Hölters (CDU), Dr. Fritz Vornfelde (CDU), Lieselotte Wicke (SPD), Josef Gockwin (CDU).

Köln-Stadt (alte sechs Wahlkreise): CDU 186 091 (52,4% (133 498)), SPD 137 152 (38,9% (98 375)), FDP 25 472, 7,2% (24 612). Gewählt: Dr. Ernst Schwing, Kurt Schmeier, Dr. Christine Teusch, Leopold Zimmermann, Ernst Molis und Dr. Wilhelm Lenz (alle CDU).

Bonn-Stadt: CDU 39 936 (62,1% (29 008)), SPD 15 803 (24,3% (11 219)), FDP 7 112 (11,1% (10 567)). Gewählt: Peter Maria Busch (CDU).

Mülheim I und II: CDU 35 738 (34 900), SPD 46 637 (38 685), FDP 8138 (12 069). Gewählt: Bernhard Witthaus (SPD) und Heinrich Lembers (SPD).

Düsseldorf: CDU 39 867 (17 188), SPD 37 688 (20 446), FDP 2192 (4046). Gewählt: Karl Isenberg (SPD).

NRZ, 7.7.1958

69

**CDU will die neue NRW-Regierung allein bilden**

# Franz Meyers wird Ministerpräsident

Von unserem Redaktionsmitglied

so. Düsseldorf. Der neue Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen wird Dr. Franz Meyers heißen. Die CDU-Landesfraktion beschloß gestern, dem Ludwig Dr. Meyers als Regierungschef vorzuschlagen. Da die CDU mit 14 von 100 Sitzen über die absolute Mehrheit verfügt, kann die Wahl Dr. Meyers als gesichert angesehen werden.

Die CDU-Fraktion beschloß einstimmig, die NRW-Regierung allein zu bilden und keine Koalition einzugehen. Nach der Wahl des Ministerpräsidenten will die Fraktion Gespräche mit den künftigen Oppositionsparteien führen, um sie über die Absichten der neuen Regierung zu unterrichten.



Dr. Fr. Meyers Innenminister. Er gilt als der Mann des Bundeskanzlers. Wie aus CDU-Kreisen verstanden, ist die Wahl Dr. Meyers als gesichert zu betrachten.

ordnete Dr. Barzel erklärte der NRZ jedoch, die rasche Entscheidung in der Fraktion zeige, daß es in der CDU keine „Diadochenkämpfe“ gebe. Dr. Barzel, der während der Ministerpräsidentenschaft Karl Arnolds Ministerialrat in Nordrhein-West-

fälens war und als Vertreter Arnolds galt, gehört auch dem Landespräsidium der CDU an. Dr. Barzel bestritt, daß man sich in der Fraktion bereits über die Besetzung der Ministerien unterhalten habe.

Im Laufe des gestrigen Tages waren in den Wandelgängen des Landtags in diesem Zusammenhang Namen wie Dr. Sträter, Dr. Schmidt, Schäfers, die bereits unter Arnold Minister gewesen waren, sowie Dufhues, Fiebigmann, Erbes und Niermann genannt worden.

Gestern nachmittag beriet auch die jetzt 16 Abgeordnete umfassende neue Fraktion der FDP. Da über Fragen einer Regierungsbeteiligung dieser Partei der Bundesvorstand im Besonderen gestritten werden mußte,

Der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen erklärte zum Wahlaustrag, auf die Schultern der CDU sei die Verantwortung auch von der Bevölkerung ausgesprochen. Industrielles Wahlkreise gelegt worden. Der DGB-Landesbezirk hoffe, die CDU werde ihre Regierungsaufgabe im Geiste Karl Arnolds anpacken und die großen sozialen Verpflichtungen beachten.

## Bonner Stimmen

NRE Bonn. In der Bundeshauptstadt begrüßte Bundeskanzler Adenauer den Ausgang der Wahl in NRW als Bestätigung der Außen- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung.

Der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rasner, erklärte, die Kampagne gegen den Atomtod habe die „Arbeitsfreudige und lebensfrohe Bevölkerung an Rhein und Ruhr“ nicht erschrecken können. Der SPD sei ihr „Rutsch nach links auf dem Stuttgarter Parterre“ schieflach bekommen.

Die SPD in Bonn verwies darauf, daß sie bei der NRW-Wahl fast 40 Prozent aller Stimmen errang. Allerdings sei das Ziel, die CDU von der absoluten Mehrheit fernzuhalten, nicht erreicht worden. Der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Mayer erklärte, die koalitionspolitischen Überlegungen in NRW lägen in der Hand der CDU.

NRZ, 8.7.1958



Bund und Land Hand in Hand

NRZ, 8.7.1958



**... nicht schaukeln wie FDP und SPD -  
sondern regieren!  
Eine Regierung aus einem Guß!  
Darum: am Sonntag **CDU****

**Darüber  
spricht man:**

Die SPD nimmt den Wähler ernst.  
Mit dem Holzhammer  
ist niemand zu überzeugen.  
Die SPD wendet sich  
an den gesunden  
Menschenverstand.

Die schwarz-weißen Plakate  
machen keinen Schmus.  
Sie setzen die Urteilskraft  
des Staatsbürgers voraus.  
Das kleine Mädchen Christine  
zeigt uns in kindlichem Spiel  
worauf es eigentlich ankommt:

Wenn alle zusammen arbeiten,  
dann können wir

**schon heute  
schöner wohnen  
und kommen  
auch auf der Straße  
sicher voran.**

**Wer rastet, der rostet:**

Unverbrauchte Kräfte  
und lebendige Erfahrung -  
damit geht es  
**auch morgen  
mit Schwung voran.**

**Heinz Kühn**  
an der Spitze  
ist die beste Gewähr,  
daß unser Land Vorbild wird.



# 60 Millionen DM für 2 CDU-Abgeordnete

So kennzeichnet eine angesehenere Tageszeitung die Torstich-Politik der CDU. — Mit einem plumpen Wahlmanöver will die CDU ihr „soziales Gewissen“ beweisen. 4 Jahre hat die CDU die berechtigten Gehaltsforderungen der Beamten übergangen. Jetzt, 3 Tage vor der Wahl, soll das Geld fallen. Auch den Beamten müssen solche „Wahlgewinne“ peinlich berühren. — Nur um die Alleinherrschaft zu retten, greift die CDU in letzter Minute zum Stimmenkauf. Die Kriegervitwen, Rentner, Gehaltsempfänger und Sparsparer werden am meisten darunter zu leiden haben, wenn die Lawine der Geldentwertung weiter anschwillt. Dieser allein auf der Schilke der Wahlen gestützten Politik muß ein Ende gesetzt werden. Geben Sie der CDU morgen die Gultung:

Je stärker  
FDP  
je besser



NRZ, 7.7.1962

74

# NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Unabhängig · meinungsfreudig

Montag, 9. Juli 1962 ☎ 21411 NEUE RUHR ZEITUNG A 1 H 5199

## CDU verlor absolute Mehrheit

Statt 104 nur noch 96 Sitze — SPD stieg von 81 auf 90  
Freie Demokraten auf bisher tiefstem Stand

NRZ-Nachrichtendienst

Rhein und Ruhr. Erhebliche Stimmenverluste der CDU sind das hervorstechende Ergebnis der gestrigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Bei einer Wahlbeteiligung von 92,1 Prozent konnte die SPD einen beträchtlichen Stimmenzuwachs erzielen. Die FDP hat Verluste hinnehmen müssen, die bei dem Gewicht fallen, wenn man das Ergebnis mit der letzten Landtagswahl vergleicht. Den Sozialdemokraten gelang es, der

CDU 16 Direktmandate abzuziehen. Dies geschah vor allem in mehreren Großstädten des Rhein-Ruhr-Gebietes. Im Landtag werden wiederum nur drei Parteien vertreten sein. Die Deutsche Friedensunion (DFU) blieb ebenso unter der Fünf-Prozent-Grenze wie das Zentrum und die Gesamtdeutsche Partei (GDP), die nur wenige Stimmen erhielten.

### Adenauer wird...

Herrn Bundeskanzler Adenauer fast erwartigen Staatsbesuch in Brüssel. Bei der Ankunft sagte der Kanzler: „Für den Frieden der Welt.“

Sehr bedeutungsvolle Reise Adenauer schließt mit 2 vier Holo punkten.

- Deutsch-französische Tr...
- Kanzler und General d von Reims

Lesen Sie den Bericht von Ha...

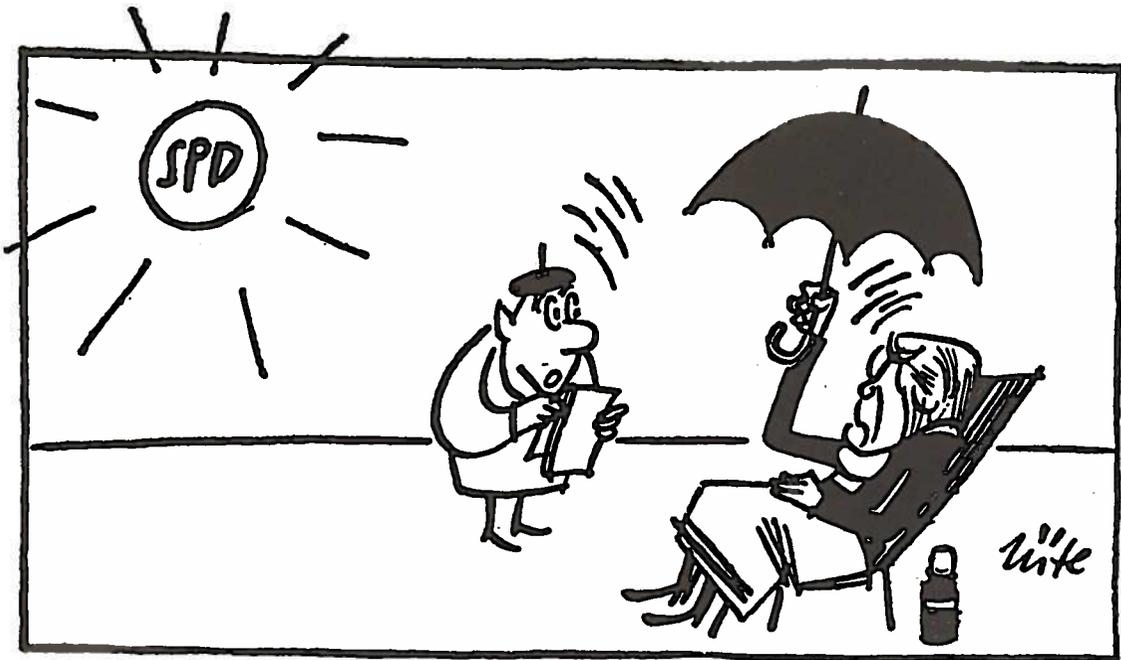


### DAS IST DAS VORLAUFIGE ENDERGEBNIS

	Landtagswahl 1962		Bundestagswahl 1961		Landtagswahl 1958		Stimmen 1962 - in Klammern Zahlen von 1958		
	Stimmen	%	Stimmen in NRW	%	Stimmen	%	Direkt	Liste	Insges.
liberberechtigte	11 136 831		11 085 775		10 507 956				

NRZ, 9.7.1962

75

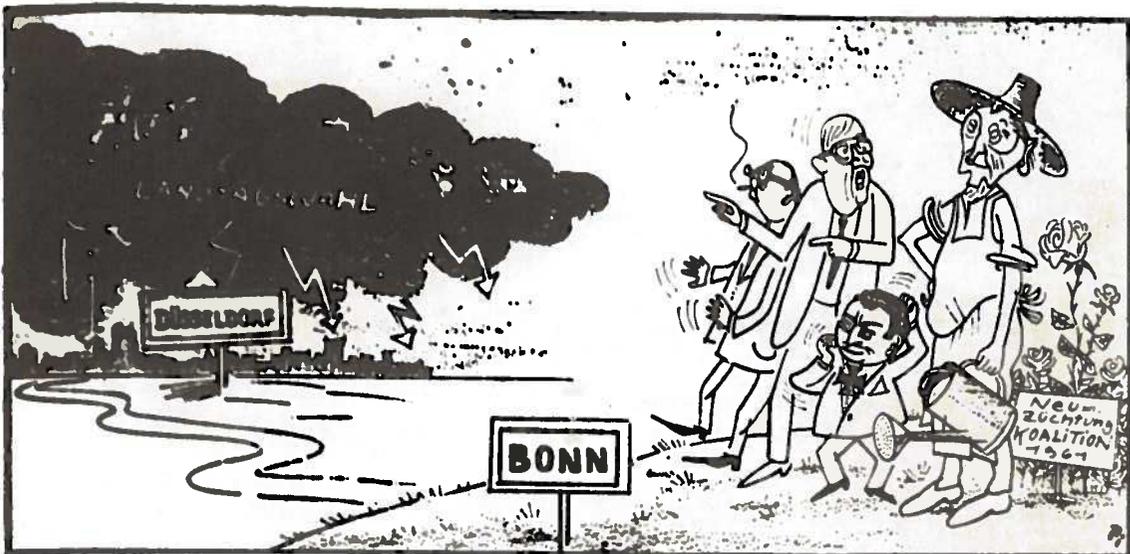


CDU-Semmer: **Nur Regen-Wetter**

NRZ-Zeichnung: Tüte Hageborn

NRZ, 10.7.1962

76



**OB DAT JEWITTER BIS NACH BONN ZIEHT?**

Zeichnung: Pielert

KStA, 11.7.1962

77



# CDU/FDP-Koalition sicher

## Landeskabinett nach Bonner Muster Weyer soll Innenminister werden

Von unserem Redaktionsmitglied

M.E. Düsseldorf. Die CDU bildet gemeinsam mit der FDP die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Diese Entscheidung fiel im Düsseldorfer Landtag nach langwierigen, aber sachlich geführten Verhandlungen, die den ganzen Tag über andauerten. Erst nach einer mehrstündigen Konferenz konnte sich die CDU entschließen, der FDP das Innenministerium zu geben, das Wilm Weyer übernehmen wird. Der gleichzeitig stellvertretende Ministerpräsident werden soll. Außerdem erhält die FDP das Wirtschaftsministerium. Dafür verzichten die Freien Demokraten auf ihre Forderung nach einer Änderung des Schutzgesetzes und des Schutzrechts-Planänderungsgesetzes.

Wie Innenminister Dufhues mitteilte, waren für die Koalitionsentscheidung der CDU im wesentlichen landespolitische Gesichtspunkte maßgebend. Die Ansprüche

schließen können. Aber mit Bonner Hilfe sei der „überstürzte Kaufabschluß“ eines Sommerzuschußvertrags zustande gekommen. Köln kündigte eine aktive und entschlo-

## Männer bevorzugten SPD

NRZ-Nachrichtendienst

Köln. Hätten bei der Landtagswahl vom 8. Juli in Köln nur Männer gewählt, so wären alle sechs Kölner Direktmandate an die SPD gefallen. Während die Frauen überwiegend CDU wählen, bevorzugen die Männer die SPD.

Jedenfalls ist dies in Köln der Fall, wo alter Tradition entsprechend nach Geschlechtern getrennt gewählt wird. Das städtische Wahlamt veröffentlichte gestern das Ergebnis der Landtagswahlen in den einzelnen Kölner Wahlkreisen.

Danach entschieden sich 82 340 Männer und 75 348 Frauen für

die SPD. Umgekehrt haben 92 739 Kölnerinnen und 39 428 Kölner die CDU gewählt.

Demnach hätte eine reine „Damen-Wahl“ zur CDU-Kandidaten in den Landtag delegiert. Tatsächlich verlor bei der Wahl die CDU über drei ihrer bisher sechs Direktmandate an die Sozialdemokraten.



ÜBER LIEBE SPRECHEN WIR SPÄTER

Zeichnung Pielt

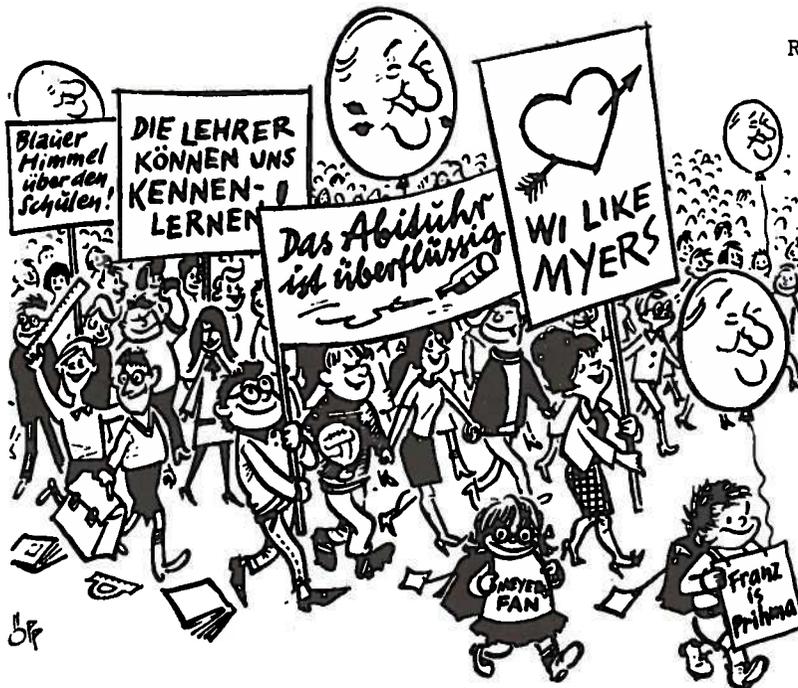
höfen so umgebaut wird, daß für den Zugverkehr im starren Fahrplan das Ein- und Aussteigen zu ebener Erde möglich wird. Die probeweise Einführung des starren Fahrplans auf der Strecke Dortmund—Unna hat eine Steigerung der Einnahmen von 710 v. H. erbracht.

## Meyers: Die Abiturprüfung ist überflüssig

Düsseldorf. (oc) In einem Pressegespräch erklärte Ministerpräsident Meyers, daß die Abiturprüfung überflüssig sei. Neun Schuljahre würden den Lehrern Gelegenheit genug geben, über die Reife eines Schülers zu befinden. Ein solches Urteil sei gerechter als die manchmal mit Zufälligkeiten verbundene Reifeprüfung. Meyers fügte hinzu, daß er damit nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringe.

RN, 23.4.1964

80



RN, 24.4.1964

Franz Meyers, das neue Idol der Schuljugend.

Zeichnung: Rudolf Schöpfer

81

# Fast absolute Mehrheit für SPD

Schwere Niederlage für die CDU / Weyer erwartet „Große Koalition“ in NRW

SPD 99, CDU 86, FDP 15 Mandate im neuen Landtag

Düsseldorf. (MKF) Die SPD ist als klarer Gewinner aus der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hervorgegangen. Sie wurde erstmals stärkste Partei an Rhein und Ruhr und verfehlte nur äußerst knapp die absolute Mehrheit. Bei einer Wahlbeteiligung von 76,6 Prozent (1962: 73,4) entschieden sich 49,5 Prozent der Wähler für die SPD, das sind 6,2 Prozent mehr als bei der letzten Landtagswahl. Auf die CDU entfielen 42,8 Prozent (— 3,6). Die FDP verbesserte ihren Stimmenanteil von 6,9 auf 7,4 Prozent. Im Landtag werden die Sozialdemokraten über 99 (bisher 90), die CDU über 86 (bisher 96) und die FDP über 15 (bisher 14) Mandate verfügen.



## Endergebnis

Wahlberechtigte: 11 284 675  
 abgegeb. Stimmen: 8 644 496  
 Wahlbeteiligung: 76,6 v. H.  
 CDU 3 652 976 (42,77 v. H.)  
 SPD 4 225 667 (49,47 v. H.)  
 FDP: 633 857 (7,42 v. H.)  
 Sonstige: 29 022 (0,33 v. H.)

## Die Sitzverteilung

CDU 86 (96)  
 SPD 99 (90)  
 FDP 15 (14)

Auf die Splitterparteien Zentrum, Freiwähler, Union und Unabhängige Arbeitsräte entfielen nur 0,1 Prozent der Stimmen. Sie sind damit auch im neuen Landtag nicht vertreten.

Die neuen Mehrheitsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen haben auch weitreichende Folgen für die Bundesebene: eine SPD-Landtagsdelegation in NRW hatte im Bundesrat die Mehrheit der CDU-Länder auf eine einstimmige Stimme zusammengebracht.

In einer improvisierten Debatte im Fraktionssaal der SPD-Fraktion, während heute, dem Tag nach der Wahl, eine neue Runde im Wahlkampf geistert, sagte die SPD-Fraktion, die bei der Wahlbeteiligung die meisten Stimmen verloren haben, schlossen sich die SPD-Fraktion an. Auf keinen Fall könne jetzt mehr an der SPD vorbestritten werden.

Kuhn betonte ausdrücklich, daß die Möglichkeit sowohl einer Großen Koalition von SPD und CDU als auch einer Koalition mit der FDP besteht.

Kuhn wird heute morgen, wie zahlreiche andere SPD-Politiker zunächst nach Bonn fahren, um den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wähler zum 16. Geburtstag zu gratulieren. Um 14 Uhr tritt im Düsseldorf der Landesvorstand der SPD und eine Stunde später die neue SPD-Landtagsfraktion zusammen.

Die CDU-Fraktion tritt bereits am 17. Uhr im Landtagsgebäude zusammen. Ministerpräsident Mönys, der beiden Landesvorsitzenden Dübber und Grundmann sowie der hiesigen Fraktionsvorsitzende Dr. Lenz, eröffnete bereits am frühen Sonntagabend hinter verschlossenen Türen die Konsequenzen des Wahlergebnisses.



Bei der Stimmabgabe: Bundespräsident Lübke mit Frau und Dr. Adenauer dessen Sohn Max in Köln unterlag

## Die großen Städte im Revier

Gemeindegemeinde Stadt Dortmund	Stamm
Wahlberechtigte: 2 314 874 abgegeb. 207 025	Wahlberechtigte: 2 314 874 abgegeb. 207 025
CDU 128 820 (55,6%) SPD 74 980 (31,2%) FDP 2 225 (0,9%)	CDU 128 820 (55,6%) SPD 74 980 (31,2%) FDP 2 225 (0,9%)
Gemeindegemeinde Stadt Essen	Gewählt: Boese (SPD), Weber CDU

RN, 11.7.1966

RN, 12.7.1966



„Schreiben Sie: Die Untersuchungen über die Ursache des Unglücks dauern an.“

Zeichnung: Rudolf Schopper

Nach der Wahl Situation in Düsseldorf noch nicht geklärt

# Kühn drängt auf Große Koalition

„Kein Minderheitskabinett“ / Heute Verhandlung  
Auch neue Regierung Meyers möglich

**Düsseldorf.** (MKF) Der SPD-Spitzenkandidat Heinz Kühn strebt auf der Grundlage des Wahlergebnisses vom Sonntag in Nordrhein-Westfalen eine Große Koalition mit der CDU an.

Auf die Große Koalition ist Kühn angewiesen, weil die FDP nach wie vor nicht zur Zusammenarbeit mit der SPD bereit ist. In Düsseldorf wurde daher gestern nicht ausgeschlossen, daß Kühn sogar bereit sei, eine Koalition unter der Führung von Ministerpräsident Meyers einzugehen. Dem steht jedoch die Erklärung von Meyers gegenüber, sich an einer Großen Koalition persönlich nicht beteiligen zu wollen. Kühn hat unterdessen die Vertreter der beiden anderen Parteien zu ersten Verhandlungen eingeladen, die heute mit der CDU und morgen mit

gen einer Großen Koalition soll vor allem bei den westfälischen Abgeordneten sehr stark sein, während die Vertreter des Rheinlandes dem Zusammengehen mit der SPD zuneigen. Ausschlaggebend könnte in dieser Situation die Haltung der CDU- und FDP-Spitze sein, die dazu raten, trotz des SPD-Sieges und der nur noch zwei Stimmen betragenden Mehrheit die CDU-FDP-Koalition

**Weitere Berichte und Kommentare lesen Sie auf Seite 2**

# CDU: Nicht mit der SPD

Beratungen in Bonn

**Bonn.** (HK) In der Bonner CDU-Führung wird das Zustandekommen einer Großen Koalition zwischen SPD und CDU in Nordrhein-Westfalen für unwahrscheinlich gehalten.

Dies verlautete gestern nach einer Sitzung des CDU-Vorstandes in Bonn.

Allein drei Stunden lang wurde im CDU-Vorstand das Wahlergebnis analysiert. Dabei war immer wieder zu hören, daß die Niederlage auf eine allgemeine Unsicherheit der Wähler über die Bonner Politik und die Uneinigkeit in der CDU-Spitze zurückzuführen sei. Ferner seien die wirtschaftlichen Hilfen für das Revier zu spät gekommen, um die aufkommende Existenzangst der Menschen an Rhein und Ruhr besitzigen

RN, 12.7.1966

84



RN, 14.7.1966

„Na, wie wärs, Franzlein?“

Zeichnung: Rudolf Schöpfer

85

Wegen einer Enthaltung zwei Wahlgänge

# Meyers wieder Ministerpräsident

Heute Kabinettsliste und Regierungserklärung

**Düsseldorf/Bonn.** (Eig. Ber.) In einer Kampfabstimmung im neuen Düsseldorfer Landtag ist der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Franz Meyers (CDU) im zweiten Wahlgang mit der knappsten Mehrheit von nur einer Stimme wiedergewählt worden.

Meyers erhielt in beiden Wahlgängen je 100 Stimmen, sein Gegenkandidat, der SPD-Landesvorsitzende Kuhn, je 99 Stimmen. Ein Abgeordneter, vermutlich der CDU-Fraktion, enthielt sich jeweils der Stimme. In der mit Spannung erwarteten konstituierenden Sitzung des Landtags waren alle 200 Abgeordneten anwesend. Bereits heute will Meyers, wie von uns angekündigt, dem Landtag sein — seit 1958 drittes — Kabinett vorstellen und die Regierungserklärung

Landtagspräsident van Nes Ziegler vereidigte den Ministerpräsidenten sofort und übergab ihm die bereits vorher gedruckte Amtsurkunde

Vor Beginn der Landtagssitzung demonstrierten außerhalb der Bannmeile um den Landtag PH-Studenten. Zu einem Zwischenfall kam es, als etwa 50 Studenten — nach ihren Angaben irrtümlich — mit Spruchbändern zum Landtagsgebäude gingen. Ein Polizeibeamter riß einer Studentin ein um den Hals gehangenes Plakat

RN, 26.7.1966

86

RN, 26.7.1966



Einstweilen in Treue fest.

Zeichnung: Rudolf Schopper

87

# SPD/FDP-Koalition für NRW beschlossen

## Kühn soll Meyers am Donnerstag ablösen

Von unserem Düsseldorfer Büro

Go DUSSELDORF

Die nordrhein-westfälische SPD-Fraktion hat sich am Donnerstag mit 73 von 96 Stimmen für die Freien Demokraten als Regierungspartner entschieden. 21 SPD-Abgeordnete stimmten für eine Koalition mit der CDU. Schon am kommenden Donnerstag soll der SPD-Landesvorsitzende Heinz Kühn den bisherigen Ministerpräsidenten Franz Meyers (CDU) im Amt ablösen. Alle Versuche der CDU, durch Druck aus Bonn noch in die Landesregierung mit der SPD zu kommen, sind gescheitert.

WAZ, 2.12.1966

88



Ende der Schlicht in Düsseldorf.

Zeichnung: Rudolf Schöpfer

RN, 2.12.1966

89

# Dank an Meyers: Jahre ehrlichen Bemühens



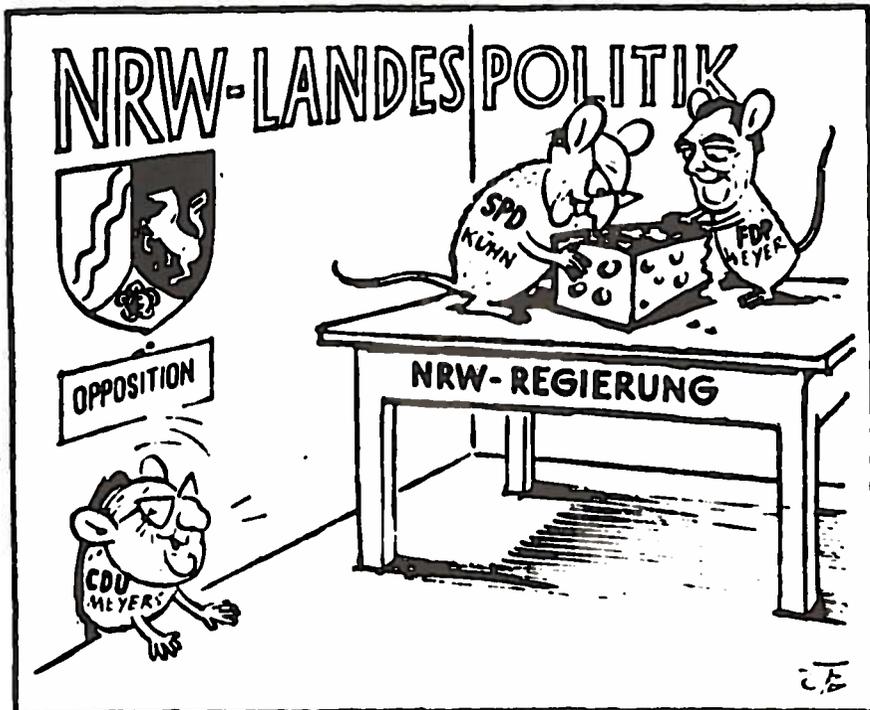
Glückwunsch für den Nachfolger: Meyers und Kühn. In der Mitte CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Lenz. (dpa)

## Kühn neuer Ministerpräsident

Gleitze statt Dr. Koch Wirtschaftsminister | doch könne man feststellen, daß es Jahre harter Arbeit und ehrlichen Bemühens gewesen seien.

RN, 9.12.1966

90



RN, 9.12.1966

„Nach dem Urlaub bleib ich Mauschen!“

Zeichnung: Rudolf Schopper

91

# Schulreform mit großer Mehrheit verabschiedet Ab August in die Hauptschule

## Holthoff: Schon für zwei Drittel der betroffenen Schulkinder

Düsseldorf. (MKF) Fast einstimmig hat gestern der Landtag die Schulreform in NRW verabschiedet. Damit kann die Hauptschule von August dieses Jahres an eingeführt werden. Kultusminister Holthoff wies Befürchtungen, daß die Einrichtung von Hauptschulen an Lehrer- oder Raumangel scheitern könnte, als unbegründet zurück.

In einem Gespräch äußerte Holthoff gestern die Hoffnung, daß schon im August etwa zwei Drittel der betroffenen Schulkinder neue Hauptschulen besuchen können. In Großstädten, so glaubt der Minister, seien es sogar „mit Sicherheit 100 Prozent“. Die Durchführung der Schulreform wird rund drei Milliarden DM kosten. Davon werden schon in

den nächsten Jahren mindestens 650 Millionen DM für den Bau und die Einrichtung von Hauptschulen erforderlich sein. Hauptschulen werden für die Kinder des luitten bis neunten Schuljahres eingeführt.

Für die notwendige Verfassungsänderung und die Novellierung des Schulordnungs-, des Schullinanz- und des Schulverwaltungsgesetzes

stimmten 172 der 182 anwesenden Abgeordneten. Außer neun CDU-Geenstimmen gab es eine Enthaltung.

Nach der Sitzung erklärte Ministerpräsident Kühn, die Landesregierung blicke mit „großer Genugtuung“ auf das Abstimmungsergebnis des Landtages. Damit sei ein wesentliches Ziel seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 erreicht, sagte Kühn. Er kündigte an, daß die Regierung nunmehr aus derselben Zielvorstellung und derselben Grundhaltung an die Umwandlung der konfessionell gegliederten Pädagogischen Hochschulen in simultane Einrichtungen herangehen werde.

Fortsetzung auf Seite 2:  
CDU kündigt neue Initiativen an

RN, 13.1968

92

## In 42 Minuten hatten 47 unterschrieben

### Schiller: Ruhrkohle AG ist gesundes Fundament / Woratz: 100 v. H. Beteiligung

Von INGE BEWARDER

Essen. Als Bundeswirtschaftsminister Schiller gestern im Essener Ruhrkohlehaus die Unterschriften unter dem Grundvertrag der Ruhrkohle AG zählte und nicht nur feststellte, daß er „ein sehr genauer Wirtschaftsminister“ sei, sondern auch, daß das Dokument alle 47 Namenszüge trug, waren 42 Minuten seit seiner Ankunft vergangen. Braungebrannt und sichtlich guter Laune hatte Schiller um 15.15 Uhr den Konferenzraum betreten, in dem innerhalb der nächsten Stunde das „wesentliche Fundament für die nachhaltige Gesundung des Ruhrreviers“ gelegt werden sollte. „Noch nicht arbeitsfähig“

Damit sind 24 der 28 Bergwerksgesellschaften an der Ruhr mit zusammen 85,1 v. H. der gesamten Fördermenge zur Einheitsgesellschaft zusammengeschlossen. Dennoch wird es nach den Worten von Vorstandsvorsitzer Kuhnke „noch einige Wo-

chen“ dauern, bevor die neue Gesellschaft voll arbeitsfähig ist. Außer dem Grundvertrag müssen noch mehr als ein Dutzend Verträge in Kraft gesetzt werden, um alle Formalien zu regeln. Dazu gehört z. B. die Übertragung der Bergbauvermögen, wofür die Altgesellschaften mit 20 Jahresraten in Höhe von je 185 Mill. DM, die die Ruhrkohle AG erwirtschaftet, entschädigt werden. Bund und Land Nordrhein-Westfalen bürgen dafür und für langfristige Schulden mit zusammen 3,3 Mrd. DM. Die Altgesellschaften müssen sich verpflichten, zwei Mrd. DM zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen wieder im Ruhrgebiet zu investieren.

Eindringlich appellierten Minister Schiller und Aufsichtsratsvorsitzender Kemper an die Noch-Außenseiter, Rheinstahl, Krupp, Contigas-Zech Westfalen und Auguste Victoria von BASF, sich für einen Beitritt zu entschließen. Bis zum 15. August

steht „die Tür für weitere standesamtliche Eintragungen weit auf“, so Schiller. In dieser Hinsicht optimistisch gab sich Kohlenbeauftragter Woratz, der aus seinen Verhandlungen den Schluß zog, daß „mindestens 90 v. H. der Förderung, wenn nicht gar alle“ demnächst zur Ruhrkohle AG gehören werden.

„Historische Stunde“

Zum zweiten Male innerhalb von acht Monaten war damit eine „historische Stunde“ des Bergbaus vorgegangen. War es am 28. November vorigen Jahres jedoch nur ein kleiner Kreis, der sich zur Unterzeichnung der Satzung der Ruhrkohle AG zusammenfand, war gestern die Zahl der von den Sorgen um den Bergbau „erleichterten“ Bergwerksdirektoren unübersehbar. Fast sichtbar hatte Minister Schiller ihre bisherige Last mit einem Händedruck an Dr. Kuhnke und Heinz P. Kemper weitergegeben.

RN, 19.7.1968

93

# CDU nimmt zu SPD geht zurück FDP verliert klar

## CDU in NRW jetzt stärkste Partei

Beträchtliche Stimmengewinne für die CDU, Einbußen für die SPD und entscheidende Verluste für die FDP – das ist das Ergebnis der gestrigen Landtagswahlen in NRW, Niedersachsen und dem Saarland. Danach werden die Freien Demokraten künftig nur noch im Düsseldorfer Landtag vertreten sein. NPD und DKP werden keinem Landesparlament angehören.

### NORDRHEIN-WESTFALEN

	Landtag 1970	Landtag 1966	Bundestag 1969
Ber.		11 262 041	11 259 648
Abg.	Vorläufiges Endergebnis	8 841 848 (76,5)	9 827 911 (87,3)
SPD	48,1	4 226 804 (48,5)	4 534 471 (46,3)
CDU	48,3	3 863 184 (42,8)	4 222 914 (43,6)
FDP	5,5	833 786 ( 7,4)	826 861 ( 5,4)
NPD	1,1	–	295 872 ( 3,1)
DKP	0,9	–	–



„Wir sind doch der Größte!!!“

Zeichnung: Rudolf Schöpfer

Vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

# Mehrheit für Kühn überraschend knapp

## Protest des rechten FDP-Flügels

**Düsseldorf. (Inw) Der neue NRW-Ministerpräsident heißt wieder Heinz Kühn. Der SPD-Landesvorsitzende ist allerdings gestern im Landtag nur mit der denkbar knappsten Mehrheit von 101 der insgesamt 200 Stimmen wiedergewählt worden.**

Auf Kühns Gegenkandidaten, den Fraktionsvorsitzenden der oppositionellen CDU, Köppler, entfielen 95 Stimmen. Vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Damit haben sich die inneren Auseinandersetzungen in der FDP, die am Vortag bereits zu zwei Kandidaturen für das Amt des Landtags-Vi-

Kühn wurde nach seiner Wahl sofort von Landtagspräsident Dr. Lenz vereidigt. In die Beifallskundgebungen der SPD für Kühn stimmte die FDP nur zurückhaltend und auch nur zu einem Teil ein.

Nach einer kurzen Pause stellte Kühn dem Landtag sein neues Kabi-

RN, 29.7.1970

96



Ganz schon knapp

RN, 29.7.1970

97

# Belegschaften empört über die Diäten-Erhöhung

## Protestbriefe an Ministerpräsidenten

**Düsseldorf. (Inw)** Mit einer Flut von Protestbriefen an NRW-Ministerpräsident Kühn (Bild) haben sich zahlreiche Bürger und ganze Belegschaften aus der Kohle- und Stahlindustrie des Reviers gegen die geplante Diätenerhöhung für Landtagsabgeordnete gewandt.

RN, 16.2.1972

98



RN, 17.2.1972

Antwort aus feinen Kreisen.

Zeichnung: Rudolf Schöpfer

99

# Castrop-Rauxel soll zum Kreis Recklinghausen SPD: Nur noch neun Revier-Großstädte

## Nun doch „Glabotki“ – Stadt Herne/Wanne-Eickel

**Düsseldorf.** (MKF) Im Ruhrgebiet soll es künftig nur noch neun kreisfreie Städte geben. Die bisherigen kreisfreien Städte sollen entweder eingemeindet oder zusammengeschlossen werden. Darauf hat sich gestern die SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf geeinigt.

Nach den Entscheidungen, die die SPD-Landtagsfraktion gestern traf, sollen von den bisher 17 kreisfreien Städten (Ruhrgebiet einschließlich Hamm) folgende Gemeinden Kreisfreiheit und kommunale Selbständigkeit verlieren: Bottrop, Gladbeck, Wattenscheid, Wanne-Eickel, Castrop-Rauxel und Herne. Diese Städte sollen nämlich neben Duis-

burg, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund zu den neuen leistungsfähigen kreisfreien Städten zusammengeschlossen werden: Bottrop mit Gladbeck und Kirchhellen („Glabotki“), Bochum mit Wattenscheid sowie Herne mit Wanne-Eickel. Castrop-Rauxel soll dem Kreis Recklinghausen zugeordnet werden.

RN, 15.5.1973

100



WAZ, 8.12.1973

Hirsch legt Neuordnungsvorschläge vor:

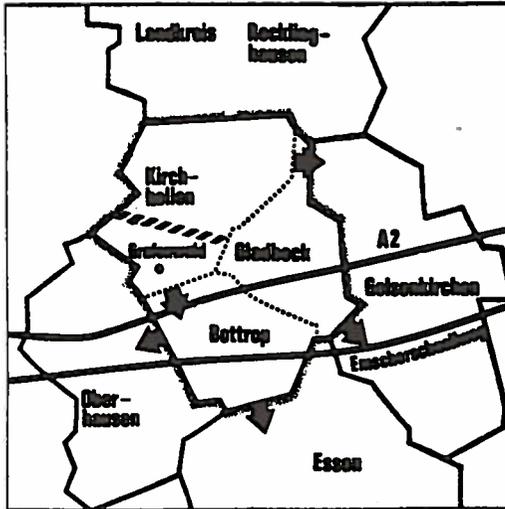
# Gelsenkirchen soll nun Gladbeck eingemeinden

Bottrop nach Essen oder Oberhausen — Kirchhellen wird geteilt

Von GERD GOCH

WAZ DÜSSELDORF

Die Stadt Gladbeck und die Gemeinde Kirchhellen, die nach ihrer erfolgreichen Klage vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gegen den Zusammenschluß mit Bottrop schon Sieg gefeiert hatten, sollen nun nach Gelsenkirchen eingemeindet werden. Das sieht der Vorschlag des nordrhein-westfälischen Innenministers, Burkhard Hirsch (FDP), zur abschließenden Neuordnung in diesem Teil des Ruhrgebiets vor. Bottrop soll — zusammen mit dem angrenzenden Kirchhellener Ortsteil Grafenwald — entweder



WAZ, 3.2.1976

102

WAZ, 3.2.1976



Vom Regen in die Traufe

WAZ-Zeichnung: Klaus Pieler

103

# In sieben Jahren 160 000 Lehrer mehr als nötig

„Akademikerbedarf 1981 gedeckt“

**Essen.** (Inw) 1981 wird es in der Bundesrepublik rund 160 000 Lehrer mehr geben als selbst nach optimistischen Prognosen benötigt werden.

Auch die Nachfrage nach Akademikern wird dann gedeckt sein. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Untersuchung der Gesamthochschule Essen, die gestern veröffentlicht wurde. Damit bestätigten die Hochschulexperten Schätzungen der Landesfinanzminister, die im April eine Lehrerschwemme schon für 1980

und Sozialwissenschaften ausrechnen. In diesen Fächern werde bis 1981 ein Bedarf von etwa 485 000 Hochschulabsolventen bestehen, während die Hochschulen der Bundesrepublik bis dahin nur 259 000 Absolventen ausgebildet haben werden.

Noch krasser ist die Differenz

104



Die Geisterbahn der Schulpolitik

waz-Zeichnung: Klaus Pielert

WAZ, 29.5.1973

105

# In NRW legten Abgeordnete die „Karten offen“

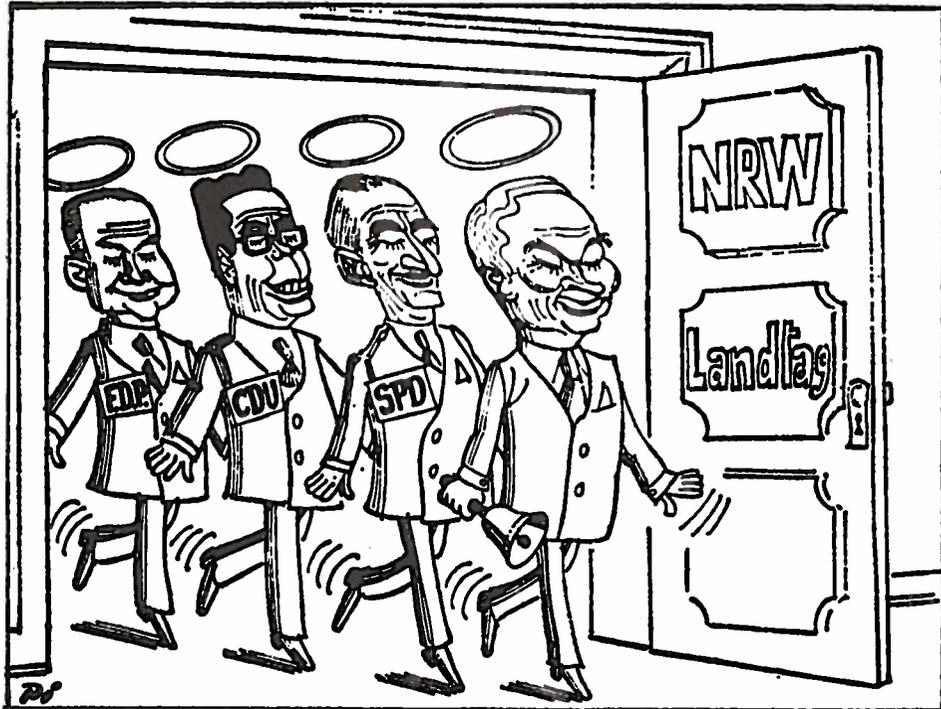
Auskunft über Nebentätigkeiten gegeben

**Düsseldorf. (Inw)** Als erstes deutsches Parlament hat gestern der Landtag von Nordrhein-Westfalen nach der neuen „Ehrenordnung“ die beruflichen und nebenberuflichen Verbindungen seiner Mitglieder offengelegt.

RN, 31.8.1973

106

WAZ, 31.8.1973



**Beraterverträge? Bei uns nicht!**

waz-Zeichnung: Klaus Pieler

107

## NRW: In 10 Jahren ölonabhängig

### Energie-Sicherheitsprogramm: Gas, Heizöl und Benzin aus Kohle gewinnen

Düsseldorf. (Inw) Noch in diesem Jahrzehnt kann nach Meinung der NRW-Landesregierung in der Bundesrepublik eine weitgehend vom Öl unabhängige Energiebasis geschaffen werden. Die wichtigsten Schritte zu diesem Ziel zeigte die Landesregierung gestern in einem Forum auf, das der Bundesregierung dem Verbleiben nach schon zugeteilt wurde.

Grundlage dieses „Energie-Sicherheits-Programms“ ist die Kohle, aus der sich schweres und leichtes

Heizöl sowie Benzin und synthetisches Erdgas gewinnen ließen. Im einzelnen schlägt das Konzept folgende Schwerpunkte vor:

■ Steinkohle soll zu einem Schwachgas für einen kombinierten Gas-Dampfturbinen-Prozess vergast werden. Bereits 1977 könnte mit dem Bau eines ersten Kohle-Druckvergasungs-Kraftwerkes mit einer Leistung von 800 Megawatt begonnen werden. Die Kosten der Entwicklungsarbeiten werden auf 175 Mio. Mark geschätzt.

■ Ein Jahr später könnte der Bau einer Prototyp-Anlage zur Herstellung von synthetischem Naturgas in Angriff genommen werden. Damit wäre der Grundstein für die weitgehende Unabhängigkeit von Flüssiggas-Einfuhren gelegt. Infolgedessen könnten Öl- statt Gasheizungen weitere Verbreitung finden.

■ Schon 1976/77 könnte die erste deutsche Anlage, die schweres Heizöl aus Kohle gewinnt, errichtet werden. Ein Jahr später, so die Dusseldorfer Experten, erscheint

der Bau einer Prototyp-Anlage zur Herstellung von leichtem Heizöl auf Kohlebasis möglich.

■ Der nächste Schritt, die Benzin-Gewinnung aus Kohle, sei dann nur noch ein kleines technisches Problem.

Ihre Vorschläge will die NRW-Landesregierung als einen „ersten konkreten Ansatz“ gewertet wissen, die Sicherheit der Energieversorgung auf eine neue Grundlage zu stellen. Notwendig seien aber politische Entscheidungen.

RN, 29.11.1973

108



WAZ, 8.12.1973

109

# Bonn verteuert den Strom für Kohlesicherung „Verstromungsgesetz“ gebilligt

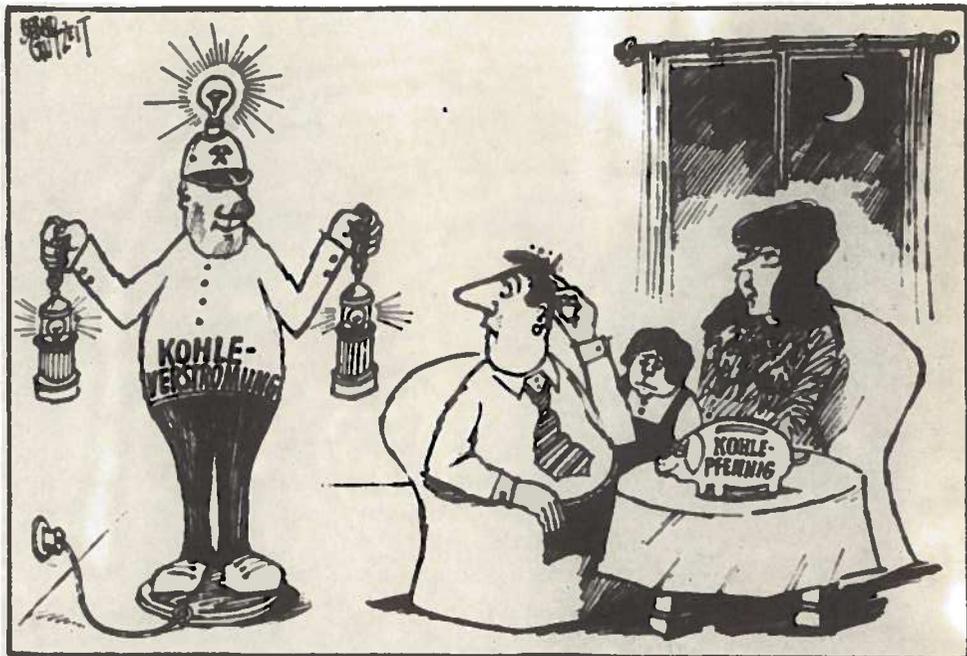
Von WAZ-Redakteur HARTMUT GEYER      BONN

Mit einer Erhöhung der Strompreise um durchschnittlich 3 bis 4 vH müssen die Verbraucher von 1975 an rechnen: Diese Verteuerung bringt das dritte „Verstromungsgesetz“, das der Bundestag am Freitag mit großer Mehrheit in zweiter und dritter Lesung verabschiedete. Ziel dieses Gesetzes ist es, bis 1980 den jährlichen Einsatz von Steinkohle bei der Stromerzeugung auf 33 Mill. t zu stabilisieren.

Bundeswirtschaftsminister Friderichs bezeichnete die an sollen die Haushalte diese Ausgleichsabgabe auf ihren Mehrbelastung für die Strom- Stromrechnungen gesondert abnehmer als eine „zumutbare“ vorfinden. Bereits vom 1. Ja-

WAZ, 9.11.1974

110



„Es ist ja ein teures Stück — aber es spendet auch ein schönes warmes Licht...“  
Zeichnung: Bernd Gutzeit

WR, 9.11.1974

111



Der neue Kumpel

waz-Zeichnung: Peter Weber

WAZ, 9.11.1974

112

## NRW-Bürger können bald zu Hause studieren

# In Hagen entsteht die erste Fern-Universität

**Auftakt im Wintersemester 1975/76 mit Mathematik und Wirtschaft**

Von waz-Redakteur ECKHARD HOHLWEIN

DUSSELDORF

Das Land Nordrhein-Westfalen wird die erste Fern-Universität in der Bundesrepublik errichten. Sie soll als integrierte Gesamthochschule bereits zum Wintersemester 1975/76 mit dem Studienbetrieb beginnen. Das teilte NRW-Wissenschaftsminister Johannes Rau (SPD) am Mittwoch in Düsseldorf mit.

Die Fern-Universität soll nach einem Kabinettschluß der Landesregierung ein vollwertiges Studium vom ersten bis zum letzten Semester anbieten.

WAZ, 7.3.1974

113

# Lehrer darf bei Sexualkunde nicht aus der Schule plaudern

In NRW Pflicht für alle Schüler – Lehrer können befreit werden

Von WAZ-Redakteur ECKHARD HOHLWEIN

DUSSELDORF

Sexualkunde wird künftig für alle Schüler in NRW zur Pflicht. Mit Beginn des neuen Schuljahres treten in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland die Richtlinien für Sexualerziehung in Kraft. Das teilte Kultusminister Jürgen Girgensohn (SPD) Mittwoch in Düsseldorf mit.

Für die Sexualkunde soll kein neues Fach geschaffen

## Kriegsopferrenten sollen ab Oktober um 11,2 vH steigen

BONN (dpa)

Ohne Aussprache hat der Bundestag am Mittwoch nach erster Lesung den Gesetzentwurf über die Anpassung der

werden. Nach Angaben des Ministers ist vorgesehen, Sexualerziehung in geeigneten Fächern wie Biologie, Deutsch, Religion oder Gesellschaftslehre zu betreiben. Die Thematik soll möglichst zwischen Lehrern und Eltern abgestimmt werden. Der Lehrer darf den Schülern keine bestimmte Werthaltung oder Norm aufzwingen und nie über eigenes sexuelles Verhalten berichten.

stimmung gefunden.

Bereits im Grundschulalter sollen die Kinder auf den Unterschied der Geschlechter hingewiesen werden. Gegen Ende des 4. Schuljahres können Menstruation und Pollution besprochen werden. Durchaus zulässig sind in höheren Klassen Erörterungen von Homosexualität oder Bisexualität.

Wie Girgensohn feststellte, ist Sexualerziehung jedoch nie

WAZ, 23.5.1974

114



„Toll, wie Kollege Meyer das Liebesleben der Insekten veranschaulicht.“

WAZ-Zeichnung: Peter Weber

WAZ, 23.5.1974

115

# FDP will fast einstimmig Koalition in NRW fortsetzen

Genscher: Öffnen einer Hintertür zur CDU bringt uns keinen Vorteil

Von waz-Redakteur GERD GOCHE

DÜSSELDORF

Mit überwältigender Mehrheit hat sich die nordrhein-westfälische FDP auf ihrem Landespartei-tag am Wochenende in Düsseldorf für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD nach den Landtagswahlen am 4. Mai ausgesprochen. Vorbedingung ist, daß die nächste SPD-Fraktion „eine mit liberalen Grundsätzen vereinbare Politik mittrage“ und wieder einen Ministerpräsidenten vorschlägt, „der diese Politik glaubwürdig verkörpert“.

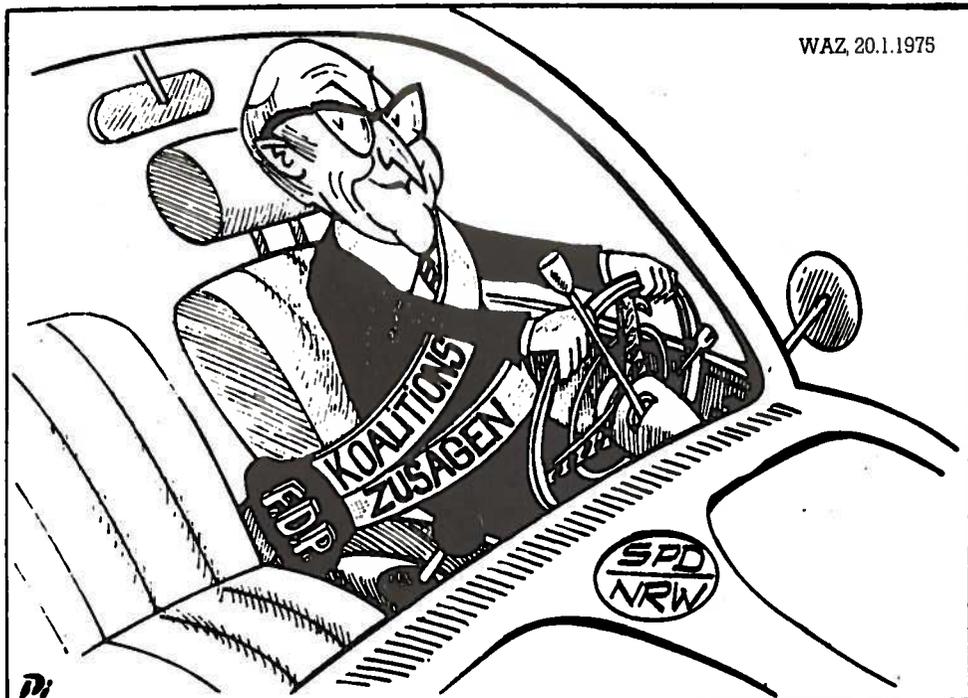
Nur wenige der über 400 Delegierten stimmten gegen diese Wahlaussage oder enthielten sich der Stimme. Als einziger Redner in der kurzen Diskussion forderte man müsse auch für eine „Pall-Situation“ vorsorgen und Verhandlungen mit der CDU anbieten. Setzte sich der FDP-Bundesvorsitzende Außenminister Hans-Dietrich Genscher energisch für einen eindeutigen Beschluß zugunsten der SPD ein.

## Brandt setzt weiter auf Entspannungskurs

### Außenpolitische Konferenz der SPD in Bonn

WAZ, 20.1.1975

116



Könner fahren mit Gurt

waz-Zeichnung: Klaus Pletert

117

**Trotz CDU-Stimmengewinne in beiden**

# NRW: SPD und FDP behalten Mehrheit

Berichte unserer  
Nachrichtendienste

DUSSELDORF

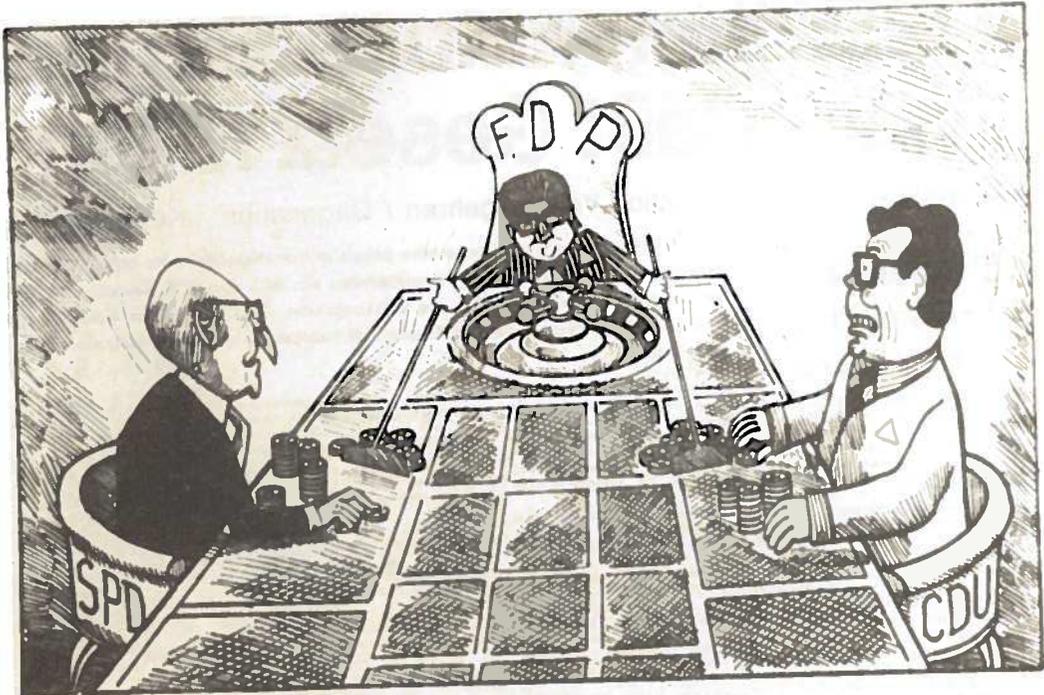
Auch für die nächsten fünf Jahre wird das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen von einer sozial-liberalen Koalition regiert werden. Nach den Hochrechnungen von ARD und ZDF konnte die CDU-Opposition zwar leichte Gewinne verbuchen und ihre Position als stärkste Partei ausbauen, doch die Verluste der So-

**Verluste der SPD – FDP verbessert sich**



WAZ, 5.5.1975

118



waz-Zeichnung: Klaus Pieler

**Rot oder Schwarz, die Bank gewinnt immer**

WAZ, 6.5.1975

119

# 3,6 Millionen Koop-Gegner: Kühn läßt Gesetz fallen

Sensationeller Sieg der Aktion Volksbegehren / Girgensohn: „Keine Ohrfeige“

## Pannen bei der Fahndung nach Schleyer

Karlsruhe. (ddp) Die Bundesanwaltschaft ist schon am 21. November 1977 vom Bundeskriminalamt darüber unterrichtet worden, daß im Zusammenhang mit der Fahndung nach dem entführten Arbeitgeberpräsidenten Schleyer in Erfstadt bei Köln eine möglicherweise konspirative Wohnung entdeckt worden ist.

„Heute haben wir bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß in dieser Wohnung damals tatsächlich Schleyer versteckt worden war“, erklärte gestern ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe.

Warum seinerzeit die Polizei nicht weiter tätig geworden sei, ist nicht Sache der Bundesanwaltschaft sondern die der Polizeifahndungsbehörden“, erklärte der Sprecher

Düsseldorf. (Eig. Ber.) Die Kooperative Schule in Nordrhein-Westfalen ist tot. Das erklärten Spitzenpolitiker der Düsseldorfer Koalitionsparteien von SPD und FDP gestern nach Bekanntwerden der endgültigen Zahlen über das Volksbegehren. Wie das Landeswahlamt mitteilte, hatten sich 3 637 307 Bürger oder 29,9 Prozent der Wahlberechtigten in die Listen der Koop-Gegner eingetragen.

Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten betrug nach Angaben des Landeswahlamtes 12 184 710. Für einen Erfolg des Volksbegehrens gegen das schulpolitische Reformvorhaben von SPD und FDP hätten 2 436 942 Unterschriften (20 Prozent) ausgereicht.

NRW-Ministerpräsident Kühn und die Landesvorsitzenden von SPD und FDP. Wissenschaftsminister Rau und Wirtschaftsminister Riemer, erklärten gestern im Anschluß an eine Sitzung des Koalitionsausschusses, die Kooperative Schule werde fallengelassen. Kühn, der dem von der oppositionellen CDU unterstützten Volksbegehren einen „vollen Erfolg“ bescheinigte, erinnerte an seine Position, daß man Schulreformen nur in Übereinstimmung mit dem Willen der Eltern erreichen könne. Der Ausgang des

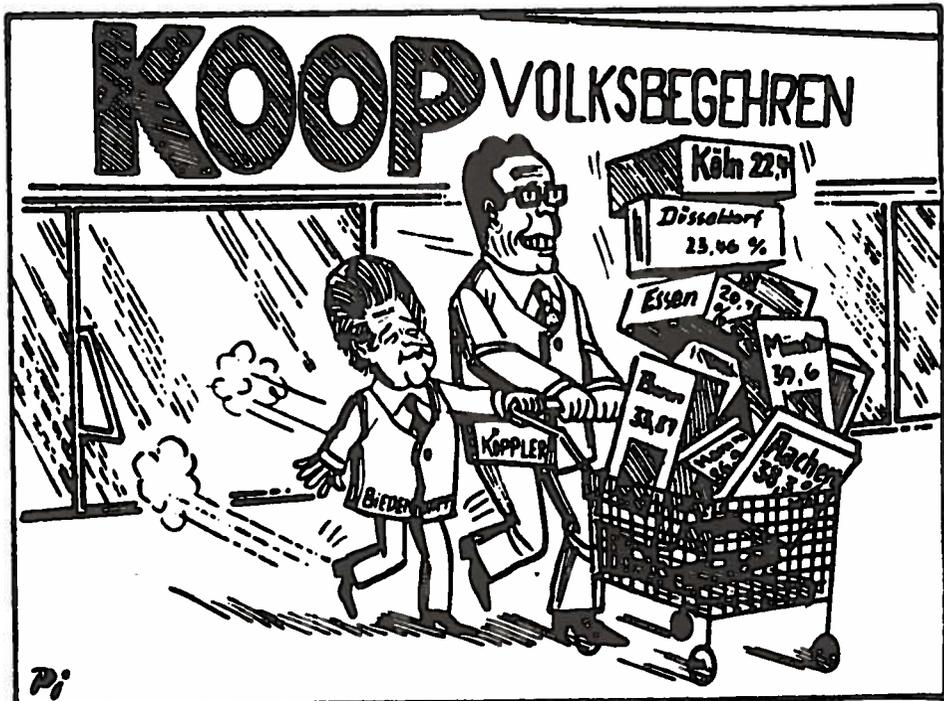
für die SPD. Rau, der unumwunden von einer Niederlage sprach, räumte ein, daß es in seiner Partei Fehler und Schwächen gegeben habe.

Auch Kultusminister Girgensohn erklärte, es habe jetzt keinen Zweck mehr, am Gesetz über die Kooperative Schule festzuhalten. Der Ausgang des Volksbegehrens sei jedoch keine „Ohrfeige“ für die Schulpolitik der Landesregierung, denn das Gesetz sei kein Kernstück der sozialliberalen Schulpolitik gewesen.

Das Kabinett wird sich nach Angaben von Girgensohn spätestens in der kommenden Woche mit dem Ausgang des Volksbegehrens beschäftigen. Der Termin für die Sitzung des Landtags, der innerhalb von zehn Wochen des Volksbegehrens beraten muß, sei noch offen.

RN, 3.3.1978

120



WAZ, 3.3.1978

Gut bedient

WAZ-Zeichnung: Klaus Pielert

121

# FDP erzwingt den Rücktritt von Minister Halstenberg

## Nach fristloser Entlassung Poullains schwere Kabinettskrise

### DUB-Konzern streicht 2000 Arbeitsplätze

Dortmund. (Fig. Meld.) Der Bierkonzern Dortmund Union-Schultheiss Brauerei muß in den nächsten Jahren kräftig rationalisieren. Wie der Sprecher der Gesellschaft, Zahmel, auf Anfrage erklärte, werden bis Mitte der achtziger Jahre knapp unter 2000 Arbeitsplätze wegfallen. Entsprechende Beschlüsse habe der Aufsichtsrat auf seiner letzten Sitzung gefaßt.

Besonders betroffen sind von den geplanten Rationalisierungsmaßnahmen die Berliner Schultheiss-Braustätten sowie die Germania Brauerei in Münster. Nachdrücklich wurde versichert, daß in Dortmund weder Schließungen noch Teilstilllegungen von Braustätten vorgesehen sind. Allerdings wurde nicht ausgeschlossen, daß auch hier „einige Freistellungen“ notwendig werden könnten.

Wirtschaft: Entlassungen

Düsseldorf. (dpa) Die Affäre um den früheren WestLB-Chef Poullain hat die Düsseldorf Landesregierung in eine schwere Krise gestürzt: Nach heftigem Drängen vor allem der FDP trat Finanzminister Halstenberg am Abend zurück.

Der SPD-Vorsitzende von NRW, Wissenschaftsminister Rau, gab am Abend nach einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Landes- und Fraktionsvorstandes bekannt, Halstenberg, der am Morgen Ministerpräsidenten Kühn seinen Rücktritt bereits erklärt habe, habe diese Entscheidung aufgrund des einstimmigen SPD-Fraktionsvotums am Nachmittag noch einmal überdacht. Im Laufe des Abends sei der Minister jedoch zu der Überszeugung gekommen, trotz dieses Vertrauensbeweises seiner Fraktion die Entscheidung nicht revidieren zu können. Er habe Kühn sein Rücktrittschreiben überreicht.

Rau bekräftigte, es bestehe Einigkeit mit den Koalitionspartnern, daß die Zusammenarbeit fortgesetzt werde. Über einen Nachfolger Halstenbergs sei noch nicht entschieden. Bis zu dessen Ernennung verwalte Justizminister Posser das Finanzressort kommissarisch mit. Posser stehe damit schon am heutigen

Mittwoch vor einer großen Belastungsprobe, da im Düsseldorf Landtag die Beratung des Haushalts für dieses Jahr ansteht.

Die verworrene wie kritische Situation war den ganzen Tag über gekennzeichnet durch eine Reihe heftiger Sitzungen, Konferenzen, Unterbrechungen und wiederholter

Seite 2 Kommentar und Bericht: „Diskussion schiedete der Bank“



Gab auf: Halstenberg

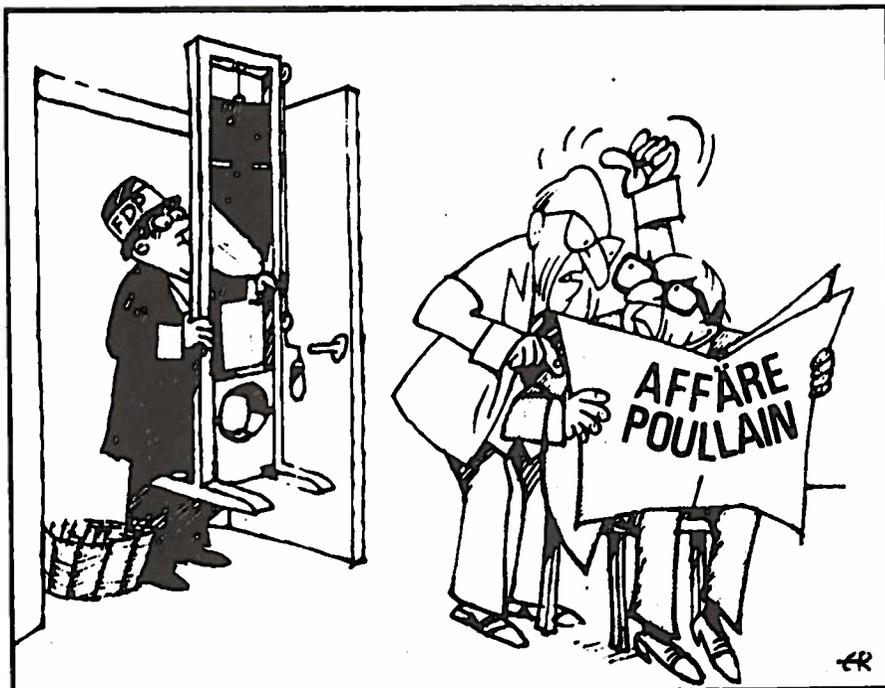


„Poullain verletzte seine Pflicht“

RN, 18.1.1978

122

WAZ, 18.1.1978



„Fritz, da draußen steht einer, der will deinen Kopf!“

waz-Zeichnung: Peter Weber

123

# Rau wie Posser als Nachfolger Kühns für FDP annehmbar

## Wahl und Zeitpunkt Sache der SPD

Berichte unserer Nachrichtendienste

DÜSSELDORF

Die nordrhein-westfälische FDP, Koalitionspartner der SPD, würde einen Wechsel im Amt des Regierungschefs noch vor der Landtagswahl 1980 mitmachen. Der Landesvorsitzende, Wirtschaftsminister Riemer, stellte klar, sowohl Minister Rau wie auch sein Kollege Posser seien für die Liberalen als Ministerpräsident akzeptabel.

Wer es von beiden werden sollte, sei Sache der SPD, fügte Riemer hinzu. Hinsichtlich des Zeitpunkts für die Wachablösung mische sich die FDP nicht in die Planungen der Sozialdemokraten ein, versicherte Riemer.

Justizminister Posser unterstrich am Freitag seine Bereit-

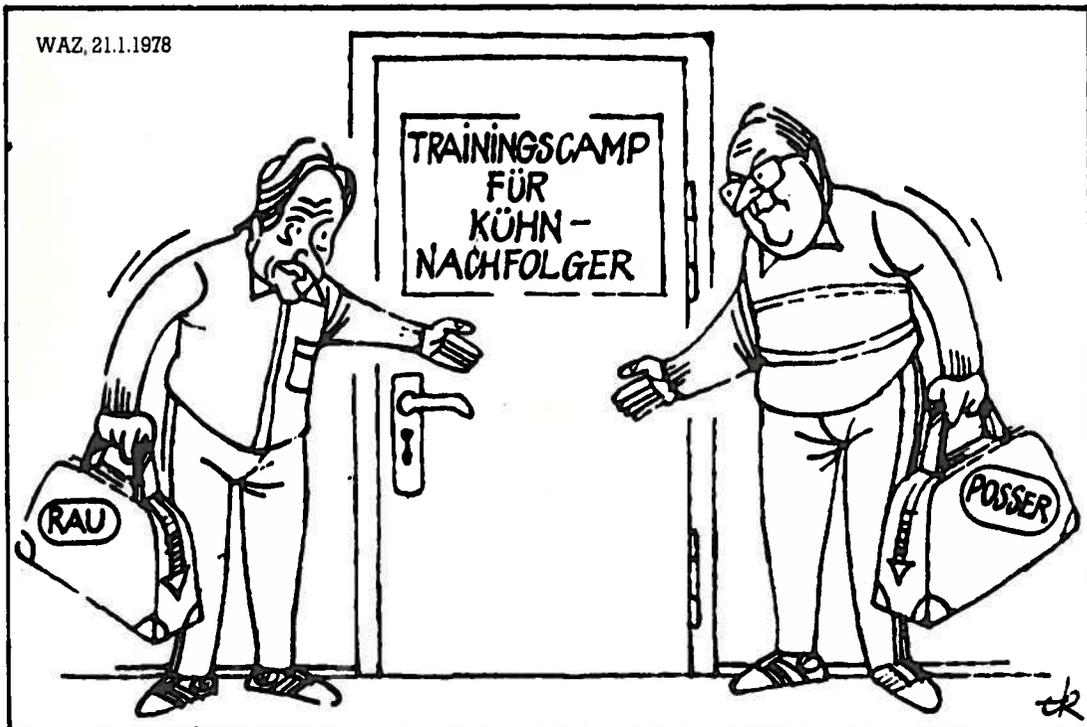
terstützen, wenn unsere gemeinsamen politischen Freunde entschieden haben."

Gleichzeitig rief Posser mit Nachdruck dazu auf, die Diskussionen und Spekulationen um die Kühn-Nachfolge zu beenden. „Ich möchte meinen Beitrag leisten, daß dieses Thema nun endlich mal zur Ruhe



WAZ, 21.1.1978

124



„Bitte nach Ihnen!“

waz-Zeichnung: Peter Weber

125

# Prof. Jochimsen wird Wissenschaftsminister

# Koalition wählt einstimmig Rau zum Regierungschef

Brandt und Genscher loben ‚Eintracht‘ – CDU geschlossen für Köppler

Von GERD GOCH

WAZ DÜSSELDORF

Zum neuen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen ist am Mittwoch der bisherige Wissenschaftsminister Johannes Rau (SPD) als Nachfolger von Heinz Kühn gewählt worden. Rau erhielt alle 104 Stimmen der SPD/FDP-Koalition. Für seinen Gegenkandidaten, CDU-Fraktionschef Heinrich Köppler, stimmten alle 95 Abgeordneten der Opposition.

## Schmidt schickt Kühn Dankbrief zum Abschied

WAZ BONN

Bundeskanzler Schmidt hat Heinz Kühn für seine Verdienste gedankt. In einem in Bonn veröffentlichten Brief betonte Schmidt, daß Kühn das Amt des Ministerpräsidenten in einer Zeit wahrgenommen habe, die durch große soziale und wirtschaftliche Veränderungen als Folge der Krise im Stett-

Mit stürmischem Jubel war im Regierungslager das Ergebnis der geheimen Abstimmung aufgenommen worden. Der SPD-Parteivorsitzende, Willy Brandt, wies die „Demonstration der Geschlossenheit“ als Zeichen der Konsolidierung des sozialistischen Bundeslagers in Bonn und Düsseldorf, als ein „unverkäufliches“ Merkmal nach der Wahl im Bundesrat, das FDP-Fraktionsvorsitzenden Hans Koch, die

SPD-Fraktion des NRW-Landes aufsuchte. FDP-Bundeschef Hans Dietrich Genscher sprach in einem Telegramm an Rau von „herzlicher Verbundenheit“. Überall in der Koalition war Erleichterung darüber zu spüren, daß vor den Landtagswahlen in Hessen und Bayern dieses „Zeichen der Eintracht“ gesetzt werden konnte. SPD und FDP hofften auf „Signalwirkung“.

## Lenz würdigt Kühns Verdienste

Zum neuen Wissenschaftsminister ist zu seinem eigenen Nachfolger also, wird Rau, wie

einen „Autobonus“ mit auf den Weg zu den Landtagswahlen 1980 mit auf den Weg, ne-

## Bonn rechnet mit Beschleunigung beim Wachstum

WAZ BONN

Mit einem beschleunigten Wirtschaftswachstum rechnet die Bundesregierung im zweiten Halbjahr 1978. Die letzten Konjunkturdaten geben „Grund zu realistischem Optimismus“ erklärte Bundesfinanzminister Matthöler am Mittwoch vor dem Bundestag bei der Einbringung des 20. Jahreshaushaltsplans 1978.

WAZ, 21.9.1978



„Nun wachst mal schön!“

WAZ-Zeichnung: Gerd Husch

WAZ, 21.9.1978

# NRW-Bürger dürfen bei Stadt-Politik bald mehr mitreden

## Landtag ändert Gemeindeordnung

Von GERD GOCH

WAZ DUSSELDORF

Der Bürger soll künftig nicht nur alle fünf Jahre den Rat seiner Gemeinde wählen, sondern in der Kommunalpolitik zu jeder Zeit auch mitreden können. NRW-Innenminister Burkhard Hirsch (FDP) legte am Mittwoch dem Landtag ein Änderungsgesetz zur Gemeindeordnung vor, das dem Bürger ganz neue Mitwirkungsrechte bringen wird.

Die neue Gemeindeordnung zwingt die Kommunen dazu, besseren Kontakt mit ihren Einwohnern herzustellen. So werden die Bürger sich in Fragestunden des Ratsparlaments über Angelegenheiten ihrer Gemeinde informieren können. Für Beschwerden der Einwohner wird ein besonderer Ausschuss eingerichtet.

Direkten Einfluss auf die Kommunalpolitik erhalten die Einwohner über einen Bürgerantrag. Mit einer nicht sehr

von Unterschriften, die nach der Größe der Gemeinden unterschiedlich ist, können Gruppen von Einwohnern den Rat verpflichten, eine bestimmte Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen und zu behandeln.

„Mit dem Bürgerantrag soll die Zuständigkeit des Rates nicht unterwandert werden“, beruhigte Hirsch am Mittwoch die besorgten Kommunalver-

**Kommentar: Bürgerantrag**  
**Seite 2: Einsicht in Akten**

WAZ, 27.4.1978

128



WAZ, 27.4.1978

Verwaltungsreform

WAZ-Zeichnung Peter Weber

129

# NRW-Regierung völlig überrascht: Minister Deneke zurückgetreten

Protest gegen Autobahn Olpe-Hersfeld / Rau sieht keinen Grund

## Lehrer fordern weniger Arbeit

Bonn. (dpa) Die Lehrerverbände haben die Kultusminister der Länder gestern in Bonn mit Nachdruck aufgefodert, die Arbeitszeit der Lehrer zu verkürzen und sie alle in den Genuß der im übrigen öffentlichen Dienst geltenden 40-Stunden-Woche kommen zu lassen.

## Ersatzkassen wollen Beitrag stabil halten

Hamburg. (dpa) Die Ersatzkassen in der Bundesrepublik wollen auch in Zukunft alles daransetzen, um die Beitragssätze stabil zu halten. Wie der Geschäftsführer des Verbandes der Angestellten-Kassenkassen (VAAK) Müller, gestern in Hamburg erklärte, verlei die Ausgabenentwicklung im vergangenen Jahr insgesamt zufriedenstellend.

Düsseldorf. (B-r) Der Düsseldorfer Landwirtschaftsminister Diether Deneke ist gestern völlig überraschend zurückgetreten. Mit ihm gab erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein Minister sein Amt ab, weil er sich in einer Umweltschutz-Frage nicht durchsetzen konnte.

Deneke hatte sich nachdrücklich gegen den Bau der Autobahn A 4 Olpe-Hersfeld gewandt, weil dadurch das landschaftlich-reizvolle Gebiet des Rothaargebirges zum Teil zerstört werde.

Ministerpräsident Rau hatte am Vormittag vor der Landtagsdebatte das Rücktrittschreiben seines Landwirtschaftsministers erhalten, das dieser in der Nacht verfaßt hatte. Rau und einige Kabinettsmitglieder bemühten sich vergebens, Deneke zur Rücknahme seines Schreibens zu bewegen. Auch der Minister selbst sprach mit Rau.

Der Regierungschef bedauerte anschließend den Rücktritt, ließ die Zweifel an der objektiven Richtigkeit dieses Schrittes anklängen. Er betonte jedoch, Deneke habe als hervorragendes Mitglied der Lan-

desregierung dafür gesorgt, daß der Umweltschutz in NRW kein leeres Wortesklingel sei. Über die Nachfolge Denekes soll schnell entschieden werden.

Unmittelbarer äußerer Anlaß für den Rücktritt Denekes war eine Presseerklärung Raus am Freitag in Siegen, wo er die Belange des Umweltschutzes zwar deutlich herausgestellt, gleichzeitig jedoch unterstrichen hatte, daß die A 4 selber in der Landesregierung nicht zur Disposition gestellt werde. Der Ministerpräsident raunt ein, daß diese Autobahn nicht so sehr für die Belange von NRW, sondern für den Anschluß der angrenzenden hessischen Landesteile an den Raum Kassel erforderlich sei.

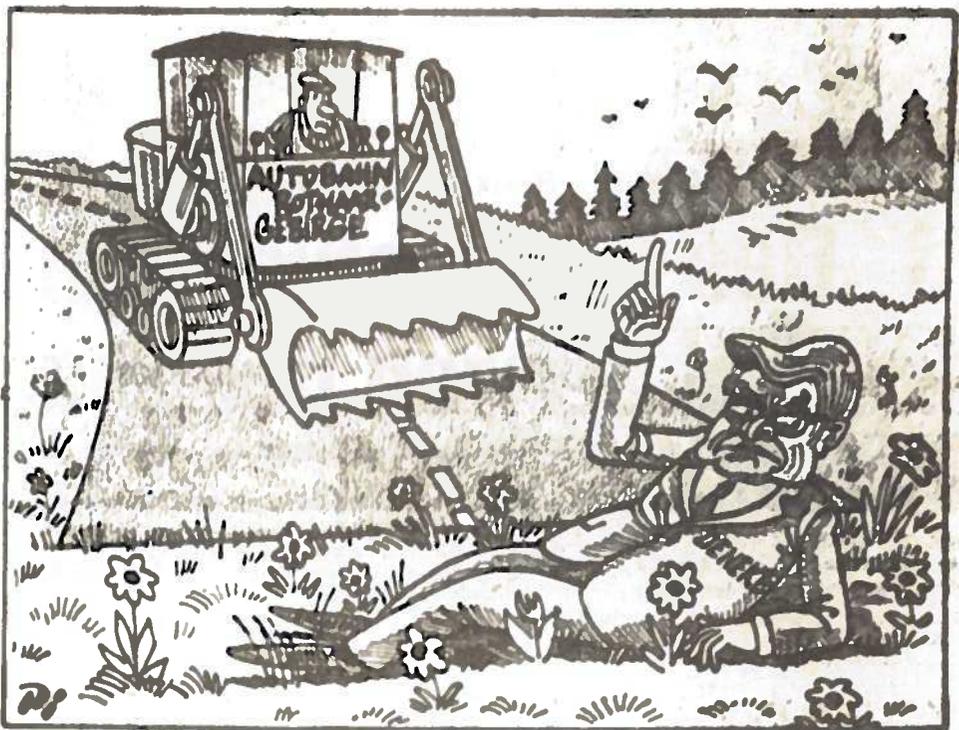
Seite 2: Kommentar. Zur Person und Fortsetzung: Interview brachte...



Rücktritt aus Protest Deneke

RN, 4.5.1979

130



„Nur über meine Leiche“

waz-Zeichnung: Klaus Pistor

WAZ, 4.5.1979

131

Land legt in Castrop-Rauxel Fünf-Milliarden-Programm vor

# Das Ruhrgebiet soll in fünf Jahren gesunden

Land von Bonner Zusagen enttäuscht – Hauptziele: Neue attraktive Umwelt

von GORD GOCH

WAZ CASTROP-RAUXEL

Ein „Fünf-Jahres-Programm“ zur Stabilisierung des Reviers hat NRW-Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) am Dienstag in Castrop-Rauxel auf der mit Spannung erwarteten „Ruhrkonferenz“ vorgelegt. Es soll „Handlungsrahmen“ künftiger Aktivitäten der Landesregierung im Ruhrgebiet sein und – wie berichtet – rund fünf Mrd. DM kosten. Davon will das Land mit vier Mrd. DM die Hauptlast tragen, nachdem Verhandlungen mit der Bundesregierung noch in letzter Minute enttäuschender verlau-

(zu waren, als es Rau erwartet hatte).

WAZ, 9.5.1979

132



„Packen wir's an!“

waz-Zeichnung Gerd Musch

WAZ, 9.5.1979

133

# NRW-Gutachter: Überall Gesamtschule anbieten

## Wissenschaftler empfehlen Beendigung des Versuchs

DÜSSELDORF (dpa)

Die wissenschaftliche Beratergruppe zur Begleitung des Gesamtschulversuches in Nordrhein-Westfalen wird der Landesregierung empfohlen, Gesamtschulen künftig neben der Hauptschule, der Realschule und dem Gymnasium überall dort anzubieten, wo Nachfrage besteht. Die acht Professoren wollen an diesem Montag über den Abschlussericht entscheiden.

Wie am Sonntag aus zuverlässiger Quelle verlautete, halten die Wissenschaftler die Einführung der Gesamtschule als einzige und alleinige Schulform zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll, selbst wenn dies politisch realisierbar wäre. Die Gesamtschule

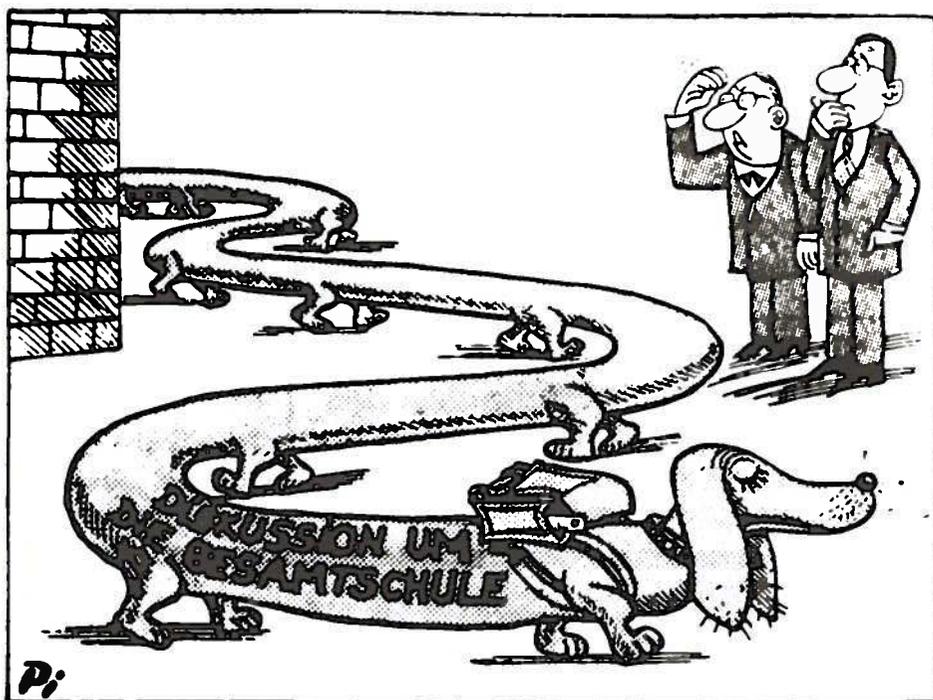
keine zwingenden Argumente gegen diese Form der Gesamtschule sprachen.

Die Wissenschaftler fordern eine Beendigung des „Versuchsstatus“, damit sich die Gesamtschulen wie andere normalen Schulen weiterent-

### DDR läßt Bahro und Hübner auf Antrag ausreisen

WAZ, 15.10.1979

134



**Kein Ende abzusehen**

waz-Zeichnung Klaus Pieler

WAZ, 16.10.1979

135

# Heinrich Köppler tot

Der CDU-Spitzenkandidat starb in Düsseldorf | Viele Ämter

DÜSSELDORF (was/dpa) Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende und Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 11. Mai, Heinrich Köppler, ist tot. Er starb am Sonntag in einem Düsseldorfer Krankenhaus, in das er eingeliefert worden war, nachdem er am Gründonnerstag einen Herzinfarkt erlitten hatte.

Der Tod ist nach Angaben eines Parteisprechers in Düsseldorf gegen 14.30 Uhr vermutlich infolge eines zweiten Herzinfarkts eingetreten. Der 54-jährige habe sich den Tag über „sehr wohl“ gefühlt. Seine Frau Erika Köppler sei im Krankenzimmer gewesen, als er „wie von einer Axt getroffen“ zusammengesunken sei. Obwohl der CDU-Spitzenpolitiker sofort auf eine Intensivstation gebracht worden sei und alle Möglichkeiten der modernen Medizin eingesetzt worden seien, sei Köppler nicht zu retten gewesen.

Parteilinien wie auch poli-



HEINRICH KÖPPLER auf dem Wahlplakat der CDU

Heinrich Köppler (54) kämpfte jetzt zum dritten Male in NRW um die Regierungsmacht. Er hatte die landespolitische Bühne erst 1969 betreten. Sein Ziel: Das an die SPD/FDP-Koalition verloren gegangene Land für die CDU zurückzuerobern.

Köppler stammt aus einer Richterfamilie und wurde zunächst aktiver Offizier. Bundesjugendpräsident Köhler machte ihn 1949 zu seinem persönlichen Referenten. Er wurde später Chef des Bundesjugendrings, Präsident des Weltbundes der Katholischen Jugend und Generalsekretär des Zentralkomitees der Katholiken. Die CDU Rheinland, deren Chef Köppler seit 1969 war, brachte ihm großen Einfluß in der Bundespartei.

## Schmidt fordert offenen Dialog der Großmächte

Kanzler bedauert Fehlen einer Kriegsvermeidungsstrategie

WAZ, 21.4.1980

136

Unabhängige Tageszeitung

**WAZ**

EINZELPREIS 09 PF / NR. 110

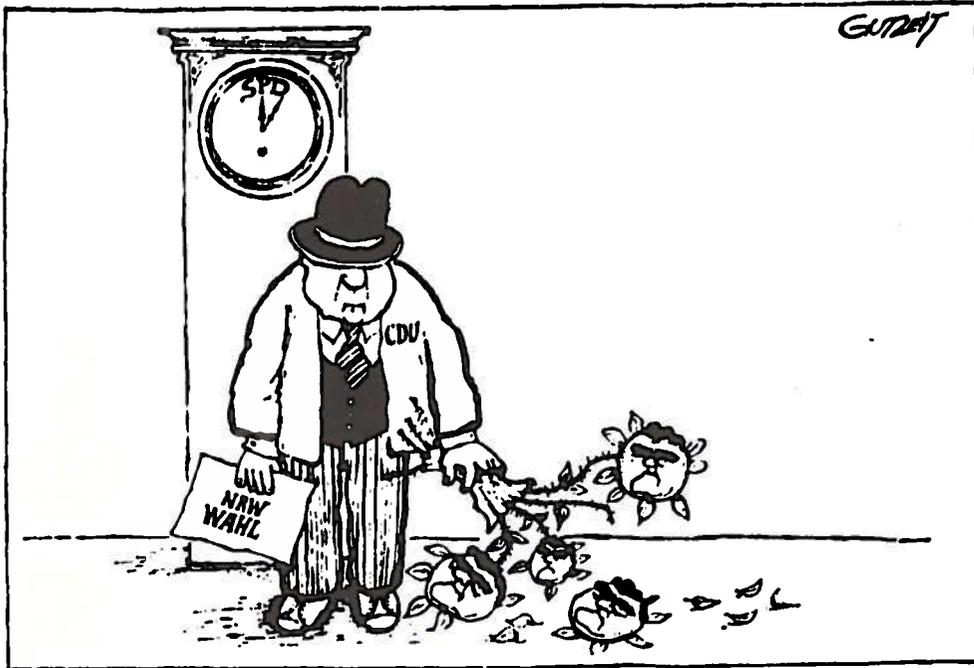
# Erdrutsch-Sieg

FDP nicht mehr im Landtag -

	Landtag 1980	vH	Landtag 1975	vH	Bundestag 1976	vH
Wahlbet. Gültig	Hochrechnung		10 358 108 10 262 205	86,1	11 066 546 10 989 562	91,3
CDU		43,2	4 828 554	47,1	4 892 278	44,5
SPD		48,4	4 630 995	45,1	5 153 959	46,9
FDP		4,99	689 623	6,7	860 331	7,8
Grüne		3,0	---	---	---	---
DKP			54 777	0,5	38 176	0,3

WAZ, 12.5.1980

137



Sie ist nicht gekommen

WR, 13.5.1980

Zeichnung: Bernd Gutzat

138



„Is was, Genossen?“

WAZ, 13.5.1980

waz-Zeichnung: Klaus Pielert

139

# NRW erwägt Ausbau der Fernwärmenetze

Landeskabine tt legen Studien von drei Ministerien vor

Von ROLF-D. KRAUSE

WAZ DÜSSELDORF

Die Fernwärmeversorgung an Rhein und Ruhr soll in den kommenden Jahren in großem Umfang ausgebaut werden. Diesem Ziel gelten zur Zeit fast die gesamten energiepolitischen Aktivitäten der Landesregierung. Dem NRW-Kabine tt legen mittlerweile drei Fernwärme-Studien der Minister Jochimsen (Wirtschaft), Farthmann (Arbeit) und Haak (Bundesangelegenheiten) vor, in denen allerdings auch auf erhebliche Schwierigkeiten hingewiesen wird, die den Ausbau der Fernwärme noch behindern.

Abgesehen von zahlreichen rechtlichen Fragen, die noch ungelöst sind, und dem Widerstand der Gas- und Stromversorgungsunternehmen stehen dem Fernwärmeausbau derzeit vor allem noch Finanzierungsprobleme entgegen. Nach Informationen der WAZ schätzt Farthmann, daß es allein in NRW etwa 40 Mrd DM erfordert, die Fernwärmeversorgung dort zu schaffen, wo sie wirtschaftlich sinnvoll ist.

Dies gilt vor allem für das Ruhrgebiet, das nach Ansicht von Experten ein geradezu ideales Gebiet für die Fernwärme ist: Hier stehen genügend Kraftwerke und Industrieanla-

## Metallverhandlung in Bochum vertagt

„Einigung weiterhin nicht abzusehen“

LUDWIGSBURG/BOCHUM (WAZ/dpa/ep)

Ohne Ergebnis haben sich die Tarifpartner der NRW-Metallindustrie am Mittwochabend in Bochum vertagt. Sie vereinbarten, heute in Krefeld wieder zusammenzutreffen. Wie die Gewerkschaft am Abend betonte, lag noch kein neues Arbeitgeber-Angebot vor, eine Einigung sei darum auch für den neuen Verhandlungstag nicht abzusehen.

Die Warnstreiks sollten auch | sen. Im ganzen Bundesgebiet am Donnerstag weitergeführt | legten nach Darstellung der IG

WAZ heute

Hunde-Friedhof für Dortmund untersagt

Gericht stoppt Verfahren

AUS DEM WESTEN

Kunst-Stiftung für Mülheim

Nobelpreisträger Ziegler vererbt große Sammlung

KULTUR



Durch höhere Mieten Ende der Wohnungsnot?

Die neue Diskussion

BERICHT + HINTERGRUND

140

WAZ, 12.3.1981

# NRW verlangt Opfer für den Umweltschutz

Programm sieht Fernwärme-Pflicht und Waldpfennig vor

Von GERD GOCH

WAZ DÜSSELDORF

NRW hat am Donnerstag als erstes Bundesland ein umfassendes Programm für den Umweltschutz vorgelegt. Es enthält 67 Einzelmaßnahmen, die vom Kampf gegen das Waldsterben, über Energiesparen und Zwangsanschluß bei der Fernwärme bis zur statistischen Erfassung von Krebserkrankungen reichen, und verlangt Opfer von Industrie und Verbrauchern.

Ministerpräsident Rau bezeichnete das Programm als einen „großen Schritt nach vorn“. Er und seine beteiligten Minister Farthmann (Arbeit und Soziales), Matthiesen (Landwirtschaft) sowie Jochimsen (Wirtschaft und Verkehr) wollen nun in einem breit angelegten Dialog, vor allem mit der Industrie, ein hohes Maß an Zustimmung

schaffen, sollen in Mittel- und Kleinstädten Landesgartenschauen stattfinden.

● Um die freie Landschaft zu schonen, sollen „kritische Räume“ nicht mehr bebaut und brachliegende Flächen rekultiviert werden.

● Durch Landesgesetz soll die Larmbelastigung gemindert

werden.

● Die Zusammenhänge zwischen schmutziger Luft und Krebserkrankungen sollen durch ein Krebsregistergesetz des Landes erforscht werden.

● Wälder sollen gedüngt, kranke Bäume beseitigt, Borkenkäfer und anderes Ungeziefer vorbeugend bekämpft werden.

WAZ, 12.3.1981

141

# Landwirtschaftsminister Bäumer zurückgetreten

**Düsseldorf. (fnw)** Überraschend ist am Donnerstag der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer zurückgetreten. Er sah in der von Ministerpräsident Rau geführten NRW-Regierung keine Chance mehr, der Umweltpolitik jenen Rang zu geben, die sie seiner Ansicht nach haben müßte.

Bäumer war einer der prominentesten und profiliertesten Politiker in der sozialdemokratischen Regierung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Rau, der das Rücktrittsgesuch Bäumers annahm, wird vorerst selbst die Geschäfte des Landwirtschaftsministers wahrnehmen. Wen er wann zum neuen Landwirtschaftsminister berufen wird, war am Donnerstag nicht zu erfahren. Ebensoviele konnte ausgemacht werden, ob der Regierungschef nach dem Rücktritt Bäumers ein umfangreicheres Kabinetts-Revirement vornimmt, worüber in der Vergangenheit wiederholt spekuliert worden war.

Bereits am Mittwoch hatte Bäumer

nach vierjähriger Amtszeit seinem Kabinettschef die Rücktritts-Absicht mitgeteilt. Daraufhin suchten Rau und Fraktionschef Denzer den Landwirtschaftsminister in dessen Privatwohnung auf. Vergeblich versuchten sie, Bäumer von seinem Vorhaben abzubringen.

Seinen Rücktritt hatte Bäumer mit bitterer Kritik vornehmlich an der in seinen Augen mangelnden Führungskraft von Ministerpräsident Rau begründet. Zuverlässig bekannt wurden interne Äußerungen des Ex-Ministers. Danach ist er „tief enttäuscht“ über einen zu zögernden und zu wenig glaubwürdigen Kurs in der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik. Bäumer hatte stets darauf gedrängt, sie in NRW höher zu bewerten und ein eigenes Umweltministerium zu schaffen. Er zeigte sich „verblüfft“ darüber, wie „hinhalten“ Rau landespolitische Konflikte behandle. Wenn das so weitergehe, soll Bäumer sicheren Informationen zufolge gesagt haben, könne man landespolitisch „nur noch den Bankrott erklären“. Die Konstellation des Düsseldorfer Kabinetts entspreche nicht den „fortschrittlicheren Vorstellungen“ der Bundes-SPD, die für Bonn ein eigenes Umweltministerium gefordert habe. Der Stil der Beratungen

im Düsseldorfer Kabinetts sei für ihn „unerträglich“ geworden.

Kommentar und weitere Berichte auf Seite 2



Trat zurück: Bäumer

RN, 17.6.1983

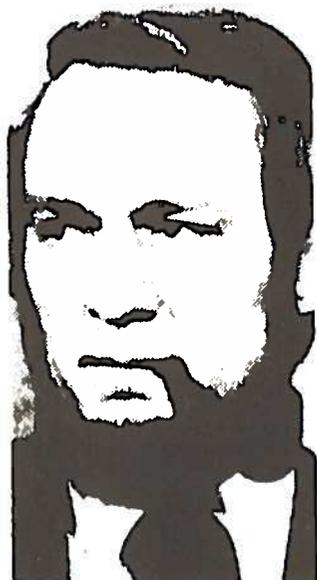
142



„Hans Otto, hör auf zu stänkern!“

WAZ, 21.6.1983

waz-Zeichnung Klaus Pielert



# Matthiesen wird Nachfolger von Minister Bäumer

„Amtsantritt so bald wie möglich“

DÜSSELDORF (dpa)

Der schleswig-holsteinische SPD-Spitzenpolitiker Klaus Matthiesen (42) wird neuer NRW-Landwirtschaftsminister. Regierungssprecher Müller-Reinig teilte am Mittwoch mit, Ministerpräsident Rau werde Matthiesen zum Chef des Ressorts für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen. Er wird damit Nachfolger von Hans Otto Bäumer, der im Juni aus Protest gegen die seiner Meinung nach zu unentschlossene Umweltpolitik der SPD-Landesregierung zurückgetreten war.

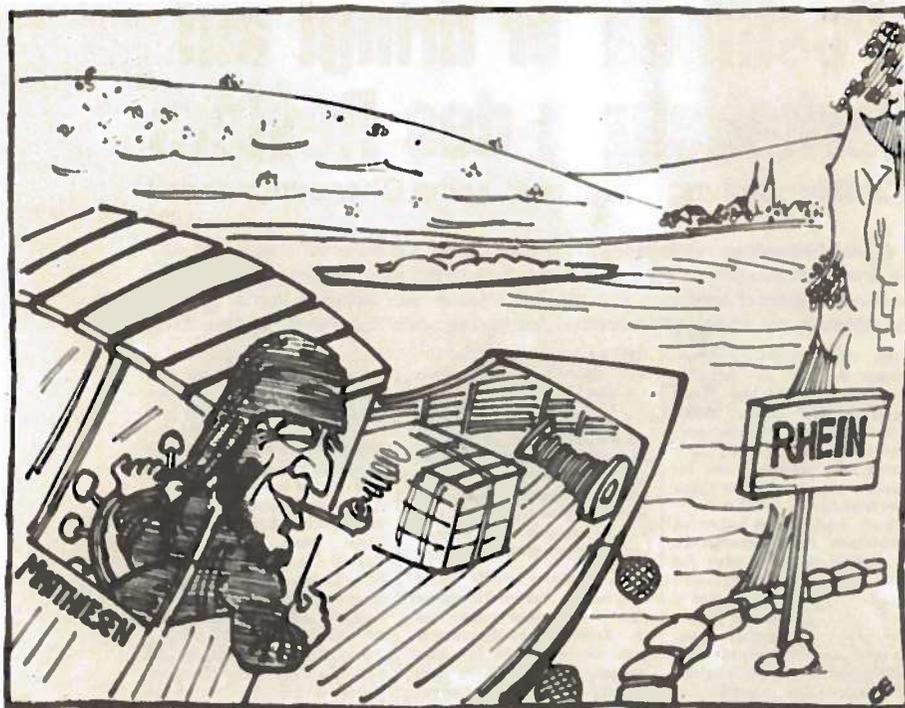
AUS DEM NORDEN an den Rhein: Klaus Matthiesen wird neuer NRW-Landwirtschaftsminister.  
Kucharz-Bild

Müller-Reinig sagte, Matthiesen werde sein – zur Zeit noch von Rau kommissarisch verwaltetes – Ministeramt so

aufhält, erklarte, er habe sich für Matthiesen als neuen Minister entschieden, weil er seit vielen Jahren für eine glaubwürdige

WAZ, 29.9.1983

144



WAZ, 29.9.1983

Düsseldorf Ahol

waz-Zeichnung: Frank Corny

145

# Postminister dringt auf Verkabelung des Reviers

„Größter Ballungsraum muß seine Chancen nutzen“

vaz RUHRGEBIET

An den Milliardeninvestitionen der Bundespost für den weiteren Ausbau der neuen Kommunikationstechnologien soll das Ruhrgebiet nach Bonner Vorstellungen wesentlich stärker teilhaben. Das erklärte Postminister Schwarz-Schilling (CDU) am Mittwoch bei einem Arbeitstreffen des Vereins „pro Ruhrgebiet“ in Moers.

Bei dem 1-Mrd.-Jahresprogramm der Post für Verkabelung gebe es weder ein „Gießkannenprinzip“ noch räumliche Vorgaben für Investitionsschwerpunkte. Einerseits werde dort investiert, wo das Erreichen einer 2prozentigen Anschlußdichte wahrscheinlich sei. Andererseits hätten Investitionen dort Vorrang, wo die Länder „Klarheit über die Einsparung von Programmen schaffen“ hier könne NRW – und dabei insbesondere das Ruhrgebiet als größtes westeuropäisches Industrie- und Ballungsgebiet – ins Hintertreffen geraten. Dies müsse es vermeiden und sich auf seine Chancen besinnen. Der Kommunikationstechnologie sei als

Teil der Infrastruktur der gleiche Stellenwert zuzumessen wie den Verkehrswegen.

Schwarz-Schilling betonte, die Post sei bereit, mit den Gemeinden die örtliche Kommunikationsentwicklung einvernehmlich abzuklären. Die ersten Kommunikationspläne im Ruhrgebiet sollen 1984 in Essen und Mülheim erstellt werden.

Der Minister stellte außerdem heraus, daß im Ruhrgebiet nicht nur die Anwendung neuer Kommunikationstechnologien, sondern auch die angemessene Produktion der dafür benötigten Teile wünschenswert sei. Das Revier solle hier nicht allein Verbrauchermarkt, sondern auch „Werkstätte“ sein.

Diese Forderung wurde von NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD) begrüßt. Er verlangte zugleich, daß bei den Ausschreibungen für Verkabelungsprojekte vor allem mittelständische Unternehmen berücksichtigt werden müßten.

Schwarz-Schilling erklärte zu den Anschlußkosten der Haushalte, diese machten nur 0,12 vH der durchschnittlichen Erstellungskosten einer Wohnung aus. Die sei ein geringer Kostenbeitrag angesichts der Attraktivität einer Wohnung.

Der Postminister bekräftigte, daß die geplante Glasfaser-Fernstrecke Düsseldorf-Hamburg auf jeden Fall durch das Ruhrgebiet geführt werden solle.

WAZ, 15.12.1983

146



WAZ, 15.12.1983

Der Weihnachtsmann, der Nordrhein-Westfalen verkabeln möchte waz-Zeichnung: Frank Cerny

# Jetzt Fahrverbote rund um die Uhr

## Autoverkehr im Ost-Revier nur zeitweilig gestoppt

Berichte unserer Redaktionen und Reporter

waz RUHRGEBIET

Die Smog-Lage im Ruhrgebiet hat sich am Freitag dramatisch verschärft und das öffentliche Leben in den Städten weitgehend lahmgelegt. Das NRW-Gesundheitsministerium rief am Nachmittag für das westliche Revier die höchste Smog-Alarmstufe III aus, nachdem gegen Mittag die Schadstoffbelastungen den kritischen Wert von 1,8 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft erreicht hatten. Damit gilt ein generelles Fahrverbot rund um die Uhr. Für die Fabriken traten Auflagen in Kraft, die von Produktionsbeschränkungen bis hin zu Stilllegungen einzelner Betriebe reichen. Im Ost-Revier gilt weiterhin Alarmstufe II mit Fahrverboten von 6 bis 10 und 15 bis 20 Uhr.

Gesundheitsminister Farthmann (SPD) räumte ein, daß die Stufe III „mit vielen Risiken“

nach Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen und Bottrop gesperrt. Völlig gesperrt wurden

verbot ausgenommen waren. kam es zu beträchtlichen Behinderungen. An einigen ge-

WAZ, 19.1.1985

148



„Is watt?“

waz-Zeichnung Klaus Pielert

WAZ, 18.1.1985

149

# Großer Sieg der SPD

## Rau baut die absolute Mehrheit noch aus CDU verliert fast 7 vH – FDP im Landtag

Berichte unserer Nachrichtendienste

DÜSSELDORF

Die SPD hat bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am Sonntag ihren bisher größten Sieg an Rhein und Ruhr errungen. Unter ihrem Ministerpräsidenten Johannes Rau, der seit 1978 Regierungschef des bevölkerungsreichsten Bundeslandes ist, konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil von 48,4 vH auf 52,1 vH steigern. Erstmals hat die SPD damit auch die absolute Mehrheit der Wählerstimmen bekommen.

Die CDU, die mit Hilfe der FDP die seit 19 Jahren regierende SPD ablösen wollte, erlitt unter ihrem Spitzenkandidaten Bernhard Worms ihre bisher schwerste Niederlage und kam nur noch auf 36,5 vH. Der FDP, die bei der letzten Landtagswahl vor fünf Jahren knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, gelang mit gutem sechs Prozent die Rückkehr ins NRW-Parlament, während die Grünen mit 4,6 vH erneut an der Fünf-Prozent-Klausel scheiterten.

Nach dem vorläufigen Endergebnis werden im 10. NRW-Landtag 227 statt 201 Abgeordnete sitzen. Die SPD 125, die CDU 72, die FDP 12, die Grünen 6, die Liberalen 4, die PDS 2, die NPD 2, die Linke 2, die AfD 2, die Die Linke 2, die PDS 2, die NPD 2, die Linke 2, die AfD 2.



GLÜCKWUNSCH FÜR DEN SIEGER: Bernhard Worms (CDU) gratuliert Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) am Sonntagabend im Landtag

Wahlberechtigte ihre Stimme abgeben. Um den Einsatz in den Landtag hatten sich insgesamt 17 Parteien und politische Gruppen mit 652 Kandidaten beworben. Die meisten hatten

bisher schlechtestes Ergebnis hatte hinhaken müssen. Über 50 vH der Stimmen hatte in NRW vor der SPD nur die CDU geschafft – 1978 mit 50,8 vH.

Die SPD-Gewinne lagen in anderen stark von 11 vH. Wähler aber auch aus dem Rest vor der bisherigen NPD. Die CDU verlor an der FDP über 7 vH. Die FDP gewann 6 vH. Die Grünen gewannen 4,6 vH. Die Linke gewann 2 vH. Die PDS gewann 2 vH. Die NPD gewann 2 vH. Die AfD gewann 2 vH.

	Prozente	Sitze
SPD	52,1 (+ 3,7)	125 (+19)
CDU	36,5 (- 6,7)	88 (- 7)
FDP	6,0 (+ 1,1)	14 (- )
Grüne	4,6 (+ 1,6)	- (- )

## SPD fast im ganzen Revier über 60 vH

Hohe CDU-Verluste – FDP schwankend

Von RALF POTTHOFF  
Der hohe Wahlerfolg der SPD ist stark im Ruhrgebiet entschieden worden. Die SPD errang fast durchweg hohe Gewinne, während die CDU erheblich verlor. In ihren Hochburgen konnte die SPD aber zum Teil schon vorhandenen Anteile von über 50 und 60 vH bis zu 8,8 vH verbessern, sie liegt jetzt fast überall über 60 vH. In den meisten Revier-Wahlkreisen sank die CDU um bis zu 10 vH, in vH unter 30 vH. Im Wahlkreis Herten/Raerlangen verlor die Union ihren letzten Direktwähler. Die Wahlberechtigte im Revier lag um vier bis fünf vH unter der vor fünf Jahren

WAZ, 13.5.1985

150



Man sitzt!

Zeichnung: Bernd Gutzlat

WR, 13.5.1985

151

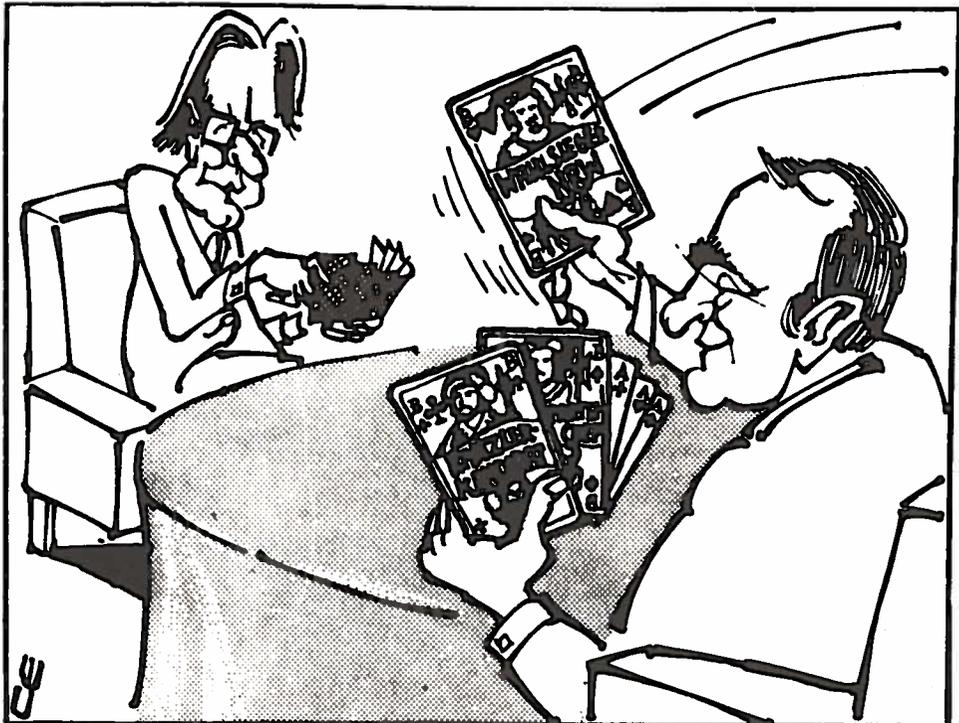


WAZ, 14.5.1985

„Wir haben unsere Wähler verloren!“

waz-Zeichnung: Klaus Pielert

152



WAZ, 15.5.1985

Gute Karten

waz-Zeichnung: Frank Carry

153

# 91,5 Prozent stimmten für Biedenkopf als Landeschef

**Düsseldorf (L. A.) - Der neugegründete CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen ist mit 260 000 Mitgliedern der mit Abstand größte Landesverband innerhalb der Partei.**

Erwartungsgemäß wurde Kurt Biedenkopf für die nächsten zwei Jahre zum ersten Landesvorsitzenden der NRW-CDU, zu der sich am Samstag die Verbände Westfalen-Lippe und Rheinland zusammengeschlossen hatte. Er erhielt 540 (91,5 Prozent) der 600 Delegiertenstimmen. 31 sprachen sich gegen ihn aus, 20 Delegierte enthielten sich der Stimme.

Bei der Wahl zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden erhielt der rheinische CDU-Vorsitzende Dieter Pötzhofen 400 von 504 Stimmen (83,5 Prozent) Stimmen. Gegen ihn votierten 88 Delegierte, zehn enthielten sich der Stimme.

Mit der Bildung eines NRW-Landesverbands, die noch auf dem Bundesparteitag Anfang Oktober endgültig besiegelt werden muß, hat die CDU die Konsequenzen aus der schweren Niederlage bei der Landtagswahl im Mai 1985 gezogen. Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich erst am Donnerstag zur Teilnahme in Düsseldorf entschlossen hatte, sprach bereits zu Beginn des Parteitags von einem „wichtigen, einem bedeutenden Tag“ für die CDU Deutschlands.

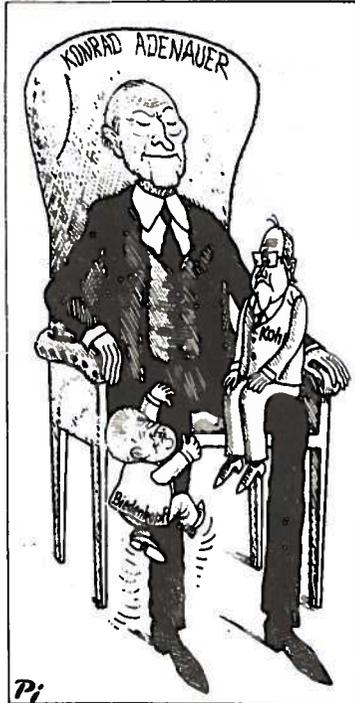
Sichtlich bewegt nahm Biedenkopf sein Wahlergebnis auf. Wie Kohl erinnerte auch er an die Anfänge der CDU in den 40er Jahren, beide bezeichneten die Fusion als einen Neuanfang. An diesem „Tag des Aufbruchs“ – so Biedenkopf – werde ein Beitrag dazu geleistet, daß die Bundestagsperiode 1987/90 ähnlich schöpferisch werde wie die Jahre 1953/57.

Seite 2 Kommentar und weiterer Bericht: Ins Bundespräsidium



RN, 10.3.1986

154



Noch 'n Enkel

waz-Zeichnung: Klaus Pfeiert

WAZ, 10.3.1986

155



156

© 1986 by Zenk Verlag, Jüchen/Dormagen  
Alle Rechte vorbehalten

Abbildungen und Texte aus den Beständen  
des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt  
Dortmund

Titel nach einer Karikatur von Klaus Pielert

Gesamtherstellung:  
Graphischer Betrieb · Druckerei  
I. + F. Schloemer, Düren

ISBN: 3-925372-06-7

157